

117. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. März 2008, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	8489	Staatsminister Joachim Herrmann	8505
Nachruf auf den ehemaligen Vizepräsidenten des Bayerischen Senats, Dr. Ernst August Wrede	8489	Verweisung in den Verfassungsausschuss	8506
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Sylvia Stierstorfer, Konrad Kobler, Wolfgang Hoderlein und Kurt Eckstein	8489	Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Rainer Volkmann, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD) zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Drs. 15/9990) – Erste Lesung –	
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN „Kommunalwahlen in Bayern: Konsequenzen für die Landespolitik ziehen.“		Rainer Volkmann (SPD)	8506, 8508
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)	8489	Angelika Schorer (CSU)	8507
Dr. Jakob Kreidl (CSU)	8491	Christine Kamm (GRÜNE)	8507
Dr. Thomas Beyer (SPD)	8494	Staatsminister Joachim Herrmann	8508
Martin Sailer (CSU)	8495	Verweisung in den Kommunalausschuss	8508
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	8496	Abstimmung über Anträge etc. , die gem. § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)	
Franz Meyer (CSU)	8497	Beschluss	8508, 8543
Florian Ritter (SPD)	8498	Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Karl Frelter, Renate Dodell, u. a. u. Frakt. (CSU) Keine Erhöhung der Milchquote! (Drs. 15/10171)	
Dr. Karl Döhler (CSU)	8499	Helmut Brunner (CSU)	8509
Staatsminister Joachim Herrmann	8500	Heidi Lück (SPD)	8510, 8512
Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eines Gesetzes zur Sicherung der Versammlungsfreiheit (Versammlungsfreiheitsgesetz) (Drs. 15/9951) – Erste Lesung –		Adi Sprinkart (GRÜNE)	8510, 8513
Christine Kamm (GRÜNE)	8501, 8504, 8506	Staatsminister Josef Miller	8512, 8513
Herbert Ettengruber (CSU)	8502		
Franz Schindler (SPD)	8503		

Beschluss8513

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD)

**Schluss mit den Experimenten auf dem Rücken unserer Kinder
Familien und Kinder entlasten – G 8 umfassend reformieren** (Drs. 15/10172)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nägel mit Köpfen: Korrekturen am G 8 sofort anpacken und umgehend vollziehen (Drs. 15/10177)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)8513, 8522
Simone Tolle (GRÜNE)8515, 8519, 8521
Georg Eisenreich (CSU)8517
Staatsminister Siegfried Schneider 8519, 8521, 8522

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag
15/101728523

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag
15/101778523

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequente Umsetzung des Schutzes vor den Gefahren des Rauchens (Drs. 15/10173)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD)

Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens (Gesundheitsschutzgesetz – GSG) (Drs. 15/10180)

Margarete Bause (GRÜNE)8523
Kathrin Sonnenholzner (SPD)8525, 8528
Georg Schmid (CSU)8527, 8528, 8529
Christine Stahl (GRÜNE)8528
Ludwig Wörner (SPD)8529
Hermann Memmel (SPD)8531
Staatsminister Dr. Otmar Bernhard8533, 8534
Franz Maget (SPD)8534

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/10173 (s. a. Anlage 2)8534, 8542

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/10180 (s. a. Anlage 3)8535, 8542

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)

Bayerns Energieversorgung sichern (Drs. 15/10174)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss8535

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Joachim Wahnschaffe, Kathrin Sonnenholzner u. a. u. Frakt. (SPD)

Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hier: Gesundheitsfonds

Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots zur besonderen hausärztlichen Versorgung in Bayern

(Drs. 15/10175)

Verweisung in den Sozialausschuss8535

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Franz Maget, Susann Biedefeld, Adelheid Rupp u. a. u. Frakt. (SPD)

Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung möglicher Versäumnisse von Staatsminister Erwin Huber, Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Staatsminister Joachim Herrmann und Staatssekretär a. D. Georg Schmid im Zusammenhang mit der Information des Parlaments über Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungsbedarf der Bayerischen Landesbank für das Geschäftsjahr 2007 und der Ausübung der diesbezüglichen Kontrollfunktion und zur Prüfung der Frage, ob Staatsminister Erwin Huber gegenüber dem Parlament seit Dezember 2007 Auskünfte erteilte, die möglicherweise nicht in vollem Umfang seinem Kenntnis- und Wissensstand entsprachen (Drs. 15/10176)

Verweisung in den Verfassungsausschuss8535

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Simone Strohmayer, Christa Steiger u. a. (SPD)

Bayern, aber gerechter

Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung

Zwei Jahre BayKiBiG – zwei verschenkte Jahre auf Kosten der Kinder

Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) (Drs. 15/8515)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 15/10113)

und

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Simone Strohmayer, Christa Steiger u. a. (SPD)

**Bayern, aber gerechter
Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung
Zwei Jahre BayKiBiG – frühkindliche Bildung
umsetzen
Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und
-betreuungsgesetzes (BayKiBiG)
Kinder (Drs. 15/8516)**

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs.
15/10114)

und

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer,
Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger u. a. (SPD)
**Bayern, aber gerechter
Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung
Zwei Jahre BayKiBiG – Elternrechte stärken
Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und
-betreuungsgesetzes (BayKiBiG)
Eltern (Drs. 15/8517)**

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 15/10115)

und

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer,
Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger u. a. (SPD)
**Bayern, aber gerechter
Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung
Zwei Jahre BayKiBiG – Arbeits- und Lernsituati-
on in den Einrichtungen verbessern
Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und
-betreuungsgesetzes (BayKiBiG)
Personal (Drs. 15/8518)**

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 15/10116)

Dr. Simone Strohmayr (SPD)8535
Renate Dodell (CSU)8537
Renate Ackermann (GRÜNE)8539
Staatsministerin Christa Stewens8540, 8541
Joachim Wahnschaffe (SPD)8541

Beschluss en bloc8542

Schluss der Sitzung8542

(Beginn: 13.04 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 117. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, zunächst des ehemaligen Vizepräsidenten des Bayerischen Senats zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 25. Februar verstarb im Alter von 94 Jahren Herr Dr. Ernst August Wrede. Er gehörte dem Bayerischen Senat von 1976 bis 1993 an und vertrat dort die Gruppe „Industrie und Handel“. Herr Dr. Wrede hatte von 1986 bis 1988 das Amt des II. Vizepräsidenten und von 1988 bis 1993 das Amt des I. Vizepräsidenten des Bayerischen Senats inne.

Der Bayerische Landtag wird Herrn Dr. Ernst August Wrede ein ehrendes Gedenken bewahren. – Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch etwas tun, was ich zu Beginn einer Vollsitzung sehr gern tue.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist aber keine Vollsitzung! – Franz Maget (SPD): Früher war es voller!)

– Frau Kollegin, es steht mir nicht zu, zu beurteilen und abzuzählen. Abzählen muss ich nur, wenn wir abstimmen. Dennoch stimmen Sie sicherlich mit mir überein, dass ich jetzt eine sehr schöne Aufgabe wahrnehmen kann, nämlich zum Geburtstag zu gratulieren.

Ich gratuliere Frau Kollegin Sylvia Stierstorfer.– Sie ist leider nicht hier. Sie hatte am 22. Februar Geburtstag. – Herr Kollege Konrad Kobler kann die Glückwünsche persönlich entgegennehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am 9. März hatte Herr Kollege Wolfgang Hoderlein Geburtstag. – Dies waren jeweils „halbrunde“ Geburtstage. Heute feiert Herr Kollege Kurt Eckstein seinen Geburtstag.

Ich gratuliere den Genannten sehr herzlich im Namen des Hohen Hauses. Wir wünschen ihnen alles Gute, viel Energie, Erfolg und vor allen Dingen weiterhin Gesundheit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Es wurde das Thema „**Kommunalwahlen in Bayern: Konsequenzen für die Landespolitik ziehen**“ beantragt. Alles, was zur Geschäftsordnung bezüglich der Redezeiten zu sagen ist, ist bekannt.

Als Erstem darf ich für zehn Minuten Herrn Kollegen Dr. Dürr das Wort geben.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Dass die Kollegen von der CSU und der Staatsregierung nur ein geringes Interesse daran haben, über dieses Thema zu reden, kann man nachempfinden. Sie machen schließlich seit zehn Tagen nichts anderes.

(Franz Maget (SPD): Der Herr Ministerpräsident wendet sich schon ab!)

Das ist nicht besonders erfreulich für Sie. Dass man sich dem nicht gern aussetzt, kann man verstehen. Aber Sie müssen sich damit auseinandersetzen. Das ist für unser Land notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Kollege Schmid ist im Übrigen nicht da. Zu überlegen ist, welche Konsequenzen man ziehen muss. In diesem Zusammenhang lautet die erste Frage: Was bedeutet dieses Wahlergebnis?

Man kann sagen, dass die politische Landschaft in Bayern, die so statisch ausgesehen hatte, in Bewegung geraten ist. Die CSU hat massiv verloren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst Erwin Huber glaubt nicht mehr an einen Sieg. Das Wahlergebnis ist eine deutliche Kritik an der Politik von CSU und Staatsregierung. Darüber, denke ich, sind wir uns alle einig. Aber dann geht der Streit los, und er geht natürlich in der CSU los. Welche politischen Maßnahmen von CSU und Staatsregierung haben denn die Menschen in Bayern am meisten enttäuscht? Was hat sie am meisten aufgeregt? Darüber gibt es einen Wettbewerb, und es ist unglaublich, wie viele CSU-Politiker sich zu Wort melden. Wenn ich also nicht auf alle eingehen kann, muss niemand beleidigt sein. Es sind einfach zu viele, die auf einmal erkennen, was sie alles falsch gemacht haben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ganz plötzlich!)

So hat zum Beispiel der CSU-Fraktionsvorsitzende eine lange Rechnung aufgemacht und gesagt: Das achtjährige Gymnasium, das Debakel bei der Landesbank, die hausärztliche Versorgung, der Transrapid – alle diese Themen seien schuld daran gewesen. Das Rauchverbot

hat er natürlich ausdrücklich ausgenommen. Dieses Gesetz sei nicht wahlentscheidend gewesen, hat er gesagt. Er habe es wohl überlegt, und es sei auch fachlich völlig unbestritten.

Auch Herr Kollege Imhof – er war gerade noch hier – hat erklärt, viel wichtiger als das Rauchverbot sei hierbei die Schulpolitik. Ihm ist noch mehr eingefallen, was seine Fraktion und Regierung alles falsch gemacht haben, zum Beispiel im Hinblick auf die frühkindliche Bildung und Erziehung und im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit.

Kollege Pschierer lässt sich da nicht lumpen. Er sagt, unsere mit allerweitestem Abstand größte Baustelle sei die Bildungspolitik. Hierfür gebe es keine Konzepte. Da hat der Kollege recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er sagt weiter, das Kultusministerium entwickle sich immer mehr zu einem Ankündigungsministerium. Als Beispiele nennt er das Büchergeld, das achtjährige Gymnasium, den Übertrittsdruck an den Grundschulen und die Zukunft der Hauptschulen auf dem Land. – Super, unser Bildungspolitiker!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur der Kultusminister selber findet andere Ursachen und macht anderes und andere verantwortlich, nämlich das Rauchverbot und die Hausärzte.

Sie merken schon, Kolleginnen und Kollegen: Jeder sucht die Schuld im Arbeitsbereich und in der Verantwortung des anderen. Aber keiner macht dies so gründlich wie der Kollege Brunner. Er hat 9000 Stimmen verloren und sagt, er habe für die CSU büßen müssen. – Als wenn er in einer anderen Partei wäre! Wahnsinn!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders selbstkritisch dagegen ist der Kreisverband des Wirtschaftsministers. Der Wirtschaftsminister ist schon sehr lange im Kabinett. Das „Landsberger Tagblatt“ schrieb dazu – ich zitiere –:

CSU-Kreischef Thomas Goppel griff sich bei seinen Redebeiträgen öfter als sonst mit der rechten Hand an den Kopf.

(Zuruf von der CSU: Der ist aber nicht Wirtschaftsminister!)

– Wissenschaftsminister! Und dann schreibt die Zeitung weiter:

Diese Gesten der Nachdenklichkeit garnierte der bayerische Wissenschaftsminister mit Sätzen wie: Ein Minus von 4,5 % ist einfach zuviel.

Nun ersetzen zwar Gesten der Nachdenklichkeit noch lange nicht das Nachdenken selbst. Aber es ist immerhin ein Anfang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeitung schreibt weiter: „Einig ist sich die Führungsriege – der Kreisverband der CSU, also auch Minister Goppel – darin, dass weder der Wahlkampf noch die Politik vor Ort schuld sind am Liebesentzug der Wählerinnen und Wähler. Die gesamte CSU strahlt nicht mehr den Glanz aus wie noch vor einiger Zeit.“

Und dann geht es folgendermaßen weiter:

Günther Beckstein fehlt die Statur und CSU-Chef Erwin Huber müsste deutlich an Energie und Durchsetzungskraft zulegen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Was wir schon immer sagen!)

Es hat natürlich nicht jeder den Glanz und die Statur von Dr. Thomas Goppel. Das muss man auch einmal sagen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und so einen Schal!)

Am perfektsten beherrscht das Schwarzer-Peter-Spiel der neue Bezirksvorsitzende von Niederbayern. Der erklärt in besonders hinterhältiger Dialektik:

Diejenigen, die jetzt eine Führungsdebatte auslösen, tragen die Verantwortung, wenn die CSU weiterhin in der Defensive bleibt.

Im selben Atemzug fordert er mehr Führungsstärke von Ministerpräsident Dr. Beckstein.

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN)

Er weiß genau, was er tut. Er will sagen: Schuld ist nicht Huber, sondern schuld ist Beckstein.

Kolleginnen und Kollegen der CSU, ein bisschen hat jeder von Ihnen Recht. Sie alle tragen Verantwortung für die vielen Fehler, die Sie und die Regierung in den letzten Jahren begangen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die Kritik der Wählerinnen und Wähler zielt nicht nur auf die vielen Fehlentscheidungen der letzten Jahre – ich nenne nur den Pfusch beim R 6 und G 8, das Büchergeld und den Lehrermangel –, sondern die Menschen in Bayern haben es auch satt, dass Sie nicht handeln und nicht endlich die zentralen Probleme in Bayern angehen.

Unser Bildungssystem muss grundlegend modernisiert, saniert und finanziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern braucht keine dritte Startbahn und keinen Transrapid, Bayern braucht eine zeitgemäße Struktur- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Hightech-Standort muss das Zentrum einer klimafreundlichen Spitzentechnologie werden und alle müssen am wachsenden Reichtum teilhaben können. Das sind die zentralen Probleme. Sie aber haben weder die Kraft noch Ideen, das umzusetzen, und das enttäuscht die Menschen.

Aber die Menschen empört nicht nur, was Sie alles nicht machen, am meisten regt sie auf, wie Sie alles falsch machen. Sie begehen einen handwerklichen Fehler nach dem anderen. Die CSU weiß überhaupt nicht mehr, wie regieren geht. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, sind nicht regierungsfähig. Sie missachten die simpelsten Regeln. Ihr Handlungsmuster der letzten Jahre lautet: Erstens pfuschen, zweitens leugnen und drittens noch mehr pfuschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne als Beispiel das achtjährige Gymnasium. Erst haben Sie das G 8 völlig überstürzt und ohne jeden Plan eingeführt, dann haben Sie lange geleugnet, dass es Probleme gibt, und jetzt pfuschen Sie planlos und hektisch an dem Problem herum, das Sie selbst geschaffen haben.

(Simone Tolle (GRÜNE): Verball!)

Ein weiteres Beispiel ist das Büchergeld. Auch das haben Sie hektisch und überstürzt eingeführt, dann die Probleme geleugnet und das Büchergeld als große Errungenschaft gefeiert und schließlich haben Sie es hektisch und überstürzt wieder abgeschafft.

Ein weiteres Beispiel ist der Nichtraucherschutz: Hektisch und überstürzt eingeführt, dann Probleme geleugnet und als große Errungenschaft gefeiert und schließlich hektisch und überstürzt aufgeweicht.

Da bewahrheitet sich die alte Regel, dass schlechtes Krisenmanagement verheerender wirkt als die Krise selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem kopflosen Krisenmanagement zeigen Sie, wie tief Sie in der Krise stecken. Es gibt – so kritisiert die „Süddeutsche Zeitung“ – keine Führung mehr, sondern nur noch überforderte Spitzenkräfte, die sich gegenseitig demontieren, statt die wahren Ursachen des Vertrauensverlustes zu suchen.

Ministerpräsident Beckstein lässt jetzt suchen. Er hat wieder einmal ein Bürgergutachten in Auftrag gegeben. Es ist nur so: Die Bürgerinnen und Bürger haben

Ihnen allen ein Gutachten bei der Kommunalwahl ausgestellt. Dieses Gutachten fällt verheerend aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Scharen haben sich die Wählerinnen und Wähler von Ihrer Politik und Ihrer Partei abgewandt. Sie haben keinen Grund mehr gesehen, warum sie für eine solche Politik zur Wahl gehen sollten. Zum Teil haben sie auch eine andere Partei gewählt.

(Dr. Jakob Kreidl (CSU): Sie reden Unsinn!)

Ziehen Sie endlich Konsequenzen aus diesem Gutachten. Sie, Herr Meyer, tun es ja schon. Sie flüchten sich aufs Land. Das ist eine gute Idee, Herr Meyer.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU): Herr Dürr hat zu lange geredet!)

Sie wissen alle, meine Damen und Herren von der CSU – ich habe es vorgetragen und jeder von Ihnen weiß es –, wo die Probleme liegen: Bildung, soziale Gerechtigkeit, Transrapid, dritte Startbahn und Klimaschutz, Erwin Huber und die Landesbank. Dafür brauchen Sie kein neues Gutachten. Greifen Sie endlich unsere Lösungsvorschläge auf,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sonst bekommen Sie im September das nächste verheerende, Ihr letztes Bürgergutachten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächstem Redner darf ich Herrn Dr. Kreidl das Wort erteilen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Auch einer, der flüchtet! – Dr. Jakob Kreidl (CSU): Ich bin ja noch da!)

Bitte, Herr Kollege.

Dr. Jakob Kreidl (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich der Pulverdampf des Wahlkampfs und auch die Aufregtheit des Wahlabends gelegt haben, sollte man eigentlich den Blick wieder frei haben für eine nüchterne Analyse.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das hat man beim Kollegen Dürr nicht erkennen können. Er hat für meine Begriffe ein absolutes Zerrbild von der Situation in Bayern gezeichnet.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Dürr, wenn es wirklich so fürchterlich schlimm bei uns wäre, wie erklären Sie sich dann, dass es nach Bayern weiterhin einen starken Zuzug gibt, dass

die Menschen hier in Bayern sehr gerne leben und dass die Lebensbedingungen hier ungleich besser sind als in manchen anderen Regionen Deutschlands?

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Diese Tatsache können Sie doch nicht einfach leugnen. Außerdem haben Sie von einem sehr, sehr schlechten Wahlergebnis der CSU gesprochen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ja!)

Ist Ihnen denn verborgen geblieben, dass die CSU mit Abstand die stärkste Partei geblieben ist?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ja ja, ich weiß. Aber die Wahrheit tut halt weh.

(Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Das war der falsche Textbaustein!)

Deswegen rühren Sie sich doch so lautstark. Die CSU – diese Tatsache können Sie nicht umdeuten – ist auch aus dieser Kommunalwahl mit Abstand als die stärkste Kraft hervorgegangen. 40 % aller Mandate in den Kommunen sind von der CSU errungen worden.

Das können Sie nicht wegdiskutieren. Da können Sie noch so schreien und noch so aufgeregt sein.

Außerdem ist Ihnen vielleicht auch verborgen geblieben, dass die CSU zwei Drittel aller zu wählenden Landräte stellt. Ferner ist Ihnen wahrscheinlich auch verborgen geblieben, dass Sie keinen der Landräte in Bayern stellen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Abwarten!)

Und es ist Ihnen wahrscheinlich auch verborgen geblieben – das geht in Richtung Gesamtopposition –, dass die SPD das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielt hat. Auch das ist eine Tatsache.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wenn man Ihre Reden vor diesem Hintergrund hört, muss man sich schon fragen: Was haben Sie analysiert? Wo leben Sie eigentlich? Sie haben die Situation überhaupt nicht so dargestellt, wie sie wirklich ist. Sie haben in der Tat ein Zerrbild gezeichnet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Träumen Sie weiter! – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Sie haben auch in erster Linie landespolitisch übergreifende Themen dargelegt. Wenn Sie im Wahlkampf tätig gewesen wären, dann wäre Ihnen klar geworden,

dass in erster Linie die Kandidaten, die zur Wahl standen und die örtlichen Themen eine Rolle gespielt haben.

Wenn Sie meine persönliche Situation sehen, stellen Sie fest: Mein Beispiel zeigt, dass die CSU Wahlen nicht nur gewinnen, sondern sie auch

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

sehr deutlich und hoch gewinnen kann. Das mag Ihnen zeigen, wenn man vor Ort gute Politik macht, wenn man das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler gewinnt, dann kann man Wahlen sehr erfolgreich bestreiten.

Die Menschen in Bayern wissen, dass die CSU seit Jahrzehnten eine kommunalfreundliche Politik macht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Warum hat die CSU dann verloren?)

Als Vorsitzender des Kommunalausschusses und als langjährig tätiger Kommunalpolitiker weiß ich, wovon ich spreche. Gott sei Dank ist es so, dass Sie nicht an der Regierung sind, dass Sie nicht die Dinge bestimmen, denn sonst würde es, weiß Gott, anders ausschauen.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Rütting (GRÜNE))

Sonst würde es nicht so ausschauen, wie beispielsweise von den kommunalen Spitzenverbänden immer wieder bestätigt wird, nämlich dass die Finanzausstattung der Kommunen in Ordnung ist. Kommunalpolitik wird bei uns aus einer praktischen Erfahrung heraus gemacht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hat vor der Wahl niemand geglaubt und glaubt nach der Wahl niemand!)

Viele von unseren Kolleginnen und Kollegen sind seit vielen, vielen Jahren aktive Kommunalpolitiker. Viele sind in der Kommunalpolitik verwurzelt und bringen ihre Erfahrung in die Landespolitik ein. Auf dieser Basis können wir die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen sehr erfolgreich setzen. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Die Prioritätensetzung zugunsten der Politik für unsere Kommunen lässt sich klar anhand konkreter Daten und Fakten nachzeichnen. Die Zuwachsraten im kommunalen Finanzausgleich lagen über die letzten vier Jahre gerechnet ganz deutlich über dem Staatshaushalt. Während der Staatshaushalt in den letzten vier Jahren um etwa 10 % gestiegen ist, sind die reinen Landesleistungen im kommunalen Finanzausgleich um 26 % gestiegen, also in vier Jahren eine Steigerung um ein Viertel. Damit ist die Basis dafür geschaffen worden, dass die Kommunen ihre Aufgaben gut erfüllen können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Vom Straßenbau bis zum Krankenhausbau, von den Sportstätten bis hin zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind die Kommunen in der Lage, ihre wichtigen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu erfüllen. Auch die Investitionsquote in den bayerischen Kommunen bringt es deutlich zum Ausdruck. In den westdeutschen Bundesländern haben wir bei den Kommunen eine Investitionsquote von 14 % zu verzeichnen, bei den bayerischen Kommunen beträgt sie 20 %. Allein diese Daten zeigen schon, dass sich die Situation fundamental von der der Kommunen in anderen Ländern unterscheidet und dass es bei uns eben gut läuft.

Das kann ich auch aus eigener Erfahrung sagen. Beispielsweise sind die Mittel für Investitionen in einem Jahr um rund 103 Millionen Euro erhöht worden, und zwar für den Schulhausbau, für den Straßenbau, für den Bau von Abwasseranlagen und für den Krankenhausbau. Wir haben die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Kommunen diese Aufgaben auch erfüllen können. Dass noch nicht alles erledigt werden kann, dass da und dort nach wie vor noch Handlungsbedarf besteht, das bestreitet niemand. Man kann aber nicht einen Wunsch Katalog aufmachen und alles fordern und zum Schluss die Finanzierbarkeit nicht gewährleisten. Wir garantieren und gewährleisten eine hervorragende Abfinanzierung in den verschiedensten Bereichen. In der Vergangenheit hatten die Kommunen gewisse Schwierigkeiten, weil sie zum Teil zu lange auf die staatlichen Zuwendungen warten mussten. Wir haben die Wartezeiten sehr deutlich verkürzt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Zum Beispiel war die Wartezeit im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ursprünglich bei acht Jahren; sie ist auf ein Jahr zurückgegangen. Allein an dem Beispiel sehen Sie, wie sich die Situation vor Ort verbessert hat. Darum ist es nicht verständlich, wenn Sie die Dinge völlig anders darstellen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie es der Wähler darstellt!)

Wir bemühen uns auch intensiv um die Stärkung des ländlichen Raums. Das fängt beim Straßenbau an und endet bei der DSL-Versorgung, beim schnellen Internet. Da gab es gewisse Probleme. Speziell dafür wurde ein Sonderprogramm aufgelegt, ausgestattet mit 19 Millionen Euro, das die Voraussetzungen dafür schafft, dass die weißen Flecken, die es noch auf der Landkarte gibt, innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre – bis 2010 soll das über die Bühne sein – geschlossen sein werden. Eine weitgehend flächendeckende Versorgung mit dem schnellen Internet bringt eindeutig eine Stärkung für den ländlichen Raum.

Eine Stärkung bringen auch die Dorferneuerung und die Städtebauförderung. Dieses Investitionsförderprogramm ist auch deutlich aufgestockt worden. Die Städtebauför-

derung ist ein wirkungsvolles Instrument, vor allem zur strukturellen Stärkung der Zentren, aber auch des ländlichen Raums aller Größenordnungen und für eine fachübergreifende nachhaltige Entwicklung, mit dem auf die unterschiedlichsten Problemlagen reagiert wird.

Wir setzen auch deutliche Impulse in der Tourismusförderung. Auch das ist gerade für den ländlichen Raum, für die Erholungsgebiete, für die Tourismusgemeinden von entscheidender Bedeutung. Hier werden spezielle Programme aufgelegt, die die Modernisierung des Beherbergungsgewerbes voranbringen. Es soll zum Beispiel ein Seilbahnförderprogramm vorgebracht werden. Da stehen wir bereits in großem Wettbewerb mit dem benachbarten Österreich.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hätten Sie vor der Wahl sagen müssen, nicht nach der Wahl!)

– Wir haben das vor der Wahl bereits sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, und das ist auf sehr positive Resonanz in den Kommunen gestoßen.

Lassen Sie mich noch einige Initiativen ansprechen, wo wir speziell etwas für die Feuerwehren gemacht haben. Wir haben ein neues Feuerwehrgesetz aufgelegt, das landesweit sehr begrüßt wird. Mit diesem Gesetz haben die Ortsfeuerwehren eine Bestandsgarantie erhalten. Es schafft die Möglichkeit, dass sich Feuerwehren auf freiwilliger Basis zusammenschließen. Hier haben wir auch eine Pendlerregelung und Doppelmitgliedschaften geschaffen. Auch die immer wieder geforderte Anhebung der Altersgrenze auf 63 Jahre konnten wir erreichen. Das sind konkrete Beispiele, wo wir vor Ort etwas entscheidend voranbringen konnten. Das haben der Landesfeuerwehrverband und die vielen Feuerwehren vor Ort sehr begrüßt.

Auch ein Hochwasserschutzaktionsprogramm haben wir geschaffen und entsprechend dotiert. Auch das greift seit einiger Zeit. Es wird fortgeführt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wir wissen, dass wir schlimme Flutereignisse gehabt haben. Es muss Vorsorge getroffen werden. Auch dafür haben wir mit Millionenbeträgen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen, sodass der ländliche Raum insgesamt gut gestärkt in die Zukunft blicken kann.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wir haben Maßnahmen ergriffen, um den ländlichen Raum zu stärken und letztlich auch die Landwirtschaft zu unterstützen, die im ländlichen Raum eine sehr starke Bedeutung hat. Wir brauchen also nicht groß umzusteuern. Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde

heißt „Konsequenzen aus der Kommunalwahl“. Die Konsequenzen lauten bei uns,

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Weiter so und durch!)

dass wir auf einem sehr, sehr erfolgreichen Weg weitergehen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Danke schön, dass Sie das unterstützen, wenn wir auf einem erfolgreichen Weg weitergehen werden, damit das gute Verhältnis, das zwischen Landespolitik und den Kommunen bereits besteht, noch weiter gestärkt wird.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dass Sie noch mehr verlieren!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kreidl. Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Dr. Beyer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist gut so, dass die GRÜNEN heute dieses Thema zur Diskussion stellen, gerade weil Kollege Dürr jetzt einiges zurechtrücken konnte. Nach dem Interview am Sonntag konnte man nicht erwarten, dass Sie mit der CSU heute so ins Gericht gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich habe das genauso gelesen. Ich habe so wie viele Menschen im Land gelesen, dass sich bei den GRÜNEN etwas Neues anbahnt statt dem bislang propagierten gemeinsamen Ziel, die CSU abzulösen: die Option, die CSU-Politik mit GRÜNEN-Hilfsmitteln fortzusetzen. Das wollen wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darum bin ich dankbar, Herr Dürr, dass Sie heute etwas andere Worte gefunden haben. Wissen Sie, von der Premium-Opposition zur Prämien-Werbung für die CSU, das wäre ein sehr kurzer Schritt gewesen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hat die SPD auch Wahlergebnisse gehabt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kreidl hat das sehr tapfer gemacht. Und weil es vielleicht seine letzte Rede war, müssen wir auch nicht zu hart mit ihm ins Gericht gehen. Er hat natürlich eine Haltung eingenommen, die da heißt: Wir haben alles richtig gemacht und wir verstehen den Wähler nicht.

Wir verstehen den Wähler sehr wohl. Die Entwicklung bei der CSU fügt sich in einen Trend, dem sie ausgesetzt ist. Sie haben noch 51 % Zustimmung bei den Menschen in diesem Land. Das ist ein verheerender Wert für eine Regierung, die einmal mit einer Zweidrittelmehrheit

gestartet ist. Ich verstehe, dass Sie nervös sind und nach den Gründen für diese Entwicklung suchen.

An einem kann es natürlich nicht liegen: an der Bundespolitik, denn dort kommen Sie überhaupt nicht mehr vor. Insofern werden wir uns auf das Land Bayern beschränken müssen, und da ist die Liste Ihrer Versäumnisse und Fehler lang. Kollege Schmid hat, weil er aus persönlicher Betroffenheit den Nebenkriegsschauplatz Rauchen nicht nennen konnte, eine bemerkenswert ehrliche Analyse gegeben – wir haben sie schon gehört –: Schule, G 8, Landesbank, Transrapid, Hausärzteversorgung, Steuerhinterziehung und Mindestlohn. Also, das Thema Mindestlohn, genauer gesagt Ihre Verweigerung bei diesem Thema, und die Fragen der sozialen Gerechtigkeit kennt ihr Fraktionsvorsitzender sehr genau.

(Thomas Kreuzer (CSU): Deswegen haben Sie so gut abgeschnitten?)

– Als jemand, der in Fürth geboren und Sozi ist, bin ich sehr entspannt mit diesem Ergebnis. Davon dürfen Sie ausgehen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wenn Sie mit einer Stadt zufrieden sind, dann ist es gut!)

– Ich bin nicht mit einer Stadt zufrieden, und Sie haben in Ihrer Funktion die Ergebnisse sicherlich sehr viel genauer gelesen, als Ihr Zwischenruf vermuten lässt.

Zur CSU-Schulpolitik wird Kollege Pfaffmann das Nötige sagen. Ich weise nur einmal auf Ihre unmöglichen Eiergänge hin: Da führen Sie das Büchergeld ein, schaffen nur eines: Sie belasten die Familien. Dann schaffen Sie es ab und belasten die Kommunen. Und im nächsten Jahr verkaufen Sie als Neuheit genau die Regelung, die vor 2004 galt. Das ist Regieren à la CSU. Das ist unglaublich, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Mit dem G 8 haben Sie ein gigantisches Experiment zu Lasten der Schülerinnen und Schüler gestartet. Die Angst vor dem „Turboabitur“ ist sprichwörtlich und wird das Unwort des Jahres 2008 werden, und Sie tragen in Bayern die Verantwortung dafür, meine Damen und Herren.

Beim Transrapid setzen Sie ganz auf die Arroganz der Macht und stellen sich damit gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Hier wie bei der Landesbank wollten Sie die Bevölkerung vor der Wahl über die tatsächlichen Kosten täuschen, und diese Kostenlüge hat insbesondere in München, aber auch darüber hinaus zurückgeschlagen. Der Wähler hat Ihnen dazu seine klare Haltung gezeigt.

Bei der Bayerischen Landesbank besteht der völlig unwiderlegte Eindruck, dass die CSU aus rein wahltaktischen Gründen das wahre Ausmaß der Belastungen verschwiegen hat. Die Wähler haben das gespürt und fragen sich zu Recht: Was macht die Landesbank auf

den Cayman Islands? Was macht die Landesbank mit Töchtern in Liechtenstein? Warum handelt sie mit Anleihen auf Schrottimmobilien? Daraus hat der Wähler seine Konsequenzen gezogen.

Herr Kreidl, Sie haben die angebliche Kommunalfreundlichkeit sehr tapfer vorgetragen, aber sie hat Ihnen ersichtlich auch kein anderes Ergebnis eingebracht. Ich erinnere an den Brandbrief von Herrn Brandl, den Franz Maget hier eindrucksvoll vorgetragen hat. Da sehen Sie, was das Land und die sich wirklich darum kümmern, darunter verstehen.

Zur Hausärzteversorgung spricht am besten der Ministerpräsident zu uns. Wer sich so düpieren lassen muss, der darf sich nicht wundern, wenn er als schwacher Ministerpräsident angesehen wird, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Beim Rauchverbot haben wir ein Geeiere der CSU, das fast schon nicht mehr als peinlich angesehen werden kann. Wer nach neun Wochen ein frisch beschlossenes Gesetz ändern muss, der stellt den politischen Konkursantrag – und Konkursantrag stellt der, der offenlegen muss, dass er mit seinen Mitteln am Ende ist.

Meine Damen und Herren, Sie geben auch heute ein entsprechendes Bild ab. Das gilt natürlich nicht für die anwesenden Kolleginnen und Kollegen, aber man fragt sich, wie Sie eine solche Diskussion nach einer sicherlich sehr anstrengenden Fraktionssitzung überhaupt noch führen wollen. Dieses Bild wird für die bayerische Bevölkerung ein Übriges tun. Sie haben zu Beginn dieser Legislaturperiode voller Verachtung und voller Hohn auf Rot-Grün geschimpft. Ich sage Ihnen heute: Selbst Rot-Grün in der Spätphase war ein Hort politischer Stabilität und Verlässlichkeit gegenüber dem Kurs der bayerischen CSU in diesen Tagen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Zur Wahl noch eines: Es gibt ein geflügeltes Wort: Dieses war der erste Streich... Wie es weitergeht, wissen Sie.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Franz Maget (SPD): Genau so wird's kommen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Sailer das Wort erteilen.

Martin Sailer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Dürr, wenn man Ihre Ausführungen aufmerksam verfolgt, müsste man meinen,

die GRÜNEN wären der große Gewinner der Kommunalwahlen vom 2. März.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wollen Sie das Gegenteil behaupten?)

Lieber Kollege Dürr, da lohnt sich schon einmal ein Blick in die Wahlergebnisse, da sieht das schnell ganz anders aus: Oberbürgermeisterwahlen in den kreisfreien Städten 2002 GRÜNE null, am 2. März 2008 GRÜNE null.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wahl der Landräte 2002 GRÜNE null, 2008 GRÜNE null, einer in der Stichwahl.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Da lachen Sie über Ihre eigenen „Wahlerfolge“, die Sie so groß verkünden.

Und in den kreisangehörigen Gemeinden stellen die GRÜNEN wie 2002 keinen Bürgermeister. So sieht das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in das angebotene Spitzenpersonal der GRÜNEN aus.

Ich kann auch aus meinem Wahlkreis berichten. Wahlergebnis der GRÜNEN-Kandidatin für die Wahl des Landrats: vier Prozent.

Das sind die Wahlerfolge, mit denen die GRÜNEN glänzen können. Ich darf an das anknüpfen, was Kollege Kreidl gesagt hat. Wir haben natürlich regional unterschiedliche Ergebnisse eingefahren, die in erster Linie von den Situationen vor Ort geprägt waren. Ich kann sagen, dass das gute Wahlergebnis im Landkreis Augsburg auch auf eine gute Zusammenarbeit mit der Staatsregierung zurückzuführen ist.

Der wirtschaftliche Aufschwung, den wir in den letzten Jahren im Freistaat verspüren, schlägt sich in den Regionen nieder, auch bei uns im Landkreis Augsburg: Arbeitslose 3,51 %.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Deshalb die Miesen! Das ist der Aufschwung!)

– 52,1 % gegen fünf Mitbewerber im ersten Wahlgang ist, glaube ich, ein ganz gutes Ergebnis, Kollegin.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wie viel Siege haben Sie sonst noch?)

18 000 Unternehmen beschäftigen bei uns im Landkreis 53 000 Menschen und, was wichtig ist, die Investitionskraft und die Investitionstätigkeit geben auch Aufschluss über die wirtschaftliche Attraktivität und die Attraktivität einer Region. Die fünf größten Investitionen von Unternehmen bei uns im Landkreis betragen in der Summe 300 Millionen Euro und schaffen in den nächsten Jahren rund 1000 Mitarbeiter. Ich sage das auch, weil es uns gelungen ist, ein Unternehmen im Landkreis Augsburg

zu halten mit einer Investition, bei der am Ende zwei Standorte zur Entscheidung standen, einer davon in Thüringen, wo das Unternehmen 30 % Barförderung auf die Investitionssumme bekommen hätte. Wir haben es in Zusammenarbeit mit der Staatsregierung geschafft,

(Hans Spitzner (CSU): Sehr wahr!)

dass dieses Unternehmen seine 30 Millionen Euro im Landkreis Augsburg investiert.

Die Arbeitslosenquote, 5,3 % im Jahresmittel, ein Ergebnis so gut wie seit vielen, vielen Jahren nicht mehr, schlägt sich natürlich eins zu eins in den Regierungsbezirken durch mit einer Spannbreite von sieben Prozent in Oberfranken und 4,7 % in Oberbayern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie viele Kreistagsmandate habt ihr denn mehr?)

– Wir haben zwei verloren und wir hätten die absolute Mehrheit behalten, wenn es die Listenverbindung FW/FDP nicht gegeben hätte.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Also habt ihr verloren wie 29 andere Kollegen!)

Das ist Fakt. Aber wir sprechen darüber noch einmal ausführlich, Herr Kollege.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Im Herbst!)

Was wichtig ist, das sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Bayern. Auch dort haben wir mit 4,5 Millionen so viele wie seit vielen Jahren nicht mehr. Auch das ist das Ergebnis einer wirtschaftsfreundlichen, einer arbeitsmarktfreundlichen Politik der Bayerischen Staatsregierung, die natürlich auch in den Kommunen immer wieder durchschlägt.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt habe ich dargestellt. Das Bruttoinlandsprodukt in den Regionen noch darzustellen wäre etwas müßig. Ich kann nur sagen: Warten wir die Stichwahlen ab. Leider ist der Kollege Maget nicht mehr im Saal. Wenn wir ab Sonntagabend auch den Oberbürgermeister in Augsburg stellen, dann sieht es bei den großen Städten, Kollege Beyer, auch schon wieder freundlicher aus. Dann können wir die Diskussion an dieser Stelle gerne weiterführen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Dann lade ich Sie nach Passau ein, Herr Kollege!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Pfaffmann das Wort erteilen.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hört man, was die Kollegen von der CSU hier vortragen, könnte man glatt den Eindruck gewinnen, sie hätten

am letzten Sonntag kein einziges Prozent verloren. – Das Gegenteil ist aber der Fall.

Lieber Herr Sailer, Sie können hier so viele Zahlen vortragen, wie Sie wollen. Tatsache ist, dass Ihnen in Bayern die Menschen, die Wählerinnen und Wähler, am letzten Sonntag eine Watschen erteilt haben. Das ist Tatsache.

(Zuruf von der CSU: Der SPD! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Wir regieren doch nicht. Ich will versuchen, ein paar Gründe zu finden, warum das so ist, zum Beispiel nicht nur beim Rauchverbot, sondern vor allen Dingen in der Schulpolitik. Das ist einer der wahren Gründe, warum Sie am Sonntag eine Watschen bekommen haben, die sich gewaschen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kreidl sagt, wir stärken den ländlichen Raum. Ich sage Ihnen, wie das aussieht: Sie stärken den ländlichen Raum, haben aber in den letzten Jahren 634 Teilhauptschulen geschlossen und damit den ländlichen Raum geschwächt – nicht gestärkt. Dafür haben Sie am Sonntag die Quittung bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie haben in den letzten Jahren 59 Hauptschulen geschlossen, und dafür haben Sie am letzten Sonntag die Quittung bekommen.

(Zuruf von der CSU: Na und?)

– Ja, na und? – Ich sage Ihnen: Es gibt weitere Gründe, warum Sie am Sonntag die Wahlen verloren haben: Nach wie vor verlassen in Bayern 10 % aller Schüler die Schule ohne Abschluss, und das ist Ihre Verantwortung. Am Sonntag haben Sie dafür die Quittung bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Nach wie vor bekommt jeder dritte bis vierte Schüler im neunten Lebensjahr an der Grundschule Nachhilfe, damit er den Übertritt irgendwie bewältigt, und das ist Ihre Verantwortung. Dafür haben Sie am letzten Sonntag die Quittung bekommen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Und: Wir warten nach wie vor auf die Hauptschulreform. Lieber Herr Staatsminister, wo ist die Hauptschulreform eigentlich geblieben?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vor einem Jahr haben Sie mit großem Brimborium eine Hauptschulreform angekündigt. Wir haben uns dann er-

staunt gefragt: Wo ist sie denn? Auch dafür haben Sie am letzten Sonntag die Quittung bekommen. Diese Liste lässt sich weiterführen, etwa mit dem achtjährigen Gymnasium. Es vergeht überhaupt kein Tag, an dem das Desaster mit dem achtjährigen Gymnasium nicht in der Zeitung nachzulesen ist. Leistungsdruck auf elfjährige Kinder, die Frage der Übertrittszeugnisse, der Druck in der vierten Klasse der Grundschule, auch dafür haben Sie am letzten Sonntag die Quittung bekommen. Sie haben die Quittung am letzten Sonntag auch für die Tatsache bekommen, dass immer mehr Unterricht in die Familien verlagert wird und dass heute das Familienleben aus Schule besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist ein Desaster, was Sie in der Schulpolitik anrichten. Das sehen auch Ihre eigenen Kollegen so. Wo ist denn der Herr Pschierer, der gesagt hat, wir hätten kein Kultusministerium, sondern ein „Ankündigungsministerium“? Der Herr Pschierer hat ausnahmsweise recht; so sieht es in Bayerns Schulpolitik aus. Sie haben größte Probleme in der Schul- und Bildungspolitik, nicht nur in der Schule selber, sondern auch vor der Schule. Wo ist denn die Sprachförderung, mit der Sie das ganze Jahr über durch das Land ziehen und sagen, Sie ändern etwas? Wo ist sie denn? Auch dafür haben Sie am letzten Sonntag die Quittung bekommen.

Wie soll denn in großen Klassen mit über 34 Schülerinnen und Schülern ein vernünftiger Unterricht stattfinden? Auch dafür haben Sie am letzten Sonntag die Quittung bekommen. Sie sagen heute, das sei alles wunderbar, wir seien die Besten und die Größten. Das ist nichts anderes als eine Vogel-Strauß-Politik, und dafür werden Sie weiterhin die Konsequenzen tragen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind für die desaströse Schulpolitik – von der Grundschule über die Realschule bis zum achtjährigen Gymnasium – in Bayern verantwortlich. Das, was hier gemacht wird, ist doch nichts anderes als Ankündigungspolitik. Wo sind die Konzepte?

Der Herr Staatsminister lässt als Antwort auf die Äußerung von Herrn Pschierer erklären, sein Ziel sei es, im Konsens aller einen Vorschlag zum G 8 zu machen. Aber wie der Vorschlag lautet, wissen wir nicht. Das ist nichts anderes als eine schöne Ankündigung. Genauso ist es beim Büchergeld; das ist heute schon gesagt worden.

Ich kann Ihnen nur sagen: Das ändert nichts. Einer der wichtigsten Gründe, warum Sie am letzten Sonntag die Quittung bekommen haben, ist Ihre Baustellenpolitik in Sachen Schule und Zukunft der Kinder in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meyer, bitte schön.

Franz Meyer (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CSU ist die kommunalpolitische Kraft in Bayern, und sie ist es auch in Zukunft. Die CSU hat bei der Kommunalwahl am 2. März im ländlichen Raum über die gesamte Fläche ihre politische Kraft erneut unter Beweis gestellt. Ich hätte mir schon gewünscht, dass diese guten Ergebnisse auch am Wahlabend in der Berichterstattung stärkeres Gewicht bekommt.

(Beifall bei der CSU)

In meinem Heimatregierungsbezirk Niederbayern ist die CSU auch weiterhin mit Abstand die stärkste kommunalpolitische Kraft. Wir waren in vielen Orten und auch in den Landkreisen erfolgreich, und das gilt ebenso für die anderen Regierungsbezirke. Einer der Gewinner der Landratswahl steht vor Ihnen.

(Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Wenn man mit 66,7 %, also mit einer Zweidrittelmehrheit, bei fünf Mitbewerberinnen und Mitbewerbern im Landkreis Passau die Landratswahl gewinnt, ist man für dieses Vertrauen der Wählerinnen und Wähler dankbar. Ich sehe darin die Anerkennung der kommunalpolitischen Arbeit der CSU, auch in meinem Heimatlandkreis in der Verantwortung von Landrat Hans Dorfner, aber auch unserer parlamentarischen Arbeit der CSU hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im Kommunalwahlkampf vor Ort als einzige Partei mit der Bürgerschaft ein umfassendes Zukunftsprogramm erarbeitet. Wir haben für unseren Landkreis, für unsere Region Perspektiven und Gewinnpunkte für die Zukunftsfähigkeit aufgezeigt. Das heißt einmal mehr: Es ist wichtig, den Menschen Perspektiven zu geben und näher am Menschen zu sein.

Wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende hier im Bayerischen Landtag am Wahlabend von SPD-Erfolgen spricht, frage ich mich, ob er weiß, dass die SPD bei der Landratswahl in Passau bei nicht einmal 12 % landete.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Auch insgesamt gesehen haben wir im Landkreis Passau einen Nettozuwachs an CSU-Bürgermeistern wie auch an kommunalen Mandaten. Von den bisher 129 amtierenden CSU-Bürgermeistern haben wir in Niederbayern im ersten Wahlgang 122 gewonnen. Einer der wichtigsten Punkte war immer wieder der enge Schulterschluss zwischen der Landespolitik und der Kommunalpolitik. Dazu zähle ich insbesondere auch den kommunalen Finanzausgleich, ein Gewinnpunkt auch im Kommunalwahlkampf dieses Jahres. Ich bin dafür dankbar, dass

ich auch diesen noch als Finanzstaatssekretär mitgestalten durfte; denn fast jeder vierte Euro des bayerischen Staatshaushalts geht an die kommunale Familie, und ich füge als neu gewählter Landrat hinzu: Das muss auch in Zukunft so bleiben.

Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs 2008 erhöhen sich gegenüber 2007 um 11 %. Ich habe auch bei vielen Veranstaltungen gespürt, dass die Stärkung der Investitionen bei unseren Gemeinden sehr gut angekommen ist. Ich denke dabei insbesondere an die Anhebung der Finanzmittel für die Dorferneuerung, für die Städtebauförderung oder auch die Wirtschaftsförderung und Abwasserentsorgung. Dass gerade ein Flächenlandkreis wie Passau einen Anschlussgrad von 86 % hat, ist auch auf das große Engagement unserer Gemeinden, aber auch auf die staatliche Unterstützung des Freistaats Bayern zurückzuführen. Deshalb will ich hier sagen, dass es auch in Zukunft notwendig ist, für die Abwasserentsorgung und für die Wasserversorgung staatliche Mittel zu geben. Dies ist meine Bitte an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Gerade die Wirtschaft braucht Wege, und dazu gehört weiterhin ein sinnvoller Ausbau unserer Infrastruktur, auch des Straßennetzes. Dies gilt für den kommunalen Bereich, aber auch für den Staatsstraßen- und Bundesfernstraßenbau. Der größte Gegner für sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen sind gerade die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich nenne hier als Stichwort nur die A 94. Ich habe dies vor Ort persönlich gespürt.

Ein klares Ja möchte ich zu unserem dreigliedrigen Schulsystem sagen. Auch dieses war im Kommunalwahlkampf ein wichtiges Thema. Dazu gehört vor allem die Stärkung unserer Hauptschulen.

Ich danke dem Herrn Kultusminister für seine klaren Konzepte zur Stärkung der Hauptschulen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb appelliere ich an die Opposition, endlich damit aufzuhören, die Hauptschule als Restschule zu bezeichnen. Wenn ein Drittel aller Kinder die Hauptschule besucht, dann kann man nicht von einer Restschule sprechen. Denn was wäre sonst die SPD in Bayern?

Eine wirksame Hilfe für die Kommunen in Bayern war die Stärkung der Finanzkraft durch die Übernahme der Solidarumlage zum 01.01. dieses Jahres. Alleine für die 38 Gemeinden im Landkreis Passau bringt das in diesem Jahr eine Entlastung von rund 1,6 Millionen Euro. Dieses Geld verbleibt in den Kassen der Gemeinden. Ich glaube, es handelte sich um eine sinnvolle Entscheidung der Staatsregierung und des Bayerischen Landtags. Sie gibt ein Beispiel dafür, wie man im Sinne der Zukunftsfähigkeit unseres Landes eng zusammenarbeitet. In den Kommunen wird Gemeinschaft gelebt und staatliches Handeln erlebt. Starke Kommunen sind die Basis eines stabilen Gemeinwesens.

Mit dem großen Vertrauen der Wählerschaft will ich meinen Beitrag zu einer weiteren Stärkung der Kommunalpolitik in unserem Lande leisten und dabei meine Erfahrungen aus der Landespolitik einbringen. Ich darf Ihnen versichern, dass ich mich auch in Zukunft als gewählter Landrat, wenn es um die Wahrung der Interessen der Kommunalpolitik und des ländlichen Raumes geht, weiterhin aktiv in die Landespolitik einmischen werde. Ich möchte mich zum Ende meiner Tätigkeit in diesem Hause für die gute Zusammenarbeit im Landtag bedanken: Herzlichen Dank für das gute Miteinander aller Fraktionen in den letzten 18 Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächstem darf ich Herrn Kollegen Ritter das Wort erteilen.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Kolleginnen und Kollegen der CSU nach den Ursachen für dieses Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen suchen, dann sollten sie sich im Internet einmal diese Debatte und die Redebeiträge der CSU-Kollegen ansehen. Dann wird das Resultat klar. So etwas Emotionsloses, so etwas Inhaltsleeres, haben meines Erachtens die Kommunen in Bayern nicht verdient. Ich denke, es wäre etwas mehr Herzblut vonseiten der CSU angesagt – anstatt inhaltsleerem Gequassel. Sie suchen im Qualm nach den Ursachen für die Wahlergebnisse der Kommunalpolitik. Dabei ist es doch so einfach: Sie haben die letzten Jahre massiv Politik gegen die Kommunen und auf Kosten der Kommunen gemacht und drücken sich vor den eigentlichen Herausforderungen und den eigentlichen Aufgaben, die es zu lösen gäbe.

Ich finde es sehr interessant, Herr Kollege Kreidl, wenn Sie unter den Segnungen, die von der Staatsregierung für die Kommunen und den ländlichen Raum geleistet worden sind, den Breitbandanschluss nennen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Wer hat das denn eigentlich erfunden? Fragen Sie doch einfach mal Frau Kollegin Kronawitter, die Sie, als wir das Thema zum ersten Mal im Bayerischen Landtag diskutiert haben, zu diesem Thema hat hinprügeln müssen. Obgleich die Problematik durch den Gemeindetag aufgegriffen worden ist, hat sich die CSU hingestellt und gesagt: Das ist überhaupt nicht unsere Aufgabe, das interessiert uns gar nicht. – Man musste Sie tatsächlich an Händen und Füßen zu der Position, die Sie jetzt Gott sei Dank einnehmen, hinschleifen, um Änderungen zu erreichen.

(Dr. Jakob Kreidl (CSU): Das Ergebnis ist doch gut!)

– Das Ergebnis könnte besser sein. Das sollten Sie sich einmal überlegen.

Sie kaprizieren sich auf sogenannte Leuchtturmprojekte, anstatt einen planvollen und sinnvollen Ausbau der Infrastruktur in diesem Land voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Nebenbei bemerkt: Der Ausdruck „Leuchtturmprojekt“ ist ein bisschen problematisch. Wir kennen uns in Bayern sicherlich nicht so gut mit Leuchttürmen aus. Allerdings sind Leuchttürme keine Objekte, auf die man stur zufährt. Fragen Sie einmal Herrn Prof. Dr. Gantzer, der zur See gefahren ist. Leuchttürme sind eher ein Zeichen dafür, dass eine Gefahr vorliegt, dass eine Untiefe besteht und man etwas aufpassen sollte. Sie kaprizieren sich beispielsweise auf das Leuchtturmprojekt „Transrapid“. Hier sollen Hunderte von Millionen in eine verkehrs- und strukturpolitisch völlig unsinnige Maßnahme gesteckt werden, während sich gleichzeitig bei den wichtigen Regionalverkehrsprojekten in diesem Land nahezu nichts bewegt, obwohl diese schon seit Jahrzehnten gefordert werden.

Bayern ist ein Flächenland. Die meisten Menschen leben in Gebieten abseits der Ballungsräume und arbeiten auch dort. Daher ist eine gut und dicht ausgebaute öffentliche Verkehrsinfrastruktur notwendig. Sie stärkt die Regionen, das stärkt die Wirtschaft in den Regionen und sichert auch Arbeitsplätze. Sie hingegen schaffen die Busförderung in Bayern zur Finanzierung der Planungskosten für den Transrapid ab, führen gerade die Hälfte des gestrichenen Betrages wieder ein und tun so, als ob das eine mittlere Revolution wäre.

(Beifall bei der SPD – Dr. Jakob Kreidl (CSU): Der Bund hat die Mittel gestrichen! Das hat der Bund gemacht! Das haben Sie nicht erkannt!)

Das ist keine Verkehrsinfrastrukturpolitik, die den Menschen in diesem Lande zugutekommt. Sie huldigen dem Transrapid, als wenn er die Lösung aller Infrastrukturprobleme in diesem Lande wäre, während die Menschen in der Fläche nicht wissen, wie sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln morgens zur Arbeit und abends wieder nach Hause kommen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wundern sich, dass die Wählerinnen und Wähler Sie bei der Kommunalwahl abgewatscht haben. Ich denke, Sie werden, wenn Sie so weitermachen – das, was Sie heute hier abgeliefert haben, ist sehr vielversprechend –, bei der Landtagswahl mit Sicherheit die nächste Watschen einkassieren.

(Beifall bei der SPD – Dr. Jakob Kreidl (CSU): War das emotional?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Dr. Döhler das Wort erteilen.

Dr. Karl Döhler (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! „Die Kommunalwahl

in Bayern: Konsequenzen für die Landespolitik ziehen“ – Dieses Thema ist sicherlich eine Diskussion wert. Die Frage ist, wo und wie man darüber diskutieren sollte.

Wenn ich davon ausgehe, dass Sie, Herr Ritter, Herr Pfaffmann, Herr Dr. Beyer und Herr Dr. Dürr, recht haben, dann dürfte ich hier nicht als gewählter Landrat stehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ausnahmen bestätigen die Regel! Wir gratulieren Ihnen!)

Wenn das alles stimmt, was Sie sagen, dann dürfte ich nur 25 % bekommen haben. Ich stehe als CSU-Abgeordneter für die Politik der CSU. Ich habe viereinhalb Jahre lang unsere Politik mitgestaltet. Wenn das, was Sie sagen, stimmt, dann dürfte ich in diesem Landkreis nicht gewählt worden sein.

Ich denke, es ist wichtig, die Konsequenzen aus der Kommunalwahl zu ziehen. Das sollte vielleicht auch jede Partei erst einmal für sich tun und nicht glauben, man könne die Ursachen für die Ergebnisse der anderen Parteien besser abschätzen. Ich werde das von meiner Seite nicht tun. Nur das eine: Herr Pfaffmann hat auf den Zuruf: „Sie haben auch verloren“ gesagt: „Sie regieren ja nicht.“ Man kann nur sagen: Gott sei Dank regieren Sie nicht. Es würde mir aber zu denken geben, als Opposition verloren zu haben und dann darzustellen, welche schlechte Politik angeblich gemacht worden ist. Ich denke, auch Ihnen sollte das zu denken geben. Man muss sich die Wahlergebnisse insgesamt ansehen und feststellen, dass die Wahlbeteiligung gegenüber früheren Wahlen erheblich geringer war. In den Städten war die Wahlbeteiligung noch geringer, auf dem Land war es nicht ganz so schlimm. Die GRÜNEN sind bei uns im Kreistag bei zwei Mandaten geblieben, obwohl die Fichtelgebirgs-Autobahn das wichtigste Thema bei uns war.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Ja, wir haben verloren, wir haben 3,71 % verloren, aber wir stellen den Landrat. Die GRÜNEN haben genauso wie vorher zwei Sitze, obwohl die Fichtelgebirgs-Autobahn ein zentrales Thema war.

Das heißt also, dass sich auch die GRÜNEN Gedanken darüber machen sollten, was da eigentlich passiert ist.

Die Art und Weise, wie wir das hier diskutieren, wird uns nicht weiterhelfen. Ich habe hier oft Besucherguppen – erst am 6. März war wieder eine da –, und eine ihrer ersten Fragen ist immer: Warum sind so wenige Abgeordnete hier im Saal, wenn diskutiert wird, wenn übertragen wird? Warum werden immer wieder die gleichen Diskussionen geführt? – In den viereinhalb Jahren, in denen ich hier war, habe ich das, was ich jetzt gerade von den GRÜNEN und von der SPD gehört habe, bestimmt schon ein Dutzend Mal gehört. Dadurch wird es nicht besser. Wenn man sich ernsthaft mit der Kommunalwahl beschäftigen will, muss man sich Gedanken darüber machen, warum die Wahlbeteiligung so niedrig war. Was

wir hier von der Opposition gehört haben, trägt sicher nicht dazu bei, die Beteiligung bei den nächsten Wahlen wieder zu erhöhen. Diese pauschalen Angriffe und die Destruktivität, die wir hier erlebt haben, werden das Parteiensystem und gewiss auch die Demokratie auf lange Sicht schädigen.

Ich würde mir für die paar Tage, die ich jetzt noch hier im Landtag bin, wünschen, dass wir wieder zu einer sachgerechten Diskussion zurückfinden, insbesondere in den Reihen der Opposition.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): In Ihren eigenen Reihen! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Döhler. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister des Innern um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Aktuellen Stunde lautet „Kommunalwahlen in Bayern: Konsequenzen für die Landespolitik ziehen“. Eine der bedauerlichen Konsequenzen für dieses Hohe Haus ist, dass wir vier geschätzte Kollegen, die gerade gesprochen haben, verlieren werden; für die betreffenden Landkreise ist das zweifellos ein Gewinn. Ich möchte zuallererst Jakob Kreidl, Martin Sailer, Franz Meyer und Karl Döhler ganz herzlich zu ihrer erfolgreichen Wahl zu Landräten in Bayern gratulieren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht nur ein großartiger persönlicher Erfolg, sondern auch ein Erfolg von uns allen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Beyer hat vorhin gesagt, er würde die Wähler sehr wohl verstehen. Das ist auch höchste Zeit; denn nachdem man bei der Kommunalwahl das schlechteste Wahlergebnis seit 1946 eingefahren hat, Herr Kollege Beyer, kann ich Ihnen nur dringend raten, sich darum zu bemühen, die Wähler richtig zu verstehen.

(Beifall bei der CSU)

Die bayerische SPD hat nicht nur das schlechteste Wahlergebnis seit 1946 eingefahren, sondern die aktuellen bundesweiten Meinungsumfragen gerade in diesen Tagen belegen auch, dass Sie jetzt auch auf Bundesebene auf einem absoluten Tiefststand angekommen sind. Ihr Bundesvorsitzender hat kraftvoll die schlechtesten Umfragewerte für die SPD seit 1946 in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Offener Wortbruch ist die Ursache für diese Situation. Beck und Ypsilanti meinen, dass es sich gemeinsam leichter lügt. Ich sage Ihnen: Das werden Ihnen die Menschen in Deutschland nicht

durchgehen lassen. Dafür erhalten Sie jetzt die Quittung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Ein müder Beifall!)

Bei der Linkspartei machen auch ein paar brave Gewerkschafter mit. Vor allem sind da aber viele bornierte Altkommunisten dabei, die in der ungebrochenen Tradition von Mauer und Stacheldraht stehen. In diesem Jahr jährt sich am 17. Juni zum 55. Mal der Volksaufstand in der DDR. Wenn dieser Jahrestag begangen wird, meine Damen und Herren, sind zwei Dinge sehr klar: dass nämlich wir von der CSU immer auf der Seite der Freiheit standen

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Ach ja?)

und dass SED und PDS und Linke in der ungebrochenen Erbfolge von Diktatur und Kommunismus stehen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Dr. Beyer, das Schlimme ist, dass die SPD neuerdings orientierungslos dazwischen herumeiert und nicht mehr weiß, auf welcher Seite sie in dieser Auseinandersetzung steht. Das ist die aktuelle Situation.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Dr. Beyer, schauen Sie sich die Werte an: 40 % der Deutschen halten Kurt Beck für machtbewusst, und nur noch 6 % halten ihn für glaubwürdig. Das ist die Realität Ihrer Politik.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): 40 % die CSU, das ist Ihre Realität!)

Diese Aktuelle Stunde ist für die GRÜNEN offensichtlich so wichtig, dass weder Kollege Dürr noch Kollegin Bause daran teilnehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Frau Kollegin Scharfenberg, die GRÜNEN sind nicht sehr viel besser. Offiziell führen Sie, wie auf Ihrem Briefpapier steht, immer noch den Namen „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ja und?)

Das weist darauf hin, dass Sie sich 1990 mit Leuten in Ostdeutschland zusammengefunden haben,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das war die Bürgerbewegung!)

die in der Tat in der Bürgerbewegung gegen Honecker aufgestanden sind.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe)

Das ist ein Ursprung Ihrer Partei. Was ist heute die Realität?

(Anhaltende Unruhe)

Eine Partei, die sich in dieser Tradition wähnt, schämt sich nicht, jetzt auch in Hessen gemeinsame Sache mit denen zu machen, die in der Tradition von Honecker und Ulbricht stehen. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Das werden Ihnen die Menschen nicht honorieren, auch nicht in Bayern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Blockflöten! – Unruhe)

CSU-Politik in Bayern bedeutet nach wie vor, dass es bei uns mehr Jobs für die Menschen gibt als anderswo,

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

dass es bei uns weniger Armut unter den Menschen gibt als in jedem anderen Bundesland, dass wir exzellente Universitäten und mehr innere Sicherheit haben als anderswo. Ich kann Ihnen nur sagen: Rot-Grün ist eine Gefahr für diese Erfolgsgeschichte Bayerns.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb werden wir alles dafür tun, dass diesem Land hessische Verhältnisse erspart bleiben. Wir werden alles dafür tun, dass diese erfolgreiche Politik für Bayern fortgesetzt werden kann, und daran werden Sie sich die Zähne ausbeißen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
eines Gesetzes zur Sicherung der Versammlungsfreiheit (Versammlungsfreiheitsgesetz)
(Drs. 15/9951)
 – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich darf Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. Frau Kollegin, wollen Sie Begründung und Aussprache zusammen machen? – Sie machen es getrennt. Dann haben Sie fünf Minuten, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Versammlungsrecht ist nun – das war die Idee der CSU und nicht unsere; wir hätten eine bundeseinheitliche Regelung für richtiger und sinnvoller gehalten – aufgrund der Föderalismusreform Landeskompetenz. Die Bayerische Staatsregierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Versammlungsrecht in weiten Bereichen einschränken will.

Sehr geehrter Herr Innenminister Herrmann, die in Ihrem Gesetzentwurf geplanten Beschränkungen des Versammlungsrechts und die von Ihnen vorgesehenen Möglichkeiten, Versammlungen zu verbieten, widersprechen unserer Verfassung.

(Herbert Ettengruber (CSU): Wir reden doch über den Gesetzentwurf der GRÜNEN!)

– Das kommt gleich, einen kleinen Moment bitte! Ich will nur den Gegensatz kurz darstellen. Herr Kollege Ettengruber, wenn Ihr Entwurf zum Gesetz würde, könnten Veranstaltungen verboten werden aufgrund von Gumpi-paragraphen, die so unbestimmte, diffuse Begriffe enthalten wie „unzumutbare Beeinträchtigung der Rechte Dritter“ oder „Gefahr einer Verletzung grundlegender sozialer und ethischer Anschauungen“.

Dazu kommen noch umfassende und teilweise unerfüllbare Pflichten für die Veranstalter – denen teilweise Polizeiaufgaben übertragen werden sollen –, Einschränkungen des Datenschutzes und vieles mehr.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, dass dieser Entwurf der Staatsregierung gründlich überarbeitet wird, bevor er in die Beratungen kommt. Wir müssen verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger, die das Versammlungsrecht wahrnehmen wollen, eingeschüchert oder gar kriminalisiert werden.

Ich darf Ihnen heute unseren Gesetzentwurf für ein liberales Versammlungsgesetz vorstellen, für ein Versammlungsgesetz, das sich auf die Bayerische Verfassung bezieht und dem Gedanken der Bayerischen Verfassung auch gerecht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Herbert Ettengruber (CSU))

Die Bayerische Verfassung besagt, dass alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns das Recht haben, sich ohne Anmeldung und ohne besondere Erlaubnis

friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Dieses Recht wollen wir sicherstellen.

(Herbert Ettengruber (CSU): Wir auch!)

Der Versammlungsfreiheit wird in unserer Verfassung ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt. Das Versammlungsrecht ist ein elementarer Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Meinungsfreiheit bedingt, dass Meinungen auch einmal zu zweit öffentlich gezeigt und geäußert werden können. Die Versammlungsfreiheit ist gerade für die normalen Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig, die im Gegensatz zu Politikern, Parteien und zu einflussreichen Menschen wenig Möglichkeiten haben, ihre Meinungen öffentlich zu publizieren und zu verbreiten. Versammlungsfreiheit ist also ein wichtiges Korrektiv gegenüber der Macht der Medien und muss den normalen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, aus ihrer Sicht auf Missstände öffentlich wirksam aufmerksam machen zu können.

Dies ist in Ihrem Gesetzentwurf nicht der Fall. Unser Gesetzentwurf geht auf die Kritik der Rechtswissenschaften und der Bürgerorganisationen gegenüber dem derzeitigen Versammlungsrecht ein, so beispielsweise auf die derzeit praktizierte Anmeldepflicht, auf das Fehlen von Bestimmungen bei Spontanversammlungen. Unser Gesetzentwurf geht auch auf Kritik im Hinblick auf den unzureichenden Datenschutz ein, auf die fehlenden Rechtsgrundlagen für Minusmaßnahmen und auf etliche andere Aspekte, die in der Praxis zu weitgehenden Einschränkungen der Versammlungsfreiheit führen.

Die Versammlungsfreiheit erfährt auch zunehmend Einschränkungen durch die immer weitergehende Privatisierung öffentlicher Räume. Durch die privatrechtliche Wertung der Eigentumsverhältnisse an Flughäfen oder an Bahnhöfen – mit großem Umgriff –, in Fußballstadien oder in Einkaufszentren wird die Versammlungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger und ihre Möglichkeit, auf Missstände aufmerksam zu machen, empfindlich eingeschränkt. Wenn beispielsweise der ADFC – Allgemeiner Deutscher Fahrradclub e.V. – auf die fehlenden Abstellplätze für Fahrräder bei der Allianz-Arena aufmerksam machen will, dann wird ihm das untersagt. Wenn Umweltschützer vor Baumärkten auf die Problematik von Teakholz aufmerksam machen wollen, wenn Menschenrechtsorganisationen am Münchner Flughafen bei Abschiebungen auf die Menschenrechte aufmerksam machen wollen, dann ist das nicht möglich. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, dass die Räume, die von ihrer Bestimmung her öffentlich genutzt werden, und die zur öffentlichen Nutzung bestimmt sind, künftig wieder dem Versammlungsrecht geöffnet werden.

Machen Sie mit dem Anspruch der Bayerischen Verfassung ernst, sichern Sie das Versammlungsrecht. Probleme kann man nicht durch Totschweigen lösen. Gegen den Missbrauch unserer Demokratie durch Neonazis und Rechtsradikale hilft, liebe

Kolleginnen und Kollegen, nur mehr Demokratie und nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich eröffne die Aussprache und darf Herrn Kollegen Ettengruber das Wort erteilen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Wenn er ausgeratscht hat!)

Herr Kollege Ettengruber, ich darf Sie um das Wort bitten. Bitte schön.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herbert Ettengruber (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise pflege ich einen Gesetzentwurf nicht bereits in der Ersten Lesung abzulehnen. Dieses Mal muss ich es aber tun. Dieser Gesetzentwurf der GRÜNEN ist derart unsäglich, dass man ihm mit Sicherheit nicht zustimmen kann, weil er Dinge enthält – –

(Christine Stahl (GRÜNE): Wir haben eine andere Vorstellung von Freiheit!)

– Ich werde das begründen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Freiheit, wie wir sie meinen!)

– Das ist aber nicht die Freiheit, die wir meinen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich gehe gleich darauf ein. – Sie wollen die Versammlungsfreiheit auf mehr oder weniger alle Veranstaltungen ausdehnen, auch auf solche mit privatem Charakter. Das würde bedeuten, dass so etwas wie die Loveparade, eine so unappetitliche Veranstaltung, die mit Sex, Drogen und sonst etwas einhergeht, nicht mehr anmeldepflichtig wäre. Das ist in Ihrem Gesetzentwurf offenbar enthalten. Überhaupt wollen Sie die Anmeldepflicht mehr oder weniger aufheben. Ja, wo sind wir denn eigentlich?

(Christine Stahl (GRÜNE): Lesen Sie unseren Gesetzentwurf doch einmal durch!)

Sie wollen die Aufhebung des Vermummungs- und des Schutzwaffenverbots. Sie arbeiten damit doch den Rechtsextremen beider Seiten in die Hände. Das ist unglaublich!

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wieso? Gibt es da zwei Seiten? Gibt es zwei verschiedene Rechtsextreme?)

Ich bin Ihnen für diesen Entwurf dankbar. Mit diesem Gesetzentwurf können wir nämlich einen Teil unseres Landtagswahlkampfes bestreiten.

(Lachen bei den GRÜNEN)

So einen Entwurf haben Sie schon einmal vorgelegt, und zwar für ein Integrationsförderungsgesetz. Jenes Gesetz war damals absolut gegen die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung. Jeder, dem man es vorgelegt hat, hat gesagt: Das darf doch nicht wahr sein!

(Christine Stahl (GRÜNE): Sie kennen die Positionen im Hintergrund nicht!)

Noch ein Punkt: Sie wollen das Versammlungsrecht auch auf private Bereiche ausdehnen. Wenn jemand einen Supermarkt betreibt, dann soll er nach Ihrer Meinung gezwungen sein, in seinem privaten Geschäft Versammlungen abhalten zu lassen. Es ist einfach unglaublich, was in diesem Entwurf steht.

(Eduard Nöth (CSU): Wo haben Sie den nur abgeschrieben?)

Es gibt viele Dinge, über die man reden kann. Aber über diesen Gesetzentwurf, über das, was hier drin steht, können wir nicht reden. Wir werden diesen Gesetzentwurf deshalb ablehnen, erst recht bei den Diskussionen in den Ausschüssen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächster: Herr Kollege Schindler. Bitte schön.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der Wortmeldung des Herrn Kollegen Ettengruber bin ich fast geneigt, die grundsätzliche Kritik, die auch ich gegen den Gesetzentwurf der GRÜNEN habe, etwas abzuschwächen, weil ich mich nicht dem Verdacht aussetzen möchte, die Freiheit, von der Sie, Herr Kollege Ettengruber, hier gesprochen haben, unterstützen zu wollen. Im Gegenteil, da bin ich schon näher bei der Auffassung der GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN – Herbert Ettengruber (CSU): Das wundert mich jetzt aber nicht!)

Meine Damen und Herren, wir sollten die Kirche im Dorf lassen. Wir sollten alle zur Kenntnis nehmen, und zwar bitte alle Seiten dieses Hohen Hauses, dass die Versammlungsfreiheit in Artikel 8 des Grundgesetzes und in Artikel 113 der Bayerischen Verfassung garantiert wird. Es braucht deshalb kein bayerisches Versammlungsgesetz, um die Versammlungsfreiheit zu garantieren. Es braucht weder ein Gesetz der Staatsregierung noch eines von den GRÜNEN. Auch das möchte ich ausdrücklich dazu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns auch nicht über den hohen Rang der Versammlungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland und über ihren Rang in der Bayerischen Verfassung zu unterhalten. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wer das nicht weiß, der soll einmal die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Kenntnis nehmen. Darin wird aufgezeigt, welche hohe Bedeutung die Versammlungsfreiheit in unserer Demokratie hat. Zu den Wesensmerkmalen der Versammlungsfreiheit in Deutschland gehört – das ist in anderen Ländern anders geregelt –, dass eine Versammlung grundsätzlich keiner Erlaubnis bedarf, auch keiner Erlaubnis durch eine staatliche Behörde, und dass sie grundsätzlich nicht angemeldet werden muss. Auch das sollte selbstverständlich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es jetzt zum ersten Mal seit 1871 damit zu tun, dass 16 Bundesländer für die Umsetzung der im Grundgesetz normierten Versammlungsfreiheit zuständig sind.

Ich darf daran erinnern, dass man aus guten Gründen über Jahrzehnte hinweg der Meinung war, dass das Versammlungsrecht gesamtstaatlich geregelt werden müsse. Auch heutzutage gibt es Argumente, die dafür sprechen. Als Beispiel möchte ich ein technisches Argument nennen: Viele Versammlungen nehmen inzwischen einen sehr großen Umfang an. Ich kann mich gut daran erinnern, dass es in Wackersdorf, wo Zehntausende demonstriert haben, nicht möglich war, den Schutz der Demonstrationen allein mit der Bayerischen Bereitschaftspolizei zu gewährleisten. Damals mussten Polizeieinheiten aus Berlin, Nordrhein-Westfalen usw. hinzugezogen werden. Das wird auch künftig bei Großdemonstrationen nötig sein. Die Polizeibeamten müssen dann alle 16 verschiedenen Versammlungsgesetze kennen, um jeweils richtig reagieren zu können. Man darf deshalb schon die Frage stellen, ob es so klug war, die Zuständigkeit für das Versammlungsrecht auf die Länder zu übertragen. Das ist jedoch Schnee von vorgestern. Jetzt haben wir diese Situation und müssen damit umgehen.

Einige wenige Anmerkungen zum Gesetzentwurf der GRÜNEN: Auch nach mehrfachem Lesen komme ich zu dem Schluss, dass es sich hierbei nicht um einen Gesetzentwurf handelt, dessen Verfasser hoffen, dass er irgendwann einmal zu einem Gesetz wird und im Gesetzbuch steht. Dieser Gesetzentwurf ist vielmehr eine Proklamation. Er ist eine idealistische Proklamation dessen, was man schon lange einmal sagen wollte. Das ist in Ordnung, genügt aber nicht den Anforderungen der Praxis.

Wir haben das Problem, dass das Versammlungsgesetz des Bundes, das weiter gilt, solange wir kein eigenes Versammlungsgesetz gemacht haben, unvollkommen ist. Leider wurde es in den letzten 20 Jahren versäumt, das Versammlungsgesetz an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anzupassen, die zum Beispiel in dem so genannten Brokdorf-Beschluss von 1985 zum Ausdruck gekommen ist. Diese Rechtsprechung fin-

det sich nicht im geltenden Text des Versammlungsgesetzes. Dort findet sich auch nichts zu Demonstrationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum, die wir uns in dem heutigen Umfang vor 20 oder 30 Jahren noch gar nicht vorstellen konnten. Hierzu findet man im geltenden Versammlungsgesetz leider keine Aussage. Dieses Gesetz hätte in der Tat reformiert werden müssen. Das ist aber nicht geschehen. Jetzt haben wir die Kompetenz und müssen dieses Gesetz reformieren. Die Frage lautet, ob wir das so machen können, wie es die GRÜNEN vorschlagen.

Ich bin der Meinung, der Gesetzentwurf ist zu idealistisch. Sie wollen zum Beispiel auch bei Großdemonstrationen auf einen Versammlungsleiter verzichten. Sie verlieren kein Wort darüber, dass es ein Kooperationsgebot zum Schutz der Versammlungen geben muss. Eine Versammlung darf nicht sofort verboten werden. Vielmehr müssen mildere Mittel angewandt werden. Diese Mittel müssen umso mehr zum Einsatz kommen, je mehr der Veranstalter bereit ist, zu kooperieren. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie darauf verzichten, eine entsprechende Vorschrift in das Gesetz aufzunehmen. Das gilt auch für die fehlende Differenzierung zwischen Versammlungen unter freiem Himmel und Versammlungen in geschlossenen Räumen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leider ist das Gesetz auch unsystematisch. So findet sich die Regelung für Bild- und Tonaufnahmen unter der Überschrift „Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“. Das spricht nicht für die Qualität dieses Gesetzentwurfs.

Ich komme zum Schluss. Bei der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung werde ich in wenigen Wochen wohl sagen, dass dieser Entwurf zu sehr nach Polizeirecht „riecht“ und die Vorschriften über das Verbot von Versammlungen und Strafen fast so umfangreich sind wie der materielle Kern des Gesetzes. Zum Gesetzentwurf der GRÜNEN kann ich nur sagen: Gut gemeint, schlecht gemacht. Wir können diesem Entwurf, wie er jetzt vorliegt, nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: In der Aussprache hat sich noch einmal Frau Kollegin Kamm gemeldet.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Schindler, wenn man die Versammlungsfreiheit hochhalten will, darf man die Kritik am derzeitigen Versammlungsrecht nicht ignorieren, wie Sie das tun. Wir hätten das Versammlungsrecht gern gesamtstaatlich geregelt. Dieser Zug ist jedoch abgefahren. Das ist nicht Ihre Schuld und auch nicht unsere. Das ist die Schuld derer, die die entsprechenden Beschlüsse in der Föderalismuskommission gefasst haben. Deshalb müssen wir uns darüber nicht unterhalten.

Sie haben erklärt, dieser Gesetzentwurf sei idealistisch und gut gemeint, aber faktisch nicht so gut, wie Sie es gern hätten. Ich frage mich daher, wo die Alternative der SPD zu diesem Entwurf ist.

(Franz Schindler (SPD): Die kommt noch!)

– Darauf sind wir sehr gespannt.

Die GRÜNEN haben wirklich Erfahrungen mit Demonstrationen und Versammlungen. Wir wissen genau, wo es „knirscht“ und wo die Probleme liegen. Ich bin deshalb überzeugt, dass unser Gesetzentwurf äußerst praxistauglich wäre, wenn er von diesem Parlament angenommen würde.

Herr Kollege Ettengruber, Sie haben erklärt, dass Sie große Probleme mit der fehlenden Anmeldepflicht hätten. Wenn man sich ansieht, wie die Lage derzeit ist, muss man feststellen, dass es derzeit nur deswegen zu fast keinen oder relativ wenigen Problemen kommt, weil die Polizei das Versammlungsrecht mit Augenmaß ausführt. Die Polizei schreitet nicht ein, wenn beispielsweise mehrere Streikposten auf dem Gehsteig stehen und Transparente hochheben, mit denen sie mehr Gehalt fordern, als ihnen die Arbeitgeberseite zubilligt. Nach dem derzeitigen Recht und nach Ihrem Gesetzentwurf müsste die Polizei in diesem Fall einschreiten.

Sie müsste auch einschreiten, wenn vor dem Beginn einer Gemeinderatssitzung zwei oder drei Rollstuhlfahrer vor der Tür eines Rathauses stehen und kritisieren, dass dieses Rathaus nicht behindertengerecht ist. In diesen Fällen schreitet die Polizei Gott sei Dank nicht ein. Nach Ihrem Gesetzentwurf müsste sie es aber tun. Einer der beiden Rollstuhlfahrer, der sich als Veranstalter ausgibt, müsste nach Ihrem Gesetzentwurf mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren rechnen.

(Herbert Ettengruber (CSU): Unser Gesetzentwurf steht doch nicht zur Debatte!)

Er müsste mit dieser Freiheitsstrafe wegen seines verantwortlichen Handelns rechnen, auf diesen Missstand aufmerksam gemacht zu haben. Wir wollen ein Versammlungsrecht, das es den Bürgerinnen und Bürgern wirklich ermöglicht, auf Missstände in der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Sie wollen ein Versammlungsrecht, das dies den Bürgerinnen und Bürgern versagt. Das ist verfassungsfeindlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte Herrn Kollegen Schindler empfehlen, unseren Entwurf, insbesondere die Begründung, genauer zu lesen. Dann würde er manches besser verstehen. Das empfehle ich auch den Kolleginnen und Kollegen der CSU. Abschließend möchte ich auf das Forum von Gräfenberg verweisen, das deutlich macht, dass man der Nazi-Demonstrationen nicht über eine Verschärfung des Versammlungsrechts Herr werden kann. Nazis haben

nämlich stets außerordentlich ausgefuchste Rechtsanwälte, sodass sie ihre Versammlungen stets am Rande des Gesetzes durchführen. Behindert würden lediglich die normalen Bürger, die gegen solche Missstände zu Felde ziehen wollen. Das ist offensichtlich Ihre Absicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Herbert Ettengruber (CSU): Ihr kapituliert vor den Rechten!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat Herr Staatsminister Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Gesetzentwurf reagieren die GRÜNEN auf die Ankündigung der Staatsregierung, einen Entwurf für ein neues bayerisches Versammlungsgesetz vorzulegen. Wir werden damit als erstes Land in Deutschland von der durch die Föderalismusreform gewonnenen Gesetzgebungskompetenz umfassend Gebrauch machen. Das Kabinett hat den Regierungsentwurf gestern endgültig beschlossen. Er wird voraussichtlich am 3. April in Erster Lesung eingebracht werden.

Die Fraktion der GRÜNEN hat bereits eine Sachverständigenanhörung beantragt, die den Reformbedarf im Versammlungsrecht klären und die geplanten Rechtsänderungen prüfen soll. Nach meinem Verständnis wird sich die Sachverständigenanhörung nicht nur auf den Gesetzentwurf der Staatsregierung beziehen, sondern auch auf den Entwurf, den Sie heute eingebracht haben. Ich sehe dieser Sachverständigenanhörung mit großem Interesse entgegen.

Meine Damen und Herren, die meisten Demonstrationen in Bayern sind Ausdruck einer selbstbewussten Bürgerschaft, die sich auch in der Öffentlichkeit zu Wort meldet und ihre Belange zu Gehör bringen will. Dieses Grundrecht ist für eine lebendige Demokratie unverzichtbar. Ein bayerisches Versammlungsgesetz muss es – seiner Bedeutung entsprechend – schützen. Es muss unseren Bürgern ermöglichen, ihre Belange im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung zu vertreten.

Ein bayerisches Versammlungsgesetz muss aber auch den Entwicklungen Rechnung tragen, die ich für bedenklich halte. Das gilt zum einen für viele Versammlungen von Rechtsextremisten, die durch den Tag oder den Ort einer Versammlung oder durch die dort geäußerten Meinungen vielfach an die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft anknüpfen und damit in unerträglicher Weise provozieren. Bedenklich sind aber auch Entwicklungen bei linksextremistischen, militanten Gruppen, die die Versammlungen missbrauchen, um aus der Menge heraus Straftaten zu begehen, oder die nur die Gelegenheit suchen, Randalen zu machen. Uns allen sind die abschreckenden Bilder aus Rostock anlässlich des G-8-Gipfels noch in Erinnerung. Auch auf diese Entwicklungen muss ein bayerisches Versammlungsgesetz Antworten finden.

Wir wollen mit unserem Regierungsentwurf die verfassungsrechtlichen Grenzen in der Tat ausschöpfen, um die Probleme, die die von rechtsextremistischen Versammlungen ausgehen, besser bewältigen zu können. Wir wollen als erstes Bundesland auch das bisherige Uniformierungsverbot um ein allgemeines Militanzverbot erweitern, um insbesondere linksextremistische schwarze Blöcke daran zu erinnern, dass das Grundgesetz und unsere Bayerische Verfassung nur friedliche Versammlungen schützen. Nicht zum ersten Mal setzen wir in Bayern damit einen Maßstab, an dem sich andere orientieren müssen. Ich bin überzeugt davon, dass die Sachverständigen zu dem klaren Ergebnis kommen werden, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht nur dem hohen Wert der Versammlungsfreiheit gerecht wird, sondern dass er auch die aktuellen Probleme im Demonstrationsgeschehen auf verfassungsrechtlich tragfähiger Grundlage lösen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, im Gegensatz zu unserem Gesetzentwurf will Ihr Gesetzentwurf Veranstalter von Versammlungen künftig mehr oder weniger aus jeder Verantwortung entlassen. Nach Ihrem Willen bräuchte man die Versammlung nicht anzuzeigen. Man bräuchte gar nicht mit der Versammlungsbehörde und der Polizei zu kooperieren. Man dürfte ungefragt auf privatem Grund demonstrieren, solange er nur öffentlich zugänglich ist. Die Teilnehmer an Versammlungen dürften nach Ihrem Entwurf auch für verbotene Vereinigungen demonstrieren. Sie dürften sich künftig vermummen und – das sagen Sie in Ihrem Gesetzentwurf sogar ausdrücklich – passiv bewaffnen. Sie bräuchten in den meisten Fällen auch nicht mehr damit zu rechnen, dass die Polizei eingreift, wenn es aus der Mitte der Versammlung zu Gefährdungen kommt, weil Sie die Eingriffsmöglichkeiten der Polizei massiv beschränken wollen. Selbst wenn links- und rechtsextremistische Versammlungen unmittelbar aufeinander träfen, könnte die Polizei kaum noch handeln. Ihr wären die Hände gebunden, weil Sie die Eingriffsschwelle derart hoch setzen, dass hinzunehmende Rechtsbrüche die unvermeidliche Folge wären.

Man muss Ihren Gesetzentwurf zweimal lesen, um es wirklich zu glauben: Für die Auflösung einer Versammlung soll es nicht mehr genügen, dass die Versammlung einen gewalttätigen Verlauf nimmt. Sie wollen eine Auflösung erst dann ermöglichen, wenn der Veranstalter selbst einen gewalttätigen Verlauf angestrebt hat. In München hatten wir schon oft die Situation, dass sich der Veranstalter vom schwarzen Block distanziert hat. Es ist aber absurd zu sagen, die Polizei könne so lange gegen Gewalt in einer Versammlung nicht einschreiten, wie sich der Veranstalter nicht selbst mit der Gewalt identifiziert. Meine Vorstellung von einer lebendigen Demokratie lässt es nicht zu, dass sich vermummte, passiv bewaffnete und gewaltbereite Linksextremisten auf unseren Straßen Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Demonstranten liefern, ohne dass die Polizei eingreifen kann.

Meine Damen und Herren, ich will es bei diesen Bemerkungen bewenden lassen. Aus diesen Gründen stehen

die Vorstellungen der Staatsregierung einerseits und die in diesem Gesetzentwurf der GRÜNEN zum Ausdruck kommenden Vorstellungen andererseits diametral entgegengesetzt gegenüber. Den Ausschüssen dieses Hohen Hauses stehen wirklich erhellende, intensive Auseinandersetzungen über das richtige Verständnis von Versammlungsfreiheit und den angemessenen Umgang mit der Versammlungsfreiheit bevor. Ich bin mir aber sicher, dass die Vernunft, die für unseren Gesetzentwurf spricht, am Schluss obsiegen wird.

(Beifall bei der CSU – Wortmeldung der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, wir sind bei der Ersten Lesung.

(Christine Kamm (GRÜNE): Kann ich nichts mehr sagen?)

– Ich kann Ihnen höchstens noch die eine Minute und 45 Sekunden geben, die der Staatsminister jetzt überzogen hat. Vielleicht können wir uns darauf verständigen.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Ihre Ausführungen haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, wenn Sie unseren Gesetzentwurf noch einmal genauer durchlesen. Wir sagen, dass die Polizei eine Versammlung auflösen kann, wenn es zu Gewalttätigkeiten kommt. Sie soll vorher aber prüfen, ob die Gewalttätigkeiten auch mit anderen Maßnahmen beendet werden können. Es geht nicht an, dass gewalttätige Störer möglicherweise von außen Versammlungen sprengen. Hier muss die Polizei Minusmaßnahmen ergreifen, bevor sie die Versammlung auflösen kann. Ich hoffe wirklich auf sachgerechtere und fundiertere Auseinandersetzungen als die, die hier angeklungen sind.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? –

(Unruhe)

– Ich würde doch um mehr Ruhe bitten. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 b auf:

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Rainer Volkmann, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD) zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Drs. 15/9990) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Hierfür darf ich Herrn Kollegen Volkmann das

Wort erteilen. Herr Kollege Volkmann, wollen Sie Begründung und Aussprache zusammenfassen, oder wollen Sie jetzt nur fünf Minuten sprechen?

Rainer Volkmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist etwas ungewöhnlich, dass wir jetzt schon wieder ein Gesetz ändern wollen, das wir erst am 27. November vergangenen Jahres verabschiedet haben und das eine im Übrigen sehr sinnvolle Regelung, nämlich das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum, enthält.

(Margarete Bause (GRÜNE): Beim Rauchverbot geht das auch!)

Ich gestehe ganz offen, dass ich etwas übersehen habe. Ich bin mir aber sicher, dass Sie es auch übersehen haben, denn ich unterstelle weder der CSU noch der Staatsregierung, dass sie das, was hier passiert ist, absichtlich getan hat. Sie haben nämlich beschlossen, dass dieses Gesetz am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tritt, mit der gleichzeitigen Folge – –

(Unruhe)

– Wer von Ihnen passt jetzt eigentlich auf?

(Franz Schindler (SPD): Wir!)

– Ich meine jetzt die Kollegen von der CSU. Spricht noch jemand zu diesem Gesetz? Ich bin jetzt etwas irritiert.

Wenn es dabei bliebe, dass das Gesetz am 1. Juli in Kraft tritt, würde am 30. Juni die bisherige im Bundesgesetz vorgesehene Schutzregelung außer Kraft treten. Wenn wir dabei blieben – vielleicht haben Sie es wirklich nur übersehen –, müssten die Kommunen unmittelbar nach Amtsantritt ihrer Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte am 2. Mai in der knappen Zeit bis Ende Juni eine Satzung in ihrer Gemeinde oder Stadt erlassen, um das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum aufrechtzuerhalten. Das ist aber ein unglaublich kurzer Zeitraum. Natürlich können Sie sagen, die Kommunen hätten solche Satzungen schon seit Dezember erlassen können. Jeder, der aber in der Kommunalpolitik verhaftet ist und schon einmal Wahlkampf betrieben hat, weiß, dass es in Wahlkampfzeiten schwierig, bisweilen fast unmöglich ist, solche Regelungen zu erlassen. In den ersten zwei Monaten nach Amtsantritt eines neuen Gemeinderates oder Stadtrates sind die Räte damit befasst, ihre Regularien festzulegen und ihre Ausschüsse zu bilden. In dieser Zeit werden solche Regelungen auch nicht erlassen.

Deshalb bitte ich mit diesem Gesetzentwurf darum, das Inkrafttreten, das für den 1. Juli vorgesehen war, um ein halbes Jahr zu verschieben, damit die Städte und Gemeinden, die betroffen sind, ausreichend Zeit haben, eine neue Satzung im direkten Anschluss an die bisherige Regelung zu erlassen, sodass keine Lücke entsteht.

Ich denke, das wäre sinnvoll und hilfreich für alle Beteiligten. Es fällt niemandem ein Zacken aus der Krone,

wenn er sagt, er hat das übersehen – ich sagedas auch. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie sagen, Sie hätten das absichtlich gemacht.

(Engelbert Kupka (CSU): Wie beim Rauchergesetz!)

– Wie beim Rauchergesetz.

Das ist meine Bitte, und ich bitte um Zustimmung bzw. darum, das Thema in den Ausschüssen zu beraten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin: Frau Kollegin Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Werter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben deutlich gemacht, wir haben erst am 27. November das Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum beraten. Es ist nicht üblich, dass man innerhalb so kurzer Zeit schon Änderungen vornimmt.

(Lachen bei der SPD – Margarete Bause (GRÜNE): Ja, das finde ich auch!)

Sie haben es gesagt, Herr Kollege Volkmann: Wir haben hier eine bundesgesetzliche Regelung, die wir im Rahmen der Föderalismusreform in Landesrecht umsetzen. Die bundesrechtliche Regelung tritt am 1. Juli 2008 außer Kraft. Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt nun überraschenderweise – das muss man wirklich sagen; denn wir haben das Gesetz sehr ausführlich beraten – vor, dass der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes um ein halbes Jahr nach hinten verlegt wird. Auch das Außerkrafttreten soll auf den 31. Dezember 2008 verschoben werden. Begründet wird das damit, dass einige Kommunen derzeit nicht dazu in der Lage sind, das Gesetz umzusetzen und die erforderliche Kommunalatzung zu erlassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich vertrete mit der CSU-Fraktion die Auffassung, dass Ihr Gesetzentwurf verkennt, dass der Satzungsbeschluss vom Gemeinderat erst dann gefasst werden kann, wenn eine Ermächtigungsgrundlage dafür in Kraft getreten ist, also frühestens ab dem 1. Juli 2008. Vorher kann gar keine Satzung beschlossen werden.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, eine gemeindliche Satzung kann erst ab dem 1. Juli 2008 erlassen werden. Es gibt Ausnahmen, wenn Regelungslücken vorhanden sind. Das muss natürlich begründet werden. Ich denke, das werden die Kommunen gegebenenfalls tun.

Ich möchte hier auch anmerken – das wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen –, dass bereits im Frühjahr 2007 eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände stattgefunden hat, dass die Verbände informiert wurden und dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen diesen

Gesetzentwurf vorhanden waren. Bereits am 30.04.2007 wurde vom Bayerischen Gemeindetag eine Stellungnahme dazu abgegeben.

Im Juni des vergangenen Jahres – fast vor einem Jahr – wurde ein Kabinettsbeschluss gefasst, und die Gemeinden konnten sich darauf einstellen und vorbereiten. Sie wissen auch, Herr Volkmann, dass in vielen Gemeinden Vorbereitungen getroffen wurden, ebenso in den zwei großen Städten in Bayern. Wir haben die Angelegenheit im September des vergangenen Jahres im Innenausschuss ausführlich beraten.

Es gibt ein Jahr Übergangszeit. Ich denke, das Ganze ist nicht neu und man ist nicht unvorbereitet hineingegangen. Die Verwaltung hat genügend Zeit, die Änderung vorzubereiten. Ich kann Ihrem Vorschlag aus diesem Grund nicht zustimmen. Aus sachlichen Gründen kommt für uns eine Verschiebung des Zeitpunkts, zu dem das Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Kraft tritt, nicht in Frage. Ich denke, es stiftet nur Verwirrung, wenn wir hier gleich eine Änderung vornehmen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Darf ich Sie gleich zitieren, wenn ich zum Nichtraucherchutz spreche?)

– Ich habe dazu eine deutliche Meinung. Wir reden jetzt über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Ich denke, in den Gremien stiftet Ihr Vorschlag nur Verwirrung. In den Kommunen können Vorbereitungen getroffen werden. Wir werden Ihren Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gesetz hat natürlich nur deswegen nicht zu großen Bedenken der kommunalen Spitzenverbände geführt, weil das Problem im Wesentlichen die wenigen Kommunen betrifft, in denen es große Wohnraumnot gibt. Dieses ist Gott sei Dank in vielen Regionen Bayerns nicht der Fall.

Wir hätten uns in der Tat gewünscht, den Kommunen, die unter großer Wohnraumnot leiden, mehr Kompetenzen und die Möglichkeit zu geben, lokal festzulegen, wann und in welchem Umfang möglicherweise ein Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erforderlich ist. Wir sehen, dass das jetzige Landesgesetz schwer zu exekutieren ist. Besser wäre es gewesen, den Kommunen von Haus aus mehr Kompetenzen in diesen Fragen zuzugestehen, damit sie auf ihre Situation vor Ort direkt reagieren können.

Ich vermute und sehe, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum die Probleme

leider nicht so löst, wie sie gelöst werden müssten, nämlich grundsätzlich, und kann daher nicht voll zustimmen. Ich empfehle Enthaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner – jetzt in der Aussprache –: Herr Kollege Volkmann. Oder hat sich das schon erledigt?

(Rainer Volkmann (SPD): Ein Satz noch, nur ein kurzer Hinweis!)

– Bitte.

Rainer Volkmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Nur ein kurzer Hinweis, weil ich Frau Kollegin Schorer sehr schätze und weil ich weiß, dass sie zu den wenigen CSU-Mitgliedern gehört, die belehrungsfähig sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Ich will Sie nicht beleidigen, ich meine das positiv.

Frau Kollegin Schorer, das, was Sie als Begründung gebracht haben, ist in Vielem plausibel, aber ich denke, das ist auch ein guter Grund dafür, dass wir die Angelegenheit im Ausschuss sachgerecht beraten sollten. Sie haben nicht überall recht, vor allem in einem Punkt haben sicher wir recht, nämlich darin, dass die Gemeinden vom 2. Mai bis zum 30. Juni mit anderen Dingen beschäftigt sein werden als mit dem Erlass von Satzungen. Aber lassen Sie uns darüber im Ausschuss reden; vielleicht sind Sie – und mit Ihnen die gesamte Fraktion – da ein wenig beweglicher. Das würde ich uns allen wünschen.

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatsminister Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Hohe Haus hat am 27. November das bayerische Zweckentfremdungsgesetz erlassen und damit eine weitere durch die Föderalismusreform gewonnene Kompetenz für die Wohnungspolitik genutzt. Ich entnehme – das darf ich unter Hinweis auf die andere aktuelle Diskussion sagen – den Worten von Herrn Kollegen Volkmann, dass es offensichtlich doch spezielle Gründe dafür geben kann, dass ein Gesetz, das gerade erst im November vom Landtag beschlossen worden ist, nach einem Vierteljahr schon geändert wird.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich denke, das sollten wir angesichts der vom Kollegen Volkmann angeführten Gründe in der Tat sorgfältig bedenken.

(Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

– Ja, es kann im Ausnahmefall in der Tat solche Gründe geben. Jetzt ist die Frage, ob es sich bei dem vorliegenden Fall um einen solchen Ausnahmefall handelt.

Ich will mich jetzt nicht auf juristische Feinheiten – Frau Kollegin Schorer hat sie schon vorgetragen – versteifen, ich will nur sagen: Soweit ich es sehe, sind wir uns einig darin, dass in den Kommunen, die am Zweckentfremdungsverbot festhalten wollen, keine Rechtslücke entstehen darf. Das war der Wille des Hohen Hauses im November; daran kann kein Zweifel sein. Wir wollten das Thema in kommunale Verantwortung übergeben, aber nicht, dass Rechtslücken entstehen. Nach unserem Dafürhalten – Frau Kollegin Schorer hat es angesprochen – werden sie nicht entstehen, aber ich verspreche Ihnen, dass wir das im Detail diskutieren.

Die Position ist klar: Eine neue Satzung kann erst ab dem 1. Juli aufgrund des neuen Gesetzes erlassen werden. Vorher ist das nicht möglich, weil keine Rechtsgrundlage für eine solche Satzung vorhanden ist. So ist jedenfalls die gängige Interpretation.

Wir müssen jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass keine Rechtslücke entsteht. Allein dadurch, dass man das Gesetz um ein halbes Jahr verschiebt, wird das von Ihnen aufgezeigte Rechtsproblem noch nicht gelöst; denn dann wiederholt sich das am 1. Januar.

Ich verspreche Ihnen, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz unaufgeregt und sachlich mit Ihnen über dieses Thema diskutieren werden und wir zusammen – es betrifft vor allen Dingen die Landeshauptstadt München und die eine oder andere Kommune in Bayern – eine verlässliche Konstruktion finden werden, damit das Zweckentfremdungsverbot in den Gemeinden, die das wollen, kontinuierlich fortbesteht. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Es wird uns sicherlich gelingen, darin Einvernehmen zu erzielen. Ich meine, mit dieser Maßgabe sollten wir in die Ausschussberatungen gehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend dieser Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Niemand. Stimmenthaltungen? – Bei einiger Nichtbeteiligung damit so beschlossen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich darf noch einmal darauf verweisen, dass nach den probeweise geltenden Redezeitregelungen die Redezeit zu diesem Tagesordnungspunkt 30 Minuten je Fraktion beträgt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Karl Freller, Renate Dodell u. a. u. Frakt. (CSU) Keine Erhöhung der Milchquote! (Drs. 15/10171)

Erster Redner: Herr Kollege Brunner. –

(Adi Sprinkart (GRÜNE): Wo ist er denn?)

Wo ist der Kollege Brunner? –

(Zuruf: Der ist beim Melken! – Heiterkeit)

Übernimmt jemand anders aus der CSU-Fraktion die Begründung zu diesem Dringlichkeitsantrag? –

(Renate Dodell (CSU): Jetzt ist er da!)

Selten ist er so erwartet worden wie gegenwärtig. – Herr Kollege Brunner, Sie haben das Wort.

Helmut Brunner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Fraktion beantragt, dass sich die Bundesregierung mit aller Vehemenz und allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzt, dass über die bereits beschlossene Quotenerhöhung von 0,5 % hinaus keine weitere hinzukommt. Beim nächsten Agrarrat in der nächsten Woche wird entschieden werden, ob die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung um 2 % beschlossen werden soll. Das hätte natürlich Auswirkungen, gerade auf den Milchstandort Bayern. Wir haben eine Quote von 7,5 Millionen Tonnen und sind damit das Milchland Nummer 1 in Deutschland; wir stehen damit in Europa gar an 7. Stelle. Jeder zweite deutsche Milchviehbetrieb steht in Bayern; daran kann man die Strukturen nachvollziehen. Uns stehen nicht die Mengen wie im Norden oder im Osten Deutschlands zur Verfügung.

Wir wollen eine mengenstabilisierende Politik und natürlich eine Preisentwicklung auch über das Jahr 2015 hinaus, die den Bauern Planungssicherheit gibt. Besonders die Grünlandbetriebe haben kaum eine Produktionsalternative. Deshalb müssen wir gerade im Interesse dieser

Regionen Rahmenbedingungen erhalten bzw. schaffen, die eine flächendeckende Landbewirtschaftung in den 35 % Dauergrünlandstandorten sichern. Die Produktion von Milch ist in den letzten 15 Monaten durch die gestiegenen Preise bei der Energie und beim Kraftfutter um rund 6 Cent pro Kilogramm Milch verteuert worden. Das heißt, die Bauern sind auf einen angemessenen Preis angewiesen. Das jetzige Preisniveau ist deshalb auf alle Fälle zu erhalten.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten hat letzte Woche eine Reise nach Brüssel durchgeführt, um selbst mit den Verantwortungsträgern, mit den Abgeordneten und dem stellvertretenden Kabinettschef von Frau Fischer Boel zu sprechen und in Erfahrung zu bringen, welche Chancen und Möglichkeiten es gibt, die Milchquote über das Jahr 2015 hinaus – in welcher Form auch immer – zu erhalten. Hierbei haben wir festgestellt, dass in Brüssel die Meinungen diesbezüglich unterschiedlich sind. Der stellvertretende Kabinettschef Prof. Dr. Borchardt hat uns unmissverständlich darauf hingewiesen, dass eine Beschlusslage vorliegt, wonach die Quote auf den 31.03.2015 begrenzt ist. Nur die Kommission hat ein Initiativrecht. Das heißt, von der Kommission selbst müsste ein Antrag gestellt werden, dies ist seiner Meinung nach sehr unwahrscheinlich bis ausgeschlossen.

Die darauf folgenden Gespräche mit Europaabgeordneten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit haben nahezu dasselbe Meinungsbild ergeben. Diese wollen wiederum zum jetzigen Zeitpunkt keineswegs erkennen, dass eine Aufweichung der jetzigen Position unmöglich wäre. Man muss abwarten, wie sich der Milchpreis entwickelt und wie sich die Märkte entwickeln. Deshalb sollten wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht das falsche Signal geben, indem wir einer Quotenerhöhung zustimmen und damit den Markt vielleicht sogar durcheinanderbringen, auch wenn die Mengen aufgenommen werden könnten. Wir stellen schon jetzt fest, dass der Milchpreis, den wir zum Ende letzten Jahres hart erkämpft haben, in Gefahr ist; die Butterpreise sind schon gefallen. Es gibt Discounter, die den Preis für 1 Kilogramm Butter bereits wieder um 1,60 Euro gesenkt haben. Aus meiner Sicht ist es verantwortungslos, wenn man mit Nahrungsmitteln Lockangebote macht.

Wenn man jetzt die Menge erhöht, setzt man damit zwangsläufig das falsche Signal; allein aus psychologischen Gründen entsteht der Eindruck: Die Menge wird mehr, der Markt ist gesättigt, damit können die Preise fallen. Das wäre fatal. Ich bin davon überzeugt, dass die Preise dann noch mehr unter Druck geraten würden.

Deshalb will die CSU-Fraktion nichts unversucht lassen, vom Bayerischen Landtag aus – wohl wissend, dass die Entscheidung hierüber nicht in unsere Kompetenz fällt – die Meinungsbildung auf Bundesebene zu beeinflussen und den Bundeslandwirtschaftsminister in seiner Position zu bestärken, dass sich eine Erhöhung der Milchquote kontraproduktiv auf die Preisentwicklung und die Preisgestaltung auswirken würde.

Ich habe eingangs davon gesprochen, welche Bedeutung die bäuerliche Landwirtschaft und gerade die Milchproduktion in Bayern hat. Ich meine, wir müssen alles daran setzen, dass es auch in Zukunft eine Quote gibt, die ihre preisstabilisierende Wirkung entfalten kann.

Deswegen bin ich felsenfest davon überzeugt, dass auch eine Diskussion über die Kürzung der sogenannten Superabgabe unangebracht ist und dass diese gekürzte Superabgabe vielleicht auch zur Quotenaufweichung führen würde.

Ich sage das vorsorglich, denn auch diese Diskussion werden wir in Kürze führen müssen. Daher sagen wir ein klares Ja zu den preisstabilisierenden Instrumenten und ein eindeutiges Nein zu jeglichen Bemühungen und Initiativen, die Quote aufzuweichen.

Kolleginnen und Kollegen des Hauses, ich bitte im Übrigen dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Lück.

Heidi Lück (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich muss sagen: Wow! – Was für ein Dringlichkeitsantrag zu einem Thema, bei dem es in diesem Hause wirklich parteiübergreifend eine Meinung gibt.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch wunderbar!)

Ich denke, Herr Brunner, Sie sind deswegen so verzögert hereingekommen, weil Sie sich fast geniert haben, diesen „zukunftsträchtigen“, „Neuheiten“ enthaltenden Dringlichkeitsantrag, der nur einen Satz zum Inhalt hat, zu erläutern.

In Ihrer Rede haben Sie einen Rundumschlag gemacht, der allerdings mit dem Antrag, den Sie gestellt haben, herzlich wenig zu tun hatte. Wir haben das Thema des Health Checks und der Zukunft der Milchquote wirklich oft diskutiert. Auch in unserem letzten Dringlichkeitsantrag, der hier angenommen wurde, steht explizit: Die Milchquote darf nicht frühzeitig entwertet werden. Es darf keine weiteren Aufstockungen geben.

Ihr Dringlichkeitsantrag greift also ein Thema auf, das zwar höchst brisant ist und zu massiven negativen Auswirkungen für unsere Milch produzierenden Landwirte führen könnte. Aber eine Erhöhung der Quote noch vor der Diskussion des Gesundheitschecks – darum geht es ja; es geht ja nicht um die geplanten Erhöhungen zum Auslaufen der Quote –, eine Erhöhung jetzt, einfach weil der Markt ein bisschen sonniger aussieht, ist nicht sinnvoll. In diesem Haus ist das bereits mehrfach parteiübergreifend dargestellt worden. Wir wollen die Erhöhung nicht. Ihr Minister Miller, der heute sehr aufmerksam zuhört, hat dies ebenso deutlich kundgetan.

Wen also wollen Sie aufrütteln? Vielleicht die Wähler? Mir kommt das jetzt in den Sinn. Haben Sie nach dem Wahldebakel hier eine Möglichkeit gesehen, wieder zu punkten, indem Sie die Proteste des European Milk Board – EMB – und des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter e.V. – BDM – aufgenommen und versucht haben, Wasser auf Ihre Mühlen zu lenken und die Erosionen zumindest in dieser Wählerklientel zu verhindern beziehungsweise einzudämmen? Dies erscheint mir arg schmalbrüstig und populistisch zu sein.

(Helmut Brunner (CSU): Frau Kollegin, Sie tun sich sichtlich schwer, gegen den Antrag zu reden!)

Wir stimmen diesem „durchdachten“ und vor allem „ziel-führenden“ Antrag zu, weil es keine Alternative dazu gibt, weil es dazu überhaupt keine andere Haltung geben kann, weder aus Sicht Bayerns noch aus Sicht der Bundesrepublik noch aus Sicht aller, die den Milchmarkt im Auge haben.

Eine Ausweitung der Quote zu einem Zeitpunkt, zu dem sich der positive Trend auf dem Milchmarkt bereits wieder abzuschwächen droht, wäre, wie bereits ausgeführt, kontraproduktiv. Deshalb meine Frage: Macht Ihr Minister Seehofer in Brüssel nicht ausreichend Furore? Schlägt er dort nicht auf den Tisch? Sollte dies der Fall sein, fordere ich Sie zusätzlich zu Ihrem Dringlichkeitsantrag auf, ihm gehörig auf die Zehen zu treten – eigentlich ist mir eine andere Formulierung auf der Zunge gelegen; aber aus Respekt sage ich das nicht –, damit er auch in Brüssel Tacheles redet und sein immer wieder hoch gelobtes Gewicht auch tatsächlich in die Waagschale wirft. Denn es bringt uns überhaupt nichts, wenn er überall Erfolge erzielt, aber in den Gremien, die wichtig und zielführend sind, in denen es notwendig ist hinzustehen, den Mund nicht aufmacht.

Wir unterstützen also den Antrag, obwohl er so platt ist, wie ich es selten von Ihnen erlebt habe. Inhaltlich haben Sie nicht einmal gesagt, was Sie wirklich wollen, nämlich die Erhöhung der Quote außerhalb des Health Checks verhindern. Es wäre wenigstens sinnvoll gewesen, den Antrag sorgfältig zu formulieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Sprinkart.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es brennt in der CSU, habe ich mir gedacht, als ich mir den Antrag angeschaut habe. Bereits im November letzten Jahres hat die CSU einen Antrag hierzu gestellt. Ich darf ihn zitieren: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission gegen die Kommissionspläne für eine Aufstockung der Milchquote ab 1. April 2008 um 2 Prozent einzusetzen.“ Wenn Sie einen solchen Antrag im November letzten Jahres gestellt haben, frage ich:

Warum stellen Sie ihn jetzt wieder? Ist Ihnen etwa Seehofer in dem, was Sie mit Ihrem Antrag wollten, nicht gefolgt? Welche anderen Gründe kann es hierfür geben?

Um es vorweg zu sagen: Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen, weil auch wir absolut der Meinung sind, dass eine Erhöhung der Milchquote nicht sinnvoll ist, da dies vermutlich – vermutlich aber nicht sicher – Preissenkungen nach sich ziehen würde. Aber der eigentliche Hammer – darin sind wir uns hoffentlich einig – käme, wenn die Quote im Jahr 2015 ganz abgeschafft werden sollte.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie können noch hundert solcher Anträge stellen; es wird nichts helfen, wenn nicht mit allen Hebeln versucht wird, dieses Ziel durchzusetzen. Allein davon, dass etwas auf dem Papier gefordert wird, bewegt sich nichts. Ich kann weder bei Ihnen noch bei der Staatsregierung noch in Berlin das erforderliche Handeln erkennen. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen.

Dieser Antrag nichts anderes als ein Placebo für die Bauern. Ich sage Ihnen auch: Die Bauern werden das als solches erkennen und nicht darauf hereinfallen. Das hat die Demonstration von 700 Landwirten am Montag sehr deutlich gemacht. Auch wenn sich diese Demonstration in erster Linie gegen den Bauernverband gerichtet hat, fällt sie letztlich doch der CSU auf die Füße, da ein nicht unwesentlicher Teil der Führungsmannschaft des Bayerischen Bauernverbandes für die CSU im Bayerischen Landtag sitzt.

Wir müssen die geplante Quotenerhöhung im Zusammenhang mit der Absicht der EU-Kommission und – dies sage ich dazu – des Deutschen Bauernverbandes sehen, die Quote nach 2015 ganz abzuschaffen. Insoweit ist die Scheinheiligkeit der Staatsregierung und der CSU noch viel größer und viel deutlicher zu sehen. Dies will ich Ihnen gerne erläutern.

Auf der Milchfachtagung im März letzten Jahres, also lange bevor es die Umfrage unter Bayerns Milchbauern zum Thema Milchquote gab, hat Landwirtschaftsminister Miller – das habe ich hier zwar schon einmal zitiert, aber ich zitiere es gerne noch einmal – zu diesem Thema ausgeführt, er könnte sich grundsätzlich eine Fortführung der Quotenregelung vorstellen, wenn dies unter realistischen Bedingungen möglich und politisch durchsetzbar wäre. Kolleginnen und Kollegen, nach heldenhaftem Widerstand hört sich das fürwahr nicht an.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nun könnte ich noch glauben, dies sei die smarte Art des Widerstands unseres Landwirtschaftsministers, wenn ich nicht genau wüsste, dass Widerstand bei ihm anders aussieht. Als es zum Beispiel darum ging, welches Modell wir für die Umsetzung der Agrarreform wählen, hat er sich mit Zähnen und Klauen für die Betriebsprämie eingesetzt, er hat richtig gekämpft, und wir konnten

seine Kampftrufe noch lange, nachdem die Abstimmung auf Bundesebene gefallen war, hören.

Übrigens hat uns in Brüssel ein hoher Vertreter des Bauernverbandes attestiert, dass die Entscheidung, die Renate Künast mit der Mehrheit der Bundesländer gefällt hat, die absolut richtige war. Aber das sei nur am Rande bemerkt.

In dieser Rede führte Minister Miller noch aus, welche Voraussetzungen notwendig sind, um eventuell doch einen Erhalt der Quote zu erreichen. Unter anderem nannte er als Voraussetzung – ich zitiere erneut –, dass die Zustimmung von Ländern mit geringerer Quotenausstattung durch entsprechende Sonderzuteilung von Quoten erreicht wird. Ich kann dem nur beipflichten. Diesen Punkt nahmen auch die Kollegen Zengerle und Kreidl in ihrem Antrag, den sie im Frühjahr letzten Jahres zur Milchquote gestellt haben, mit auf.

In diesem Antrag können wir auch noch andere interessante Forderungen lesen. Ich zitiere: „Bei steigendem Verbrauch müssen die gewählten Vertreter der Milchbauern ein federführendes Mitspracherecht bei der Verteilung dann benötigter Quoten bekommen.“ (European Milk Board und Deutscher Bauernverband) Ich finde, das ist für Parlamentarier eine durchaus bemerkenswerte Forderung.

Problematisch an dem Antrag war nur, dass Sie ihn so nicht stellen durften. Der Antrag wurde nach langem Hin und Her – auch unter Einbeziehung von Ministerpräsident Stoiber und Bauernverbandspräsident Sonnleitner – letztendlich in der Staatskanzlei noch einmal geschliffen oder freundlicher ausgedrückt: überarbeitet.

Heraus kam ein halbes Jahr später ein Antrag, der zwar auch die Fortführung der Milchquotenregelung über das Jahr 2000 hinaus forderte, dies aber unter anderem an die Bedingung knüpfte, dass damit keine Zuteilung von Quoten an Mitgliedstaaten mit geringen Quotenausstattungen verbunden ist. Das ist genau das Gegenteil dessen, was Minister Miller und die beiden Kollegen von der CSU ein halbes Jahr zuvor gefordert hatten.

Dabei ist nicht der Widerspruch das Entscheidende; darüber könnte man sich amüsieren. Entscheidend ist vielmehr, dass die CSU ihre Forderung nach einer Fortführung der Milchquote über das Jahr 2015 hinaus an Bedingungen knüpft, die es faktisch unmöglich machen, von anderen Ländern bei dieser Forderung unterstützt zu werden.

Das heißt doch, Sie wollen es eigentlich gar nicht; Sie würden sonst keine solchen Forderungen einbauen. Minister Miller und die beiden Kollegen haben gesagt, wie die Strategie aussehen muss.

Wer sich permanent nur über Begleitprogramme im Falle der Quotenabschaffung auslässt, hat den Kampf um die Quote praktisch aufgegeben; ein Kampf, der sich für Bayern und seine Bauern und Bäuerinnen durchaus

lohnenswert, wie wir letzte Woche in Brüssel erfahren durften. Die Sprüche der EU-Kommission, dass sie das Initiativrecht habe und die Initiative ergreifen werde, wurden nämlich von den Parlamentariern klar dementiert. Und wir wissen alle, dass die EU-Kommission dann, wenn der Druck groß genug ist, eine andere Entscheidung treffen wird.

Ich fordere Sie also auf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ernsthaft für den Erhalt der Quote beziehungsweise für eine Mengenbegrenzung zu kämpfen. Leider muss ich Ihnen aber nach dem, was ich bisher gehört habe – ich habe Ihnen das anhand der Aussagen dargelegt – die ernsthafte Absicht dazu absprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatsminister Miller.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was Kollege Sprinkart eben zum Besten gegeben hat, ist ein untauglicher Versuch, uns etwas in die Schuhe zu schieben, was so hinten und vorne nicht stimmt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Kollege Sprinkart, Sie hätten zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Staatsregierung hier einen ganz klaren Kurs verfolgt, eng abgestimmt mit der Fraktion, nämlich ein klares Bekenntnis zur Weiterführung der Quote. Das kann natürlich nur unter bestimmten Bedingungen geschehen, Herr Kollege Sprinkart. Denn wenn alle anderen Länder eine Aufstockung der Quote bekommen, müssten wir es bei der Quote belassen. Für so dumm können Sie uns nicht halten. Es geht in diesem Antrag ja um die preisstabilisierende Wirkung der Quote und nicht darum, dass die Abschaffung der Quote vorweggenommen wird. Sie aber wollen mit Ihrer Diskussion etwas darstellen, was einfach so nicht stimmt.

Frau Lück, ich muss Ihren Vorwurf an den Kollegen Brunner zurückweisen, dass das nicht berechtigt sei.

(Heide Lück (SPD): Doch!)

Sie scheinen beide nicht darüber informiert zu sein, worum es letzten Endes geht.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Abstimmung findet am Montag statt. Man ist bisher davon ausgegangen, dass es zu einer Sperrminorität kommen könnte. Nun vernehmen wir in den letzten Tagen, dass sich Frankreich möglicherweise zurückzieht und dass Ungarn und Portugal schon abgesprungen sind. Sie haben selbst gesagt, die Lage sei brisant. Deshalb ist es doch nur richtig, wenn wir noch einmal versuchen, Druck auszuüben und deutlich zu machen, wie wichtig das Ganze für unser Land ist.

Ich brauche nicht im Einzelnen darauf einzugehen, welche Bedeutung die Milchproduktion für unser Land hat. Aber eines muss ich doch deutlich machen, dass nämlich die vorgesehene Quotenerhöhung um 2 %, die bereits am Montag beschlossen werden soll, fatale Auswirkungen haben wird. Denn es bleibt nicht bei den 2 %, es kommt noch das halbe Prozent dazu, das bereits beschlossen ist. Damit sind wir schon bei 2 ½ %, und dann sagt die EU-Kommission, ab 2010 soll jährlich noch 1 % dazukommen. Wenn wir das zusammenrechnen, sind wir bis zum Jahr 2013 bei 6,5 %. Es ist nur schwer vorstellbar, dass so etwas ohne Preiseinbußen möglich sein wird.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Lück?

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Ja!

Präsident Alois Glück: Bitte, Frau Kollegin Lück.

Heidi Lück (SPD): Herr Minister Miller, glauben Sie, dass Herr Minister Seehofer von uns noch einen kräftigen Tritt braucht, bis er hinter der Sache steht, und müssen das ausgerechnet wir machen? Wir vom Landtag haben in Brüssel unsere Meinung deutlich gemacht. Ich denke, das haben auch Sie getan. Was soll nun also noch dieser Dringlichkeitsantrag, der angesichts der darin enthaltenen Probleme etwas banal gefasst ist?

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, es sollte mehr eine Frage sein und kein Statement. – Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Kollegin Lück, ich werde auf Ihre Frage noch zur rechten Zeit eingehen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zunächst möchte ich nur noch einmal deutlich machen, dass aufgrund der Marktlage jetzt schon Sorgen bestehen. Wenn der Preis weiter ansteigen würde, könnte man sicherlich über solche Dinge reden. Aber da sich die Tendenz nach oben ja deutlich abgeschwächt hat, kommt der Milchpreis erneut unter Druck und dann würde eine Mengenausweitung diesen Druck wesentlich verstärken. Was das ganz Entscheidende ist – darum diskutieren wir heute hier –, hat Kollege Sprinkart offensichtlich nicht ganz begriffen. Diese Entscheidung ist der Einstieg in den Ausstieg. Damit werden Fakten geschaffen. Wenn der Preis erst einmal ganz weit unten ist, wollen die Bauern die Kontingentierung von selbst nicht mehr, weil sie sehen, dass die Quote ihre Funktion nicht erfüllt. Deshalb fordern wir auch die Bindung an bestimmte Kautelen, Herr Sprinkart!

Es gab selbst in Deutschland eine sehr uneinheitliche Meinung. Viele Länderagrarminister hatten sich über die Parteigrenzen hinweg ursprünglich für eine Erhöhung um 2 % ausgesprochen. Uns ist es aber gelungen, eine einheitliche Meinung der Agrarminister gegen eine Fortfüh-

zung der Quotenerhöhung zu vereinbaren. Allerdings ist ein Teil noch dabei, die Superabgabe senken zu wollen. Dies käme in der Wirkung einer Quotenerhöhung gleich. Beides – das muss ich hier deutlich sagen – ist falsch und kommt für uns nicht in Frage.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Sprinkart? – Bitte.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Minister, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir dem Antrag der CSU zustimmen. Und nun meine Frage. Herr Staatsminister, können Sie mir erklären, wie Sie heute die Bedingungen, die Sie im Frühjahr genannt haben, inzwischen genau ins Gegenteil verdrehen können? Dafür muss es doch einen Grund geben. Dazu würde ich gern etwas von Ihnen hören. Sie sagen, die Länder, die nur eine geringe Quotenausstattung haben – das sind bei weitem nicht alle – sollten eine zusätzliche Menge bekommen, während Sie im Antrag der CSU vom Herbst zum Ausdruck bringen, dass das auf keinen Fall passieren dürfe. Das ist doch sehr verwunderlich.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Dass die Länder eine solche Quote bekommen sollen, ist mir als Aussage meinerseits nicht bekannt. Ich habe immer das Gegenteil behauptet. Ich habe immer gesagt, dass es nicht sinnvoll ist. Die Quotenfortführung könnte man bekommen, wenn man den Polen 10 %, den Tschechen 5 % und den Italienern ebenfalls 5 % gäbe. Dann kommt es zur Zustimmung und diese erkaufen Sie sich mit einer Quotenaufstockung, die letzten Endes keinen Sinn macht. Das wissen Sie aber selbst. Sie stellen hier nur Fragen, weil Sie wissen, dass Sie mit Ihren Vorwürfen, die Sie immer wieder vortragen, falsch liegen. Aber sie werden damit nicht wahrer.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Eine Entscheidung wird, wie gesagt, womöglich am Montag getroffen werden.

Und jetzt zu Ihrer Frage, Frau Lück. Seehofer lehnt für Deutschland eine Quotenerhöhung ebenfalls entschieden ab, und zwar deshalb, weil er das genauso sieht wie wir, dass eine Gesamtstrategie zum Quotenausstieg bereits jetzt angelegt wird.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Dann brauchen sie später nicht mehr darüber zu entscheiden. Wenn die 2 % und die weiteren Anhebungen kommen, dann ist das der Einstieg zum Ausstieg. Das muss jeder hier wissen und zur Kenntnis nehmen. Darum dieser Antrag.

Wie gesagt, bisher haben sich neben Deutschland nur Frankreich, Österreich, Finnland und Malta gegen eine Quotenerhöhung ausgesprochen. Ungarn und Portugal, die Interesse gezeigt haben, scheinen abzuspringen. Damit ist die Sperrminorität wenige Tage vor dieser Abstimmung

in weite Ferne gerückt. Sie ist somit nicht mehr vorhanden. Ich habe gestern mit Seehofer telefoniert und werde noch einmal mit ihm telefonieren. Er muss alles tun, um mit den Franzosen noch einmal zu reden, damit verhindert wird, dass die beiden wichtigsten Milchzeugerländer Deutschland und Frankreich – die sind in der Vergangenheit bei solchen Dingen nicht überstimmt worden – am Montag überstimmt werden. Wenn dies nicht gelingt – das muss man wissen –, dann ist das zum jetzigen Zeitpunkt ein Paradigmenwechsel hinein in den Ausstieg aus der Quote, obwohl die Quotenfortführung von der Europäischen Kommission bis 2015 versprochen wurde. Wir wollen das in keiner Weise durchgehen lassen und stellen das noch einmal deutlich infrage.

Ich freue mich, dass alle Fraktionen diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 15/10171 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann einstimmig so beschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD) Schluss mit den Experimenten auf dem Rücken unserer Kinder Familien und Kinder entlasten – G 8 umfassend reformieren (Drs. 15/10172)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nägel mit Köpfen: Korrekturen am G 8 sofort anpacken und umgehend vollziehen (Drs. 15/10177)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es vergeht kein Tag, an dem man nicht in der Zeitung Katastrophenmeldungen zum achtjährigen Gymnasium nachlesen kann. Es vergeht kein Tag, an dem man nicht feststellt, dass Eltern auf die Barrikaden gehen. Es vergeht kein Tag – so die „Abendzeitung“ heute, vielleicht haben Sie es schon gelesen –, an dem Schüler nicht

darstellen, wie katastrophal der Schulalltag am achtjährigen Gymnasium ist. Es vergeht kein Tag,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

– auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, Herr Kollege Waschler –, an dem sich Verbände nicht beschweren, dass die Schule mit dem achtjährigen Gymnasium unerträglich geworden ist.

(Prof. Dr. Gerhard Stockinger (CSU): Katastrophenmeldung Nummer 1: Pfaffmann ... den Landtag!

Es rächt sich bitter, meine Damen und Herren, dass das achtjährige Gymnasium vor einigen Jahren konzeptionslos eingeführt worden ist, ohne jeden Verstand,

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

ohne jede Überlegung, welche Auswirkungen diese Umstellung von heute auf morgen haben könnte. Das rächt sich heute bitterlich.

Mittlerweile müssen Schülerinnen und Schüler im achtjährigen Gymnasium teilweise mehr arbeiten als so mancher Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz. Dabei sollen die Schülerinnen und Schüler doch etwas lernen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Schule macht Freude! – Gegenruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ich schicke Ihnen mal meinen Enkel!)

Sie sollen eben nicht, wie es heute ist, von einer Schulaufgabe zur nächsten Schulaufgabe hetzen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie sollen nicht von einer Ex zur anderen Ex hetzen. Sie sollen eben nicht, wie das zum Beispiel Lehrerverbände ausdrücken, paulinisches Wissen vorgesetzt bekommen, sondern sie sollen fürs Leben lernen. Und genau das findet am G 8 derzeit nicht statt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Unterricht wird nach Hause verlagert. Die Eltern klagen, dass Familien und Kinder heutzutage auf Schule reduziert werden, dass in den Familien, in den Wohnzimmern und Küchen der Familien über nichts anderes mehr gesprochen wird als über Schulprobleme. Schulaufgaben spielen für Kinder, die am achtjährigen Gymnasium sind, zu Hause eine größere Rolle als das Familienleben.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU))

Das ist die bittere Realität.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, das sind alles Zitate nicht aus der „sozialistischen“ Zentrale der SPD, auch wenn Sie sich noch so aufregen, sondern das sagen sogar die Verbände. Das sagen Lehrerverbände, Elternverbände, Schüler usw. usf.

(Gertraud Goderbauer (CSU): Unglaublich!)

Wir wissen aus den Sportvereinen, aus den Musikvereinen, aus den Kirchengemeinden der Dörfer und Städte, dass Gymnasiasten keine Zeit mehr haben, ihrem Sport nachzugehen. Wir wissen, dass junge Menschen immer weniger Zeit haben, um sich an einem gemeindlichen Leben beteiligen. Das ist alles der Situation G 8 geschuldet. Das ist die Lage.

(Gertraud Goderbauer (CSU): Das ist doch unwahr!)

Es kommen noch andere Dinge hinzu, wenn man diese Beschreibung vervollständigen will. Da könnte man eine Riesenliste schreiben, zum Beispiel, dass der Stoff des G 8 oder das Bestehen im G 8 mittlerweile nur noch mit Nachhilfe zu bewältigen ist. Wir wissen, dass jeder dritte oder vierte Schüler Nachhilfeunterricht erhält, und wir wissen auch, dass sich viele Familien diese Nachhilfe nicht mehr leisten können. Deswegen ist das G 8 nicht nur ein organisatorisches Chaos, es ist auch eine ungerechte Schule, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen ein Zitat vortragen, auch wenn es Ihnen nicht gefällt. Hans Holzhaider hat heute in der „Süddeutschen Zeitung“ kommentiert: „Es gibt nur zwei Bedingungen, unter denen das G 8 zu einer menschenwürdigen Schule werden könnte.“ Ich will diese Bedingungen nicht sagen, aber was sagt uns der Journalist damit? Er sagt uns, dass das G 8 menschenunwürdig ist. Nichts anderes.

(Kopfschütteln des Abgeordneten Hans Rambold (CSU))

Ich glaube, da ist ein Stück Wahrheit dran.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Aber jetzt haben wir die Lösung gefunden. Die ganze Welt diskutiert über die Entschlackung, oder wie immer man sagen will, der Lehrpläne. Es gibt eine Ankündigung, dass die Lehrpläne nun entrümpelt werden sollen und damit alle Probleme gelöst würden. Ich sage Ihnen: Ja, es gibt die Notwendigkeit der Überprüfung von Lehrplänen, weil wir in einer Wissensgesellschaft, im Zeichen der Globalisierung darüber nachdenken müssen, ob Faktenwissen nicht zurückgedrängt werden muss zugunsten von vernetztem, anwendungsorientiertem All-

gemeinwissen. Diese Diskussion müssen wir führen. Das ist gar keine Frage. Das ist eine Zukunftsdiskussion.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

Aber diese Diskussion gilt für alle Lehrpläne, nicht nur für die des Gymnasiums, weil das eine grundsatzpädagogische Debatte einer modernen Schulentwicklung ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber was machen wir? Wir versuchen, diese Debatte als Ansatz für die Lösung der Probleme des achtjährigen Gymnasiums heranzuziehen. Wir überlegen: Ein bisschen weniger Geografie – viel Freude bei dieser Debatte in Ihrer eigenen Fraktion; da gibt es ja schon Briefe, dass man das auf gar keinen Fall machen darf –, ein bisschen weniger Physik oder ein bisschen weniger Erdkunde oder was auch immer. So wird das diskutiert. Ich halte das für ein Problem. Ich sage Ihnen auch, diese Debatte wird die Baustelle G 8 nicht sanieren.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben nicht nur ein Problem der Lehrpläne, sondern ein strukturelles Problem am achtjährigen Gymnasium. Es ist nun mal so, dass man die Lernzeit nicht von heute auf morgen um ein Jahr verkürzen kann, ohne gleichzeitig strukturelle Maßnahmen einzuleiten. Das geht nun mal nicht.

Zweitens ist es ein Problem der Rahmenbedingungen. Sie können noch so viel arbeiten und diskutieren: Wenn Sie die Rahmenbedingungen am achtjährigen Gymnasium nicht verbessern, werden Sie diese Baustelle nicht schließen können. Das heißt, wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, um kleine Lerngruppen machen zu können und um individueller fördern zu können. Wir brauchen eine Entlastung des Lehrpersonals von unterrichtsfremden Dingen und viele andere Dinge. Das müssen Sie anpacken, um die Baustelle G 8 schließen zu können, und nicht eine Entlastungsdebatte über die Überprüfung der Lehrpläne führen.

Ich denke, es stimmt auch nicht, was der Bayerische Philologenverband uns hat weismachen wollen: dass wir lediglich eine gefühlte Überlastung hätten. Auch das ist falsch. Ich will das noch einmal darstellen. Es ist keine gefühlte Überlastung, sondern es ist eine echte Überlastung der Kinder und der Familien, was sich derzeit an der Schule abspielt.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich will noch etwas zur Qualität sagen. Ich bin auch der Meinung, lieber Herr Kultusminister, dass die Qualität des Abiturs nicht angetastet werden darf. Das ist völlig klar. Aber eines muss man schon dazu sagen: Wir müssen die Kinder im 11., 12., 13. und 14. Lebensjahr entlasten

und später vielleicht mehr Gas geben. Das bedeutet aber auch, dass wir endlich über die Struktur des Gymnasiums diskutieren müssen und nicht Scheindebatten über ein bisschen Unterrichtsstoff an der einen Stelle mehr und an der anderen Stelle weniger führen dürfen.

Ich glaube, wir müssen uns auch mit der Frage beschäftigen: Warum verliert das Gymnasium so viele Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zum Abitur – 40 %?

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Warum verlassen immer mehr Schülerinnen und Schüler das Gymnasium, bevor sie ihr Abitur machen? Das sind strukturelle Probleme, die wir endlich angehen und lösen müssen. Ansonsten werden wir weiter größte Schwierigkeiten haben und die Kinder und die Familien weiterhin belasten. Das nützt nichts, wenn es um eine gute schulische Ausbildung der Kinder geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne einmal fachfremd mit dem Nichtraucherschutzgesetz. Das ist zwei Monate in Kraft. Ich rauche selbst, habe mich gut eingewöhnt. Sie verspüren da Kritik von einigen Menschen, die ihre Sucht nicht unter Kontrolle haben, und ratzfatz ändern Sie etwas.

Seit vier Jahren, seit fünf Jahrgangsstufen leiden bayerische Kinder unter einem handstreichartig eingeführten achtjährigen Gymnasium, und getan haben Sie, sehr geehrte Damen und Herren, nichts.

Herr Kollege Pschierer, ich gebe Ihnen recht: Dieses Ministerium ist ein Ankündigungsministerium geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

Um mit den Ankündigungen zu beginnen, zitiere ich Herrn Stoiber. Er sagte im November 2003:

Wir sind heute überzeugt, dass das G 8 den Jugendlichen mehr Vorteile und Chancen bietet. Das künftige achtjährige Gymnasium wird den gleichen Qualitätsstandard bieten wie das bisherige neunjährige Gymnasium. Moderne Unterrichtsmethoden, begabungsgerechte Förderung und Persönlichkeitsbildung werden auch weiterhin prägende Merkmale des bayerischen Gymnasiums sein.

Meine Damen und Herren, was daraus geworden ist, können Sie täglich seit Monaten, seit vier Jahren in den Zeitungen lesen: hohe Belastungen der Schülerinnen und Schüler. In einer Zeitung habe ich gelesen: Kinder

werden als „Stopfgänse“ missbraucht. Hoher Nachhilfebedarf bis zu 25 %, Kosten von 10 bis 600 Euro. Das heißt, arme Kinder haben da nicht lange eine Chance. Kinder haben keine Zeit mehr für Hobbys und Vereine – das hat der Bayerische Landessportverband – BLSV – in der zweiten Anhörung zum G 8 gesagt – und schließlich: Den Schülerinnen und Schülern wird ein Stück Kindheit genommen.

Ein ganz wichtiger Punkt, den Sie damals hätten vorhersehen müssen und können, ist der massive Lehrermangel am Gymnasium. Er ist mittlerweile so gravierend, dass man zum Beispiel in Unterfranken eine Zeitarbeitsfirma bemühen muss. Der Lehrermangel resultiert daraus, dass Sie seit Jahren falsche Signale an den Markt aussenden und dass Sie eine derartig schlechte Gestaltung von Arbeitsverträgen haben, dass Lehrer lieber woanders unterrichten als in Bayern. Die Folge ist wochenlanger Unterrichtsausfall an den Gymnasien. Da möchte ich einmal Ihren Fraktionsvorsitzenden zitieren: „Bringen Sie Ihre Leistung.“ Stellen Sie den bayerischen Kindern die notwendigen Lehrerinnen und Lehrer am achtjährigen Gymnasium zur Verfügung, damit zum Beispiel ein Umstand ausgemerzt wird.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Es gibt doch 200 Stellen!)

Das ist, dass mehr als 35% der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Klassengrößen über 30 lernen.

Das ist noch nicht das Ende der Liste. Das beste Beispiel für das Versagen der CSU ist der Lehrplan.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Und die 200 neuen Stellen?)

Auch da möchte ich Ihnen, Herr Kollege Waschler, ein paar Zitate vorlesen. Es ist nämlich schon interessant, sich das im Zeitablauf anzuschauen. Im April 2004 hat Frau Hohlmeier gesagt: „Die Lehrpläne sind schon überarbeitet und fertig.“ Wir alle wissen, wie viel Jahre es gedauert hat, bis der letzte Jahrgang im Internet stand. – Herr Stoiber hat 2004 angekündigt, dass er vom Lehrplan 60 % streichen will. – Herr Sibler hat schon im Januar 2004 gesagt: „Der entscheidende Punkt wird sein, dass wir die Lehrpläne weiter verkürzen, dass wir konkrete Inhalte herausnehmen.“ – Herr Schneider hat mir im April 2004 hier im Landtag gesagt: „Der Lehrplan wird bis zur Endabstimmung des Gesetzes vorliegen.“

Nichts war. Wir haben alle ziemlich lange in die Röhre geschaut.

Herr Waschler sagte 2006, bezüglich des G 8 seien entscheidende Wegmarken gesetzt worden, die dort noch bestehenden Probleme würden einer Lösung zugeführt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Richtig!)

Ein Jahr zuvor sagte der Minister:

Ich habe den Auftrag an die Schulen erteilt, dem Ministerialbeauftragten Schwierigkeiten beim Lehrplan zu melden. Je nach Ergebnis werden wir auch Kürzungen nicht scheuen.

Bei der zweiten Anhörung zum G 8 sagt Herr Gremm, der die Gymnasialabteilung leitet, substanzielle Kürzungen seien weder nötig noch möglich. – Ein paar Monate später kündigt Herr Sibler an, dass man nun den Lehrplan doch entschlacken werde, und – Herr Sibler, da möchte ich Sie auch noch einmal zitieren –, am 28. Januar 2004 haben Sie gesagt: „Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CSU hat in den letzten 40 Jahren immer und immer wieder bewiesen, dass sie auch in einem engen Zeitkorsett sehr gründlich arbeiten kann.“

Da möchte ich ihnen sagen: Das enge Zeitkorsett dauert nun schon mehr als vier Jahre. Mein Resümee ist: Sie können es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach vier Jahren macht es der Staatssekretär selbst, weil es das Ministerium nicht kann oder nicht will.

Herr Pschierer: „Es wird seit Jahren diskutiert, das Ministerium sei bisher nicht über das Ankündigungsstadium hinausgekommen.“ Sein Fazit: „Das Macherimage nimmt uns hier doch niemand mehr ab.“

Ich möchte hinzufügen, der Chef kriegt das nicht in den Griff. Sie haben am achtjährigen Gymnasium eine ganze Generation – eine ganze Schülergeneration! – als Versuchskaninchen missbraucht. Sie haben nicht korrigierend eingegriffen, obwohl schon in der ersten Anhörung zum G 8 ein Kollege aus dem Saarland, das damals schon zwei Jahre Erfahrung hatte, alle später eingetretenen Probleme benannt hat. Wenn Sie uns die Probleme nicht glauben wollten, wenn Sie sie weder den Eltern noch den Schülerinnen und Schülern glauben wollten, hätten Sie doch jemandem glauben können, der aus einem Land mit Erfahrungen kommt und Ihnen sagt, auf was man aufpassen muss.

Vier Jahre lang ist nichts passiert. Das Rauchverbot ist nicht für Ihr schlechtes Kommunalwahlergebnis verantwortlich, sondern auf der Unzufriedenheitsskala steht mit weitem Abstand das Thema Bildung, wie Herr Kollege Pschierer, ihr ehemaliger Bundesminister Dr. Waigel oder Herr Sailer gesagt haben. Es gibt also in diesem Bereich eine Summe von Fehlentscheidungen, nicht nur das G 8. Das G 8 ist aber das Symbol für den Scherbenhaufen, den Sie angerichtet haben. Sie haben eine Summe von Fehlentscheidungen getroffen, die Sie nicht korrigiert haben. Außer vielen Pressekonferenzen und Pressemitteilungen haben Sie nichts getan. Was es allerdings im Kultusministerium an Veränderungen oft gibt, sind Veränderungen im Organigramm. Jetzt hat man die Presseabteilung wieder direkt dem Kultusminister zugeordnet.

Herr Minister, ich muss Ihnen sagen: Marketing ist nur dann gut, wenn auch etwas dahinter ist. Damit Ihnen die Leute noch glauben können, müssen Sie mal Butter bei die Fische bringen und nicht immer nur schöne Sprüche loslassen.

Das G 8 ist wie ein Flugzeug mit unbestimmtem Ziel losgeflogen, das ab und zu notlanden muss. Aber auch danach ändert sich nichts, wie das Beispiel Lehrplan beweist. Die einzige Botschaft ist: Wir fliegen weiter. Macht euch keine Sorgen. Wohin wir fliegen, wissen wir zwar immer noch nicht. Aber alles wird gut – irgendwann. Deshalb glaube ich Ihnen kein einziges Wort mehr, wenn Sie von Verbesserungen sprechen. Da haben wir schon zu viel Ihrer verbalen Bekundungen erlebt. Deswegen haben wir heute einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um Nägel mit Köpfen zu machen, um am G 8 Korrekturen sofort anzupacken und zu vollziehen. Es ist mir wichtig, dass der Landtag feststellt, dass die Staatsregierung bei der Einführung des G 8 ein großes Chaos angerichtet hat. Die Leidtragenden sind vor allem die Schülerinnen und Schüler, aber auch ihre Lehrerinnen und Lehrer und Eltern. Bei den seit Jahren vorliegenden Schwierigkeiten handelt es sich um grundlegende konzeptionelle Probleme, vor denen man Sie immer wieder gewarnt hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur noch kurz anführen, dass Sie nach Einführung des G 8 als erste Großtat bei den gymnasialen Personalausgaben 6,2 Millionen Euro gestrichen haben. Ich fordere Sie auf, den an einer ganzen Schüलगeneration vorgenommenen unverantwortlichen Feldversuch sofort zu beenden und bis Ende April gekürzte Lehrpläne vorzulegen, in denen alle Fächer gleichermaßen reduziert und die Kürzungen auf alle Jahrgangsstufen verteilt werden. Ich fordere ein Personalplanungskonzept, das berücksichtigt, dass die Lerngruppengröße in Intensivierungsstunden und in der Oberstufe maximal 15 Personen beträgt. Ich fordere als erklärtes Ziel den Erhalt der Intensivierungsstunden in ihrer bisherigen Form, eine ordentliche Ausstattung der Schulen für den Ganztagsbetrieb, ein nahrhaftes Mittagessen und ein flächendeckendes Angebot an gebundenen Ganztagschulen. Ich fordere auch die Abschaffung der schriftlichen Hausaufgaben, um die hohe Belastung der Schülerinnen und Schüler zu mildern. Die Vertiefung des Lehrstoffes erfolgt im Unterricht, insbesondere in den Intensivierungsstunden. Das muss genügen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist eine tolle Pädagogik!)

– Herr Kollege Waschler, solange Sie Ihre Leistung nicht erbringen, wird das Sitzenbleiben am achtjährigen Gymnasium abgeschafft. Sitzenbleiben ist sowieso ein Schmarrn. Aber solange Sie Ihre Bringschuld bei den Schülerinnen und Schülern an Bayerns Gymnasien nicht erbracht haben, sollen die Schülerinnen und Schüler auch nicht die Konsequenzen tragen. Dieser Antrag

zieht sofort Konsequenzen. Dieser Antrag ist mutig und handelt. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Eisenreich.

Georg Eisenreich (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einigen allgemeinen Feststellungen zum G 8 beginnen, bevor ich dann zu den Einzelheiten komme. Die Einführung des G 8 war richtig, das hat sich auch gezeigt. Es freut mich, dass eine Diskussion über G 8 oder G 9 im Grunde genommen nicht mehr stattfindet. Wir brauchen das G 8, um die Ausbildungszeiten zu verkürzen. Wir haben mit dieser Verkürzung auch eine neue Lehrplankonzeption eingeführt, die bei den Kernkompetenzen und dem notwendigen Grundwissen einen neuen Schwerpunkt setzt.

(Zuruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Wir haben damit das Gymnasium gleichzeitig auf neue und aktuelle Herausforderungen vorbereitet, zum Beispiel mit einer neuen Oberstufe und der Einführung von Seminaren. Es ist wichtig, dass es am Gymnasium – wegweisend für Deutschland – Intensivierungsstunden gibt. Es gibt hohe Investitionen in die Schulbauten und Mensen von Gymnasien.

(Zuruf von der CSU: So ist es!)

Darüber hinaus ist in die Einbindung der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern in den Schulalltag Bewegung gekommen. Ich denke zum Beispiel an die Aufwertung des Schulforums oder an das Gymnasium in Bad Aibling, wo am Wochenende die Versammlung der Landeselternvereinigungen stattfand, die sogar ein Schulparlament haben. Das ist ein tolles Ergebnis bei Themen, die wir an den Gymnasien verändern und voranbringen wollen.

Wenn wir das G 8 ehrlich diskutieren, müssen wir feststellen, dass es zu diesem Thema eine bundesweit ähnliche Debatte gibt, und zwar unabhängig davon, ob in den Ländern die Union oder die SPD regiert. Es gibt eine Debatte über die Lehrpläne, es gibt eine Debatte über die Stundentafel und über das Thema „Forderung und Überforderung“. Auch die Kultusministerkonferenz hat sich erst vor Kurzem mit diesem Thema befasst und hier einige Eckpunkte neu justiert.

Es ist auch wichtig, in der Debatte zu unterscheiden, was sind ehrliche oder vordergründige Argumente, was sind offene oder verdeckte Ziele. Bevor wir in die Debatte über Einzelheiten einsteigen, muss sich jeder fragen, ob derjenige, der redet, das Gymnasium erhalten oder abschaffen bzw. verstümmeln will.

(Beifall bei der CSU)

Wer wie die GRÜNEN, eine verlängerte gemeinsame Schulzeit und damit nur noch einen Rumpf, ein G 3 und das Gymnasium damit im Grunde genommen abschaffen will, oder wer wie die SPD, das Gymnasium verstümmeln will, der wird die entsprechende Taktik verfolgen und das Gymnasium nicht gut-, sondern schlechtreden. Das ist die gleiche Taktik, die bei den Hauptschulen angewendet wird: Wer etwas abschaffen will, macht es schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Dagegen müssen wir uns wehren, und das tun wir auch.

Wir wollen das G 8 erhalten. Das Gymnasium ist eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Die Substanz ist gut und das, was die Lehrer, die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler an unseren Gymnasien leisten, ist hervorragend und verdient größte Anerkennung.

(Beifall bei der CSU)

Worüber wir diskutieren müssen, ist die Frage, wie wir das G 8 weiter verbessern können. Grundlage dazu dürfen aber nicht irgendwelche Schreckens- oder Horrorszenerarien sein, wie wir sie immer wieder hören; Grundlage muss vielmehr eine ehrliche Analyse sein. Dann wird man zu einem differenzierten Ergebnis kommen.

Ich möchte feststellen: Wenn ich mit Lehrern, Eltern oder Schülerinnen und Schülern rede, sind die meisten davon mit der sie betreffenden Schule zufrieden. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man mit den Betroffenen redet. Zu diesem Ergebnis kommt man auch nach der Evaluierung und anhand von Gesprächen mit Einzelnen, wie zum Beispiel bei der Landesversammlung der Landes-Eltern-Vereinigung vom Wochenende. Es gibt erfreulicherweise auch Berichterstattungen – wie zum Beispiel in der „Süddeutschen Zeitung“; ich glaube es war gestern –, in der ein Schulleiter bekennt, wie gut es an seiner Schule läuft. Verbesserungen werden – insofern gebe ich der Opposition recht – aber bei den Rahmenbedingungen und bei der Ausstattung erwartet. Auf diesen Feldern müssen wir noch einiges voranbringen.

Ich komme zu den Einzelthemen: Bezüglich der Ganztagsangebote haben wir uns zunächst dafür entschieden, an den Gymnasien die offenen Ganztagsangebote flächendeckend und bedarfsgerecht auszubauen. Damit ist der Großteil der Eltern zufrieden. Wenn jetzt, wie dies hier geschehen ist, gefordert wird, die Staatsregierung solle sich auch um das Mittagessen kümmern, dann muss ich Ihnen vorhalten: Sie fordern zu Recht – wie wir auch –, dass die Schulen mehr Freiräume bekommen, aber dennoch sollen wir am besten noch den Speiseplan für das Gymnasium bestimmen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt: die Unterrichtsversorgung. Gegenwärtig ist die Debatte, wie ich sie wahrnehme, völlig anders, als das im letzten Jahr der Fall war. Denn es ist einiges passiert. So wurden alle Lehrer, die verfügbar waren, auch eingestellt. Allein zum Halbjahr wurden 200 zusätzliche Lehrer eingestellt. Den Schulen wurden Mittel zugewiesen, und zwar pro Schule 15 000 bis 30 000 Euro. Ebenso wurde für die Gymnasien eine Mobile Reserve aufgebaut. All dies zeigt Wirkung. Richtig ist, Frau Kollegin, dass vor der Sommerpause ein Konzept in Bezug auf das Personal für die nächsten Jahre vorgelegt werden muss. Das gilt insbesondere im Hinblick auf das Ziel, welches auch wir verfolgen, die übergroßen Klassen abzubauen.

Zum Thema Klassenstärke möchte ich sagen: Wir haben bei der Oberstufe deutliche Erfolge verzeichnen können. Die Höchstschülerzahlen für die Seminare sollen bei 15 liegen, in den Kernfächern bei 25 und in anderen Fächern bei 28. Das ist ein Riesenerfolg, der viel Geld kostet, der es uns aber auch wert ist.

Ich komme zum Thema Baumaßnahmen: In die Schulbauten wurde und wird viel investiert. Viele Baumaßnahmen sind schon abgeschlossen bzw. stehen vor dem Abschluss.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welche?)

– Dazu gibt es verschiedene Finanzierungsquellen. Das wissen Sie ganz genau. Sie stammen alle von den Steuerzahlern aus Bayern bzw. aus dem Bund.

Kommen wir zum Lehrplan und der Stundentafel: Ich glaube, dass wir zu diesem Punkt eine wichtige, aber von der Bedeutung her überschätzte Debatte führen, denn die Spielräume sind nicht übermäßig groß. Wir werden sehen – es werden gerade Vorschläge erarbeitet –, was im Lehrplan gekürzt werden kann und was notwendig ist. Im April werden die Ergebnisse vorliegen. Ich stelle aber fest, dass es eine gezielte Diffamierung von Wissen, Fakten und Lernen gibt. Ich muss Ihnen schon einmal sagen: Wenn man Transferdenken und methodisches Lernen fordert – dies ist richtig und wichtig, wenn man sich die Verdoppelung des Wissens in kurzen Zeiträumen vor Augen hält –, dann muss man anerkennen, dass Methodik oder Transferdenken nie ohne einen Grundbestand an Fakten und Wissen auskommen, denn ohne Ausgangsbasis, ohne ein Fundament, können Sie nichts transferieren und befinden sich im luftleeren Raum.

Richtig ist, dass der Schulablauf noch nicht überall optimal gestaltet ist. Wenn zum Beispiel in der 5. oder 6. Klasse an drei Tagen nachmittags Unterricht stattfindet, dann liegt das nicht an der Stundentafel, sondern an der Gestaltung der Stundenpläne vor Ort. Bei der vorgesehenen Wochenstundenzahl in der 5. und 6. Klasse kann es nicht sein, dass an drei Tagen nachmittags Unterricht stattfindet.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang erwarte ich mir vom Kultusministerium klare Anweisungen an die Gymnasien, was gemacht werden kann und was nicht.

Wenn Sie, Frau Kollegin Tolle, Doppelstunden fordern, dann frage ich mich: Wieso? Sie kennen die Modusmaßnahmen in Bezug auf Doppelstunden. Die Einführung und Gestaltung von Doppelstunden ist längst möglich. Also fordern Sie bitte nicht so etwas, sondern weisen Sie darauf hin, dass es gemacht werden soll.

Hinsichtlich der Gestaltung des Schulablaufs erwarte ich, dass an Tagen mit langem Nachmittagsunterricht Regelungen bezüglich der Hausaufgaben geschaffen werden. Richtig ist, dass es nicht sein kann, dass ein Schüler bis 16 Uhr in der Schule ist und dann noch zwei Stunden schriftliche Hausaufgaben zu erledigen hat. Das passt nicht zusammen. Wenn dem so ist, müssen deutliche Richtlinien an die Schulen gegeben werden, um eine notwendige Abstimmung zu erreichen.

Ich komme zum Ende meiner Ausführungen: Unser Ziel ist es, das Gymnasium in der Form des G 8 – kein G 6, kein G 3 oder was auch immer –, des achtjährigen Gymnasiums, zu erhalten. Wichtig ist uns, ein qualitativvolles und damit wettbewerbsfähiges Abitur zu erhalten. In diesem Zusammenhang muss man den Ausgleich zwischen Fördern und Fordern auf der einen Seite und dem Vermeiden von Überforderung auf der anderen Seite finden. Forderungen, das Sitzenbleiben oder schriftliche Hausaufgaben abzuschaffen, helfen uns in dieser Debatte nicht weiter. Wer dergleichen fordert, handelt zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler, weil er sie nicht auf das Leben vorbereitet. Das Leben an den Universitäten und auf dem Arbeitsmarkt ist von einem Wettbewerb getragen und dafür wollen wir die Kinder fit machen.

Wir stehen zu einem Dialog in Bezug auf eine Optimierung, eine weitere Verbesserung des Gymnasiums bereit. Wir stehen dabei in einem Dialog mit den Lehrern, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern. Am Ende – dabei gebe ich jedem recht – muss es mehr Investitionen in das Gymnasium geben und am Ende muss es mehr Gestaltungsspielräume für die Schulen geben. Unsere Aufgabe ist es, dies zeitnah umzusetzen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Kollegin Tolle das Wort.

Simone Tolle (GRÜNE): Erstens, Herr Kollege Eisenreich, ist mir klar, dass Ihnen das Abschaffen des Sitzenbleibens und der schriftlichen Hausaufgaben nicht hilft, es hilft aber sehr den Schülerinnen und Schülern. Und für diese stehen wir hier und kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Zweiten habe ich nicht die Einführung von Doppelstunden gefordert, sondern sie ist hervorzuheben.

Drittens stammen die hohen Investitionen, die Sie genannt haben, nicht aus der bayerischen Staatskasse, sondern aus der Kasse des Bundes.

Schließlich zum eigentlichen Grund, warum ich mich gemeldet habe: Von jemandem, der seit vier Jahren die Gymnasiasten an den bayerischen Schulen am ausgestreckten Arm verhungern lässt und sie als Versuchskaninchen missbraucht, lasse ich mir nicht sagen, wir wollten das Gymnasium schwächen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte für die GRÜNEN-Fraktion Folgendes sagen: Die GRÜNEN-Fraktion kämpft für eine kindgerechte Schule, in der die Talente der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen. Hierfür ist es unter anderem wichtig, vernünftige Bedingungen zu schaffen und zu überlegen, bevor etwas eingeführt wird.

Ich möchte zwei Dinge nennen, die als Erstes gemacht werden müssen, nämlich kleinere Klassen und mehr Lehrerinnen und Lehrer. Dafür kämpfen wir. Die Schülerinnen und Schüler werden Ihnen zeigen, wer wirklich auf ihrer Seite ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Staatsminister Schneider.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar dafür, dass Kollege Eisenreich das Ganze wieder richtig gestellt und dargelegt hat, wie die Situation tatsächlich ist. Wenn man vor Ort mit Vertretern der Schulen, der Eltern und der Schülerinnen und Schüler spricht, ergibt sich ein anderes Bild als das, das Sie hier zu zeichnen versuchen: dass nämlich alles nur schlecht sei, dass nichts funktioniere, dass die Schule eine Kinderschinderei sei und menschenunwürdig. Das ist nicht die Realität an den bayerischen Gymnasien, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich die Mühe machen, die Jahresberichte der bayerischen Gymnasien aus den vergangenen drei Jahren zu lesen, können Sie feststellen, dass es an den Schulen ein breites Angebot von musischen und sportlichen Aktivitäten gibt und dass junge Menschen neben dem Pflichtunterricht, auch am Gymnasium, durchaus Zeit haben, sich zusätzlich zu engagieren. In vielen Fächern gibt es eine breite Palette von Angeboten in der Musik über die Kunst bis hin zum Sport.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt aber nicht, dass alles schon an jedem Gymnasium rund läuft; das ist ganz offensichtlich. Deshalb müssen wir die Sorgen der Eltern ernst nehmen. Das ist übrigens kein rein bayerisches Thema. Sie haben auf das Saarland verwiesen. Dort gibt es die gleichen Debatten wie in Bayern,

obwohl man dort, wie Sie sagen, zwei oder drei Jahre früher dran war und alles gut überlegt hat. Trotzdem gibt es auch dort solche Debatten vor Ort unter Eltern, Lehrkräften und Schülern über die Verdichtung der Lehrpläne und ihre Umsetzung. Das ist auch ein Thema, mit dem wir uns in der internen Lehrerfortbildung befassen müssen.

Eines ist aber ganz eindeutig: dass Sie alles tun, um das G 8 schlechtzureden, obwohl Probleme nur hier und dort bestehen. Ihre wahre Absicht – das hat Kollege Eisenreich auch schon gesagt – ist nicht, das G 8 zu erhalten, sondern Sie wollen es abschaffen. Die GRÜNEN wollen auf eine längere gemeinsame Schulzeit dann ein dreijähriges Gymnasium draufsetzen, und von der SPD weiß man noch nicht genau, welches Konzept für das Gymnasium sie hat.

Ich bin deshalb sehr froh, dass bei der Versammlung der Landeselternvereinigung in Bad Aibling zwei Punkte herausgestrichen wurden, dass erstens die Eltern zum gegliederten Schulwesen stehen und dass sie zweitens nicht zum G 9 zurück wollen. Diese Klärung war ganz entscheidend, um miteinander an den Themen arbeiten zu können, an denen wir auch in Zukunft arbeiten werden.

Wir haben beim G 8 einen Paradigmenwechsel vollzogen. Die neuen Lehrpläne fußen nicht mehr auf Detailwissen allein, sondern stellen auch ab auf Grundwissen, Grundkompetenzen, Kompetenzorientierung und Transfer. Ich sage aber deutlich, dass es ohne Detailwissen nicht geht, weil die Schüler einen Grundbestand an Wissen haben müssen, um Transfer- und Vernetzungsaufgaben lösen zu können. Ich sage hier ebenso deutlich wie in Bad Aibling am Samstag: Wir wollen zwar ein Gymnasium von hoher Qualität, aber es muss kind- und jugendgerecht sein. Das bedeutet, dass die Schule für die Kinder da ist, nicht aber die Kinder für die Schule da sind. Das ist ganz eindeutig, und an diesen schönen Grundsatz werden wir uns überall halten; an vielen Schulen wird er bereits beachtet.

Ich nenne nur ein Beispiel dafür, dass dieser Grundsatz offensichtlich nicht überall beachtet wird: In einer fünften Jahrgangsstufe – auch das hat Kollege Eisenreich schon gesagt – gibt es an zwei Nachmittagen Pflichtunterricht, und das bei 31 Stunden Unterrichtszeit. Es muss an jedem Gymnasium möglich sein, dass der Nachmittagsunterricht nur an einem Tag stattfindet und es nicht zwei oder drei Zwischenstunden gibt, sodass die Pflicht besteht, an zwei Nachmittagen in die Schule zu gehen. Das sind Organisationsaufgaben, die nicht an allen Schulen so gelöst sind, wie das möglich wäre.

Damit sind wir bei einem weiteren Thema. Sie fordern ständig, dass die Schulen alles allein entscheiden sollen; da soll überhaupt keiner mehr mitreden. Wenn aber dann eine Schule eine Entscheidung getroffen hat, die Ihnen nicht gefällt, soll der Staat genau vorschreiben, wie es richtig wäre. Dieser Spagat ist nicht möglich. Wenn wir uns dafür entscheiden, ein großes Maß an Verant-

wortung an die einzelne Schule zu geben, dann müssen wir auch zunächst einmal damit leben, dass eine Schule eine andere Entscheidung trifft, als wir sie uns vorstellen. Wenn diese Entscheidung gegen das Wohl des Kindes ist, müssen wir eingreifen. Ich möchte aber nicht, dass im Landtag über jedes Detail, bis hin zum nahrhaften Mittagessen, entschieden wird, sondern ich möchte, dass von München aus an die Schulen delegiert wird.

(Beifall bei der CSU)

In einigen Bereichen – das habe ich auch deutlich gemacht – werden die Entscheidungen im April getroffen. Eine Entscheidung gilt der Stofffülle. Der Herr Staatssekretär ist damit beauftragt worden, im Ministerium – das ist nicht neben dem Ministerium – die Erfahrungen aus den Schulen zu sammeln und auszuwerten, damit in allen Fächern für alle Jahrgangsstufen eine Revisionschau möglich ist. Dann wird entschieden, ob der zunächst am grünen Tisch beschlossene Lehrplan – jeder Lehrplan wird zunächst am grünen Tisch gemacht – in der Wirklichkeit 1 : 1 umzusetzen ist. Diese Auswertung habe ich im letzten Schuljahr in Auftrag gegeben. Im Herbst kamen die Rückmeldungen, und wir sind darangegangen, die Auswertungen zusammenzuführen, und wollen dann einen Vorschlag machen.

Es ist ganz eindeutig, und wir müssen es immer wieder betonen, dass der Lehrplan nicht mit dem Lehrbuch gleichzusetzen ist. Anders ausgedrückt: Das Schulbuch ist nicht der Lehrplan. Die Lehrkräfte haben deshalb die Pflicht, genau darauf zu schauen, was im Lehrplan steht und was Zusatzübungsmöglichkeiten und Vertiefungsmöglichkeiten in den Lehrbüchern sind. Diese Übungen sind nicht Pflicht und gehören vor allem nicht zu den verpflichtenden Leistungsfeststellungen. Deshalb werden wir bei der Zulassung von Büchern künftig darauf achten, dass deutlich zwischen der Pflicht und der Kür, also den zusätzlichen Übungen, unterschieden wird, um ein klares Signal an die Schulen zu geben.

Das Thema „Stundenbelastung“ werden wir auch vor dem Hintergrund der KMK-Beschlüsse diskutieren und am 22.04. Vorschläge vorlegen.

Zu den Hausaufgaben gibt es die deutliche Aussage, dass an den Tagen, an denen nachmittags Pflichtunterricht ist, keine schriftlichen Hausaufgaben für den nächsten Tag aufgegeben werden dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die offensichtlich als solche nicht überall erkannt wird. Deshalb wird das verpflichtend festgelegt werden.

Für mich ist bei der Rhythmisierung ganz entscheidend, dass ein Miteinander von Schule und Elternvertretern gewährleistet sein muss. Deshalb werden wir die Frage der Rhythmisierung viel stärker als bisher in das Schulforum geben, um die Eltern einzubinden.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ja.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, Sie machen Ausführungen dazu, wie Sie den Lehrplan kürzen wollen. Ich frage Sie: Wie kommt es, dass Herr Gremm bei der Anhörung im Juli 2007 auf die Frage nach der Kürzung der Lehrpläne geantwortet hat, substanzielle Kürzungen seien weder nötig noch möglich? Was ist in der Zwischenzeit in Ihrem Ministerium passiert, dass Sie jetzt doch Lehrpläne entschlacken wollen, und was muss ich von solchen Äußerungen bei Anhörungen halten, wenn deren Gültigkeit nicht einmal die Sommerpause übersteht?

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Kollegin Tolle, ich weiß, dass das nur eine rhetorische Frage ist. Wir haben bei der Einführung des Lehrplans ganz eindeutig noch nicht genügend Erfahrungen gehabt. Deshalb wurden immer wieder Rückmeldungen aus den Schulen eingefordert. Nach fast vier Jahren des achtjährigen Gymnasiums ist ein Überblick notwendig. Wir werten jetzt die Eindrücke aus, die uns die Schulen selbst gemeldet haben. Am 22.04. können Sie überprüfen, ob Ihnen das genügt, was gestrichen wird, oder nicht. Wir werden auf jeden Fall eine Reduzierung in den Fächern haben, und zwar unterschiedlich intensiv, weil die Rückmeldungen von jedem Fach unterschiedlich sind.

Seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums sind mittlerweile über 1500 zusätzliche Lehrkräfte an den Gymnasien eingestellt worden. Zum Halbjahr haben wir noch einmal zusätzlich 200 Lehrkräfte eingestellt. Kollege Eisenreich hat bereits betont, dass wir Lehrkräften mit einem Qualitätsabschluss immer ein Angebot gemacht haben, abgesehen von den Fächern Musik und Kunst, wo wir nicht jedem ein Angebot machen konnten.

Wir haben den Schulen zusätzlich Geld zur Verfügung gestellt, um vor Ort mit zusätzlichen Aushilfen aktiv werden zu können. Das Ergebnis ist eine gute Unterrichtsversorgung in vielen Bereichen des Gymnasiums in diesem Schuljahr.

Mittlerweile haben wir an 170 Gymnasien offene Ganztagsangebote. Ich sage auch hier: Jedem Antrag einer Kommune wurde bisher eine Zusage erteilt. Wenn eine Kommune oder ein Sachaufwandsträger den Antrag stellt, dann wird dieser vom Kultusministerium genehmigt, und diese Anträge wurden auch in der Vergangenheit genehmigt. Wir haben an jedem dieser Gymnasien eine Ausstattung mit Mensen, mit Kantinen, damit eine gute Mittagsverpflegung für die Kinder gewährleistet ist. Das wird finanziert aus Geldern des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB –, aber

auch aus Geldern des Freistaats infolge des Konnexitätsprinzips. Die Einrichtungen wurden also aus Geldern beider Seiten finanziert.

Die Oberstufe wird derzeit mit großem Aufwand auch im Hinblick auf Fortbildungsmaßnahmen vorbereitet. Sie können sich die Rückmeldungen geben lassen. Für mich ist dabei ganz entscheidend, meine Damen und Herren, dass wir den Wert des Abiturs behalten. Ich möchte in Bayern keine Situation haben wie in Frankreich oder in anderen Ländern, die Modelle durchführen, die Sie uns immer wieder vorschlagen. Dort ist es so, dass jemand zwar ein Abitur in der Hand hat, die Universitäten sich dafür aber gar nicht interessieren, sondern ein Vorstudium zur Pflicht machen. In Finnland beispielsweise dauert es bis zu vier Jahre, bis jemand einen Studienplatz bekommt. So etwas ist nicht unser Ziel! Wenn Abitur drauf steht, dann muss auch Abitur drin sein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, wir müssen eines deutlich machen: Man kann den Erfolg des achtjährigen Gymnasiums erst dann beurteilen, wenn ein ganzer Durchgang abgeschlossen ist. Herr Pfaffmann, Sie haben gerade davon gesprochen, dass das Gymnasium so viele Schüler verliert. Das waren aber offensichtlich Zahlen des G 9, die Sie zur Hand genommen haben, denn am achtjährigen Gymnasium ist der Anteil der Schüler, die nicht erfolgreich sind, massiv zurückgegangen. Ich sage noch einmal, damit Ihnen auch die Zahlen vor Augen stehen: Die Wiederholerquote, die wir bisher am achtstufigen Gymnasium messen können – –

(Margarete Bause (GRÜNE): Sind das belastbare Zahlen?)

– Hören Sie doch erst einmal zu. Die Pflichtwiederholerquote am achtjährigen Gymnasium beträgt 1,7 %.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und was ist mit der Abgängerquote?)

Am G 9 war die Pflichtwiederholerquote im Schnitt 2,7 %.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Und was ist mit den Klassen von Realschülern?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es reicht schon, wenn Sie zur Kenntnis nehmen, dass ein Rückgang der Wiederholerquote für das pflichtgemäße Wiederholen am achtjährigen Gymnasium ganz eindeutig feststellbar ist. Außerdem haben wir im Freistaat als einzigem Land in der Bundesrepublik Intensivierungsstunden.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Jetzt sind Sie aber alle überrascht! – Gegenrufe von Abgeordneten der SPD – anhaltende Unruhe – Glocke des

Präsidenten). Das Interesse auf der linken Seite des Hauses scheint nicht gerade groß zu sein. Nun gut.

(Zuruf von der SPD: Wir haben zugehört!)

Also, ich habe Ihnen die Daten gesagt, damit Sie nicht wieder das Gegenteil behaupten müssen, dass Sie angeblich die Zahlen nicht gekannt haben. Also noch einmal zu den Intensivierungsstunden: Wir sind das einzige Land, das Intensivierungsstunden in dieser Form eingeführt hat: doppelte Besetzung mit Lehrkräften. Wir werden daran festhalten, dass dieser Umfang erhalten bleibt. Ich sage ganz offensiv: Wir müssen an die Stofffülle heran, an die Stundenbelastung und an die Organisation, an die Rhythmisierung und an die Hausaufgaben. Das habe ich bereits angesprochen. Wir müssen das tun und gleichzeitig die Rahmenbedingungen an den Gymnasien so gestalten, dass die Dinge, die in manchen Bereichen von den Eltern zu Recht kritisiert werden, abgestellt werden können.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, einen Augenblick noch. Ich erteile Herrn Kollegen Pfaffmann das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Ich möchte zunächst einmal Folgendes feststellen, weil uns immer vorgeworfen wird, wir würden das Gymnasium schlechtreden oder wir würden das Gymnasium in Gefahr bringen:

(Unruhe bei der CSU)

Die einzigen, die das Gymnasium in Gefahr gebracht haben, waren Sie, weil Sie die Schulzeit ohne Konzept verkürzt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das muss ich schon einmal feststellen: Wir hätten keine Probleme am G 8, wenn Sie die Schulzeit nicht überfallartig, quasi über Nacht, verkürzt hätten.

Sie sagen immer, Herr Eisenreich, das Gymnasium sei eine der tragenden Säulen des Bildungssystems. Dann frage ich Sie: Warum behandeln Sie das Gymnasium so schlecht? – Das würde ich schon gerne wissen.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Ich will Ihnen auch noch etwas zum „Schlechtreden“ sagen. Die Behauptung, wir würden das Gymnasium schlechtreden, trifft nicht zu. Wir lesen nur Zeitung. Ich darf Ihnen ein paar Überschriften vorlesen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Geht lieber an die Schulen, anstatt Zeitung zu lesen!)

– Ich brauche nicht an die Schulen zu gehen, ich habe selbst Kinder, die zur Schule gehen.

„Der Spiegel“ schreibt zum G 8: „Ein marodes System“. In der „Süddeutschen Zeitung“ war zu lesen: „Widerstand gegen die Paukschule“. Im „Donaukurier“: „Chaos am G 8“. „Mittelbayerische Zeitung“: „Krisenherd G 8“. Und in der „Zeit“ war zu lesen: „Kinderarbeit – ein pädagogisches Desaster“. Ihr Ministerpräsident, Herr Beckstein, sagte: „Wir müssen das G 8 entschärfen“. – Warum müssen wir das G 8 entschärfen? – Wenn ich Sie hier gehört habe, gerade Herrn Eisenreich, dann besteht doch überhaupt keine Veranlassung, am Gymnasium etwas zu entschärfen. Dann ist doch alles gut.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie doch einmal Herrn Pschierer, Ihren eigenen Fraktionskollegen. Herr Pschierer redet Ihnen ins Gewissen und sagt: „Wir haben ein Ankündigungsministerium“, und er spricht von „Bulimie-Lehrplänen“. Das sind doch nicht wir, die hier ständig Kritik vortragen!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, ich – –

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Nur noch einen Satz, Herr Präsident. Dann höre ich sofort auf.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nicht sofort, es muss gleich sein.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Nur noch einen Satz, Herr Präsident.

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir das parlamentarische Recht haben, zu kritisieren, was in diesem Land schlecht ist. Das werden auch Sie nicht ändern!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich stelle fest: Sie lesen nicht nur selektiv, Sie hören auch nur selektiv. Entweder Sie haben nicht zugehört oder Sie wollen nicht zuhören. Was wir gesagt haben, sowohl Herr Kollege Eisenreich als auch ich, war kein Schönreden. Wir haben beide gesagt, wir nehmen die Sorgen der Eltern wahr. Wir werben dafür, dass die Schulen in Ruhe und gut arbeiten können. Man darf die Diskussion nicht missbrauchen, um das durchzusetzen, was man eigentlich gern möchte: Das Gymnasium herauskegeln, damit man die Einheitsschule einführen kann. Das ist doch das Thema!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Hier hat doch niemand gesagt, dass Sie das Gymnasium schlechtreden. Herr Kollege Eisenreich und ich haben gesagt: Man muss auf die wahren Hintergründe achten.

Die GRÜNEN sind wenigstens so ehrlich und sagen, dass sie eine zehnjährige gemeinsame Schule wollen. Darauf wollen sie ein dreijähriges Gymnasium setzen. Von der SPD wissen wir noch nicht, was sie genau will. Wollen Sie ein Gymnasium oder wollen Sie es nicht? – Diese Haltung wurde kritisiert, nichts anderes. Von Schlechtrecken war hier nicht die Rede. Dieses Argument wird immer im Hinblick auf die Hauptschule vorgebracht, doch dafür gibt es auch genügend Belege.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Minister. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Dafür trenne ich die Anträge wieder. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/10172 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/10177. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Damit ist das Abstimmungsergebnis das gleiche wie zuvor; der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequente Umsetzung des Schutzes vor den Gefahren des Rauchens (Drs. 15/10173)

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD)
Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens (Gesundheitsschutzgesetz – GSG) (Drs. 15/10180)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass beide Antragsteller, also beide Fraktionen, Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben. Ich sage dies, damit Sie sich bereits jetzt darauf einrichten können. Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zu dem Thema, das bei Ihnen die Hütte brennen lässt und das angeblich an Ihrem Wahldebakel bei der Kommunalwahl schuld ist, nämlich zum Nichtraucherschutz bzw. zum Gesundheitsschutz. Ich frage mich, wie Sie das nur schaffen: Jeden Tag denkt man, dass die CSU ihr Limit an Peinlichkeit,

an Blamage, an Kopfflosigkeit und Chaos erreicht hat. Und dann toppen Sie das am nächsten Tag noch mühelos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie hier liefern, ist wirklich eine satte Leistung. Das Gesundheitsschutzgesetz ist noch nicht einmal 100 Tage alt. 100 Tage gibt man einem Regierungschef, um zu beweisen, dass er seinen Job kann. 100 Tage sind eine Bewährungsfrist. Das Gesetz zum Gesundheitsschutz ist noch nicht einmal 100 Tage alt, da wollen Sie es schon wieder aushebeln. Sie haben sich in den letzten Tagen mit Änderungsforderungen, Ausnahmeregelungen, Übergangsfristen und mit Eingeständnissen von Vollzugsdefiziten, mit Umgehungsvorschlägen und Aushebelungsversuchen überschlagen. Das zeigt, in welchem Chaos Sie stecken, seitdem Sie bei der Kommunalwahl einen Denkkzettel bekommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, gegen Ihr Auftreten und Ihr Erscheinungsbild ist ein Hühnerhaufen eine hoch disziplinierte Versammlung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident, der heute das Fernbleiben vorzieht, hat das spanische Modell für Bayern vorgeschlagen.

(Alexander König (CSU): Der Ministerpräsident war schon da!)

Ich frage mich, was er damit meint. Meint er eine sozialistische Regierung in Bayern? Das wäre auch eine Möglichkeit.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

– Da werden die Genossen wieder wach.

(Franz Maget (SPD): Wir würden euch mitnehmen!)

Der Ministerpräsident meinte natürlich die spanische Regelung des Nichtraucherschutzes. Was bedeutet das in der Realität? Die spanische Regelung bedeutet, dass unter dem Strich nach der Einführung des Rauchverbots in den Kneipen mehr geraucht wird als vorher. Herr Ministerpräsident, wenn Sie das wollen, sagen Sie es klipp und klar. Hören Sie aber bitte mit den Vernebelungsversuchen auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der CSU-Vorsitzende Huber hat am Tag nach der Kommunalwahl gefordert, dass am Rauchverbot etwas geändert werden müsste. Herr Kollege Spitzner, angeblich hat ja die Debatte um das Rauchverbot überhaupt nichts mit

der Kommunalwahl zu tun. Herr Huber hat damit deutlich gemacht, welch großer Provinzstrategie er ist und vor allem, welchen Stellenwert der Gesundheitsschutz bei ihm hat.

Der Fraktionsvorsitzende der CSU, der es heute auch vorzieht, nicht zu erscheinen,

(Franz Maget (SPD): Ein unglaublicher Vorgang!)

hat tagelang bei seinen Fraktionskollegen herumtelefoniert, die sich auf diversen Ausschussreisen befanden, und hat sie auf seine Linie eingeschworen, damit er als Fraktionsvorsitzender nicht beschädigt und nicht zum Sündenbock gemacht wird. Er wollte Konsequenz und Standhaftigkeit beweisen.

Das Chaos treibt täglich neue Blüten. Es werden mal mehr und mal weniger Ausnahmen gefordert. Es wird gefordert, alles so zu lassen oder alles zu ändern. Und es gibt fast jede nur denkbare Position dazwischen. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das ist ein Spiegel für Ihren Zustand. Sie sind dilettantisch, orientierungslos, kopflos und völlig unfähig zum Krisenmanagement.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann Ihr Beschluss von heute. Er ist absolut genial. Das Gesetz gilt, aber es gilt nicht; zumindest nicht in Bierzelten und in Hallen, zumindest nicht in diesem Jahr. Wer weiß, wann es überhaupt gilt. Was ist das? Das ist nicht das Festhalten an einem konsequenten Nichtraucherschutz. Das ist der Anfang vom Ende des Nichtraucherschutzes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert jetzt? Vielleicht haben Sie heute die Äußerung des Präsidenten des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, Herrn Gallus, gelesen. Ich kann ihn gerne zitieren. Meldung von heute: Der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband kritisiert die von der CSU beschlossene Aussetzung des Rauchverbots in Festzelten für dieses Jahr als „Wahnsinn“ und „grobe Wettbewerbsverzerrung“. „Unter unseren Mitgliedern gibt es Riesenunmut“, sagte Verbandspräsident Gallus. „Diese Entscheidung kann ich niemanden erklären. Wir sind jetzt die Dummen“, beklagte der Wirte-Vertreter. „Die Aussetzung bis zum 1. Januar 2009 muss für alle gelten und nicht nur für die Festzelte.“

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und weiter: In Bayern gebe es pro Jahr 65 000 genehmigte Volksfeste. Das sei eine direkte Konkurrenz zu den örtlichen Lokalen, in denen weiterhin nicht geraucht werden darf. Herr Gallus könne seinen Verbandskollegen nur raten, sich jetzt selbst zu helfen und einfach Partyzelte oder Disco-Zelte auf ihrem Gelände aufzubauen. So wird es jetzt weitergehen. Da wünsche ich Ihnen viel Vergnügen!

Sie werden mit einer Flut von Klagen zu rechnen haben, weil jeder, der keine Ausnahmegenehmigung bekommen hat, versuchen wird, diese auf dem Klageweg durchzusetzen. Ich wünsche Ihnen auch dabei viel Vergnügen. Das Schlimmste an dieser Diskussion ist aber, dass Sie damit das Signal geben, es gibt hier zwar ein Gesetz, aber die Leute dürften es ohne weiteres missachten, weil die Durchsetzung dieses Gesetzes die CSU nicht interessiert. Das Nichtraucherschutzgesetz, das Gesundheitsschutzgesetz, ist offenbar das unbeliebteste Gesetz, das Sie hier je verabschiedet haben. Das machen Sie Tag für Tag mit all Ihren vielfältigen Äußerungen deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, das Münchner Kreisverwaltungsreferat habe Ihnen in einem dramatischen Brief Sicherheitsbedenken und Sicherheitsschwierigkeiten genannt, so dass das Gesetz leider nicht umgesetzt werden könnte. Ich finde es gut, wenn Sie derart schnell auf Briefe aus der Landeshauptstadt oder auf Briefe des Herrn Oberbürgermeisters reagieren. Ich werde Herrn Ude sagen, dass er einen Brandbrief an den Herrn Ministerpräsidenten schicken soll, in dem er große Sicherheitsbedenken beim Transrapid nennt. Dann wäre dieses Projekt übermorgen schon beerdigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte es für bodenlos, dass Ihr Fraktionsvorsitzender auf die Frage in der Pressekonferenz, warum er dieser Ausnahme zustimmt, erklärte, dass die Sicherheitsbedenken auf der Wiesn gravierend seien und als Beispiel dafür das Attentat auf der Wiesn aus dem Jahr 1981 genannt hat. Das halte ich für absolut bodenlos und unsäglich. So etwas ist nicht tragbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt, in welcher verheerenden Lage sich Ihr Fraktionsvorsitzender befindet.

Wir haben einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem drei Dinge festgestellt werden:

Erstens. Das Gesetz gilt. Es wird umgesetzt und es wird vollzogen. Es gibt Kontrollen und Verstöße werden geahndet. Meine Damen und Herren von der CSU, das sind Selbstverständlichkeiten in einem Rechtsstaat, die wir Ihnen wieder ins Bewusstsein rufen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Die Rechtsunsicherheit wird durch klare und eindeutige Vollzugshinweise beseitigt. Es gibt keine weiteren Ausnahmeregelungen.

Drittens. Es gibt keinen Anlass und keinen Spielraum für die Vollzugsbehörden, den Vollzug für bestimmte Zeiträume oder Orte auszusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das steht in unserem Antrag. Dieser Antrag bekräftigt das Gesundheitsschutzgesetz, das Sie, die SPD und die GRÜNEN, im Dezember gemeinsam beschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie diesem Gesetz im Dezember 2007 zustimmen konnten, gibt es keinen Grund, unserem Dringlichkeitsantrag im März 2008 nicht zuzustimmen. Wenn Sie heute die erste Ausnahme beschließen, dann werden weitere Ausnahmen folgen. Der Nichtraucherschutz würde damit Zug um Zug eingeäschert. Am Ende wird das Gesundheitsschutzgesetz das Papier nicht mehr wert sein, auf dem es steht. Wenn Sie sich nicht endgültig lächerlich machen und den Gesundheitsschutz nicht vollends in der Pfeife rauchen wollen, dann stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen ist viel von der Glaubwürdigkeit in der Politik geredet worden. Auch hier und heute ist von Mitgliedern der Staatsregierung die Frage der Glaubwürdigkeit aufgeworfen worden. Ich glaube, dass sie das überwältigende Thema für die Diskussion ist, die wir heute führen.

Wir haben in diesem Hause eine lange, sehr ernsthafte und zum Schluss auch erfolgreiche Debatte über den Gesundheitsschutz und für den Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens geführt. Ihr heute durch Abwesenheit glänzender Fraktionsvorsitzender Schmid hat sich dabei als kraftvoller Macher präsentiert und Ihnen einen Kurs aufgedrückt, von dem man nicht so recht wusste, wie lange Sie ihn mittragen würden. Dieses Gefühl hat uns nicht getrogen. Die SPD-Fraktion hat an der einen oder anderen Stelle Bedenken gegen den Gesetzentwurf der Staatsregierung gehabt. Wir hätten es lieber gesehen, wenn Sie unseren Gesetzentwurf unterstützt hätten. Dazu waren Sie aber nicht in der Lage.

Unsere Bedenken waren gegen die geschlossenen Gesellschaften gerichtet. Die Praxis in diesem Land zeigt, dass die Lücken, auf die wir Sie hingewiesen

haben, von findigen Wirten ausgenutzt werden, um das Gesetz zu konterkarieren. Auch das hätte man sich sparen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben aber auch von Anfang an auf die Schwierigkeiten bei den Festzelten hingewiesen. Wir haben erstens darauf hingewiesen, dass die gesundheitspolitische Bedeutung an dieser Stelle eher untergeordnet ist. Wir haben zweitens aber auch darauf hingewiesen, dass das Rauchverbot in Festzelten schwierig zu praktizieren sei, nachdem uns das bereits vom Oberbürgermeister und vom Kreisverwaltungsreferenten der Landeshauptstadt München gesagt worden ist. Der damalige Berichterstatter, Herr Dr. Zimmermann, hat dazu gemeint, ein Wirt, der aus einem ganzen Hendl drei halbe macht, würde auch das schaffen. Recht hat Herr Zimmermann. Das war ein schöner Vergleich, und dieser Vergleich war auch korrekt. Mich wundert es, dass heute wiederum ein Gesundheitspolitiker Ihrer Fraktion und nicht ein Sicherheitspolitiker redet. Jetzt vermitteln Sie nämlich das Gefühl, die Sicherheit des Freistaates könnte gefährdet sein, wenn in diesen Zelten nicht geraucht werden darf.

(Karl Freller (CSU): Fragen Sie doch den Oberbürgermeister von München! – Franz Maget (SPD): Der hat das damals auch schon gesagt! Ihr wolltet aber nicht hören!)

– Nur mit der Ruhe. Die SPD-Fraktion steht zu dem, was wir mit einer übergroßen Mehrheit in diesem Haus beschlossen haben. Dazu stehen wir vor der Wahl und nach der Wahl.

(Beifall bei der SPD)

Darin besteht der entscheidende Unterschied zu Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Sie haben am 2. März ein hundsmiserables Ergebnis eingefahren.

(Karl Freller (CSU): Viereinhalb Prozent haben wir in Schwabach hinzugewonnen!)

– Sie brauchen nicht schon wieder in Wallung zu geraten.

Ihre Ursachenforschung hat ergeben, dass nicht der Transrapid, nicht die eben beim G 8 diskutierten Probleme, nicht Ihre Bildungspolitik generell, nicht das Landeskbankdebakel, über das der Herr Finanzminister sowieso nicht sprechen will, und auch nicht die Unzufriedenheit der Beamten dieses Ergebnis verursacht haben. Meine Redezeit würde nicht reichen, um alles aufzuzählen, was nach Ihrer Meinung auch nicht die Ursache war. Nein, das Rauchverbot war die Ursache. Es ist natürlich auch ganz besonders einfach, das Wahlergebnis auf dieses Thema zurückzuführen, denn dann muss man sich mit den anderen Problemen nicht beschäftigen. Ich sage Ihnen aber, Kolleginnen und Kollegen, genau daran hat dieses Ergebnis nicht gelegen.

Dann begann die Kakophonie aller Würdenträger Ihrer Partei. Jetzt frage ich mich bei diesem Thema schon, warum Sie es seit dem 2. März so hoch hängen. Wo ist der Herr Ministerpräsident, wo ist der Herr Parteivorsitzende, wo ist der ehemals so kraftvolle Fraktionsvorsitzende?

(Beifall bei der SPD – Georg Schmid (CSU): Hier bin ich!)

– Ach, er sitzt ganz hinten. Sie trauen sich gar nicht mehr vor, Herr Schmid.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Herr Ministerpräsident war sowieso von jeher gegen das Rauchverbot. Das hat man schon immer gemerkt. Er mutiert jetzt mehr und mehr vom wackeren zum wackelnden Franken. Der Herr Parteivorsitzende Huber versucht vom eben schon erwähnten Landesbankdebakel abzulenken. Der Herr Fraktionsvorsitzende Schmid gab sich zumindest am 8. März in der „Allgäu Rundschau“ noch kämpferisch. Dort heißt es: „Kein Herumeiern beim Rauchverbot.“ Ich zitiere:

Es sei fatal, so Schmid, Vertrauen zu enttäuschen und Entscheidungen zu revidieren, nur weil man das Gefühl habe, es könnte irgendwann ein viertel Prozent mehr bringen. 90 % der Menschen würden dann doch sagen, der ist umgefallen, der hat keine Führungsqualität.

(Beifall bei der SPD)

Recht haben Sie, Herr Schmid. Ganz genauso denken die Leute. So denken die Leute aber nicht nur, sondern ganz genauso ist es.

Das Herumeiern ist jetzt aber doch nicht so schlimm, denn es sind nur mehr zwei Wochen bis Ostern. Deswegen machen Sie das, was Sie heute in Ihrer Pressekonferenz angekündigt haben.

Der zuständige Minister erklärt fünf Tage vor der Wahl im Landesgesundheitsrat, das Gesetz sei gut, alles sei gut, und selbst das Problem mit den geschlossenen Gesellschaften werde sich im Sinne eines umfassenden Schutzes der Bevölkerung vor den Gefahren des Passivrauchens lösen lassen. Jetzt beschäftigt sich Herr Bernhard mit den wirklich entscheidenden Dingen, nämlich mit der Frage, wie viele Palmkätzchen die Menschen in den Osterstrauch stecken dürfen und wie viele für die Bienen am Strauch bleiben müssen. Mit diesen Themen beschäftigen Sie sich. Darüber lacht sich doch das ganze Land kaputt, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Ihnen eigenen Weitblick haben Sie am 3. März festgestellt: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Eine riesen-große Überraschung ist es auch, dass der 28. September, der Sonntag der Landtags- und Bezirkstagswahl, mitten im Oktoberfest liegt. Diese Überraschung rührt

daher, dass der Parteivorsitzende aus Niederbayern, der Fraktionsvorsitzende aus Schwaben und der Ministerpräsident aus Franken kommt. Ich hätte Ihnen aber gleich sagen können, dass das Oktoberfest am ersten Sonntag im Oktober endet, wenn nicht der 3. Oktober auf einen Montag oder Dienstag fällt.

Das haben Sie festgestellt. Die Debatte geht aber weiter bis zum bisherigen Höhepunkt der Narrenposse, nämlich bis zu Ihrer heutigen Pressekonferenz. Die ganze Führungsriege, die hier durch Abwesenheit glänzt, ist dazu erschienen und hat erklärt, warum man jetzt das machen müsse, was ich verkürzt die „Lex 28.09.2008“ nenne: Für dieses Jahr müsse man das Rauchverbot in Festzelten aus Sicherheitsgründen aussetzen. Damit machen Sie sich vor dem ganzen Land komplett lächerlich.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der Mehrheitsfraktion, auch an dieser Stelle fehlt Ihnen der Weitblick. Das reicht nicht. Nächstes Jahr gibt es die nächsten Wahlen. Deswegen schlage ich Ihnen vor, in das Gesetz einfach hineinzuschreiben: Die Geltung dieses Gesetzes in Bier- und Weinzelten wird generell sechs Wochen vor bis drei Tage nach den Wahlen ausgesetzt. Dann sind Sie auf der sicheren Seite. Dann haben Sie das Problem generell gelöst.

(Beifall bei der SPD)

Eine seriöse Politik sieht anders aus. Die Verzweiflung der CSU-Fraktion ist jetzt auf dem Höhepunkt angekommen, nachdem Sie auf Ihrer Pressekonferenz als Kronzeugen auch noch den Münchner Oberbürgermeister, den Münchner Kreisverwaltungsreferenten, Herrn Maget und mich haben nennen müssen. Ich kann Ihnen sagen, weder der Oberbürgermeister noch der Kreisverwaltungsreferent haben vor Verabschiedung dieses Gesetzes etwas anderes gesagt als jetzt.

(Georg Schmid (CSU): Nichts haben Sie gesagt!)

Sie haben gesagt, es geht so, und deshalb nehmen wir Sie jetzt beim Wort.

Kolleginnen und Kollegen, die Mehrheitsfraktion hat nicht nur mit diesem Thema sehr eindrucksvoll gezeigt, dass Sie dieses schöne Land Bayern tatsächlich nicht führen kann. Das, was Sie hier zu tun versuchen, ist unredlich. Es ist eine Narrenposse, aber keine ernsthafte Politik.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, kein Gesetz ist perfekt. Kein Gesetz ist für die Ewigkeit. Jedes Gesetz bedarf der regelmäßigen Überprüfung und, wenn nötig, auch der Verbesserung. Beim Bayerischen Kinderbildungs-

und -betreuungsgesetz fordern wir das vergeblich in regelmäßigen Abständen seit zwei Jahren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Auch heute wieder!)

Frau Kollegin Schorer hat heute zum Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum gesagt: Ein Gesetz, das seit vier Monaten in Kraft ist, dürfe jetzt nicht schon wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Das Gesundheitsschutzgesetz ist seit 1. Januar in Kraft. De facto ist es aber erst seit drei Wochen in Kraft, weil die ersten sechs Wochen die Übergangsphase waren. Nach drei Wochen soll das Gesetz, bei dem Sie sich vor Weihnachten noch so sicher waren, überstürzt geändert werden, weil Sie damit von Ihrem Versagen in anderen Bereichen der Politik ablenken wollen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben sich damit von der gemeinsamen Linie dieses Hauses entfernt. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Georg Schmid (CSU): Das haben Sie verursacht!)

– Was haben wir verursacht? Das Chaos, das Sie in der Bevölkerung anrichten, haben Sie verursacht. Dieses Chaos wird dazu führen, dass die Diskussion an hundert anderen Stellen auch wieder anfängt, sodass Sie in das Thema Rauchverbot nicht die Ruhe bringen können, die in den anderen Ländern, in denen es Rauchverbote gibt, nach kurzer Zeit wieder eingekehrt ist. Das haben Sie verursacht.

(Karl Freller (CSU): Der Ude will das doch!)

– Herr Freller, hören Sie doch auf. Sie glauben doch selber nicht das, was Sie hier erzählen.

Wir bitten Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, der besagt, dass es derzeit keinerlei gesundheitspolitische Rechtfertigung für eine Gesetzesänderung oder eine befristete Vollzugsänderung lediglich im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl gibt. Mit diesem Gesetzentwurf fordern wir die Staatsregierung auch auf, ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes, also zum 1. Januar 2009, einen Bericht darüber abzugeben, wie dieses Gesetz vollzogen wird. Erst dann sollten bei den geschlossenen Gesellschaften oder bei anderen Themen, bei denen es Probleme gibt, Veränderungen vorgenommen werden.

Das ist ein ernsthafter Umgang mit dem Thema. Den erwarten wir von Ihnen, und darum bitten wir um Zustimmung. Wir werden darüber namentlich abstimmen lassen.

Der Antrag der GRÜNEN ist erstens schwer verständlich geschrieben, jedenfalls für Nichtjuristen, aber nachdem die Juristen meiner Fraktion nicken, gilt das offenbar auch für diese. Der Antrag ist zweitens in vie-

len Bereichen überflüssig, weil wir keine Vollzugsdefizite haben. Wir haben ein politisches Defizit bei der Mehrheitsfraktion. Wir werden uns bei der Abstimmung über diesen Antrag der Stimme enthalten. Ich bitte noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Der Gesundheitsschutz ist ein wichtiges Thema und darum ist der Fraktionsvorsitzende gern bereit, dazu etwas zu sagen. Am 12. Dezember des vergangenen Jahres haben wir das Nichtraucherschutzgesetz – oder besser: das Gesundheitsschutzgesetz – hier im Hohen Hause unter Zustimmung aller Fraktionen verabschiedet. Sie auf dieser Seite haben nicht daran geglaubt, dass die CSU in der Lage ist, ein so umfassendes Gesundheitsschutzgesetz zu schaffen, wie es in ganz Deutschland kein zweites gibt.

(Lachen bei der SPD)

Das war das Problem. Sie haben uns unterschätzt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die CSU ist für Überraschungen immer gut. Jetzt gibt es ein solches Gesetz, und jetzt haben wir die Situation, dass die Wiesnwirte und vor allem der Herr Oberbürgermeister und der Kollege Dr. Blume-Beyerle Bedenken haben.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Der Kollege Dr. Blume-Beyerle sitzt in seinem Büro und lässt den Dezember vergehen, den Januar vergehen, den Februar vergehen und schreibt am 10. März dieses Jahres einen Brief, in dem er sagt, dass die Landeshauptstadt München das Gesetz nicht vollziehen könne. Ich frage: Wo war denn Herr Dr. Blume-Beyerle die letzten zwei Monate? Was hat er denn gemacht?

(Beifall bei der CSU)

Wo war er denn?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Franz Maget (SPD): Haben wir Ihnen alles gesagt! Aus einem Gockerl kann man drei halbe Hendl machen!)

– Entschuldigung, wenn hier jemand versagt hat, dann war es doch die Kreisverwaltung, die seit drei Monaten Bescheid gewusst hat und nichts getan hat.

(Lachen bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Sonnenholzner?

Georg Schmid (CSU): Klar, selbstverständlich.

Kathrin Sonnenholzner (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Schmid, wo waren denn Sie, als wir hier im Plenum und in Ausschussberatungen genau das Thema der Festzelte diskutiert haben? Wo waren Sie denn da?

Georg Schmid (CSU): Liebe Frau Kollegin Sonnenholzner, ich war bei allen Plenarberatungen anwesend. Ich muss nicht im Ausschuss sein, um Ihren Ausführungen zu folgen; denn diese Dinge kann man nachlesen. Da muss ich nicht hingehen.

Fakt ist, dass wir am 10. März ein Schreiben von Herrn Dr. Blume-Beyerle bekommen haben, in dem er mitteilt, dass er Sicherheitsbedenken hat, die er vorher nicht schriftlich formuliert hat. Sie dagegen wollen doch bloß einen Zusammenhang mit der Kommunalwahl herstellen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Einladung zum Sicherheitsgespräch für das Oktoberfest war übrigens schon vor der Kommunalwahl ergangen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Stahl?

Georg Schmid (CSU): Ja, klar.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ja.

(Unruhe)

Ich bitte um Aufmerksamkeit für eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, wer ist Ihrer Meinung nach schuld daran, dass in Nürnberg auf dem Frühlingsfest und auf dem Herbstvolksfest unter Umständen geraucht werden darf, nachdem zu dem Zeitpunkt, als Sie das alles beschlossen haben, die CSU immer noch stärkste Fraktion war?

(Christa Naaß (SPD): Jetzt wird es schwierig!)

Georg Schmid (CSU): Frau Kollegin Stahl, ob geraucht oder nicht geraucht wird, hängt nicht davon ab, wer in welcher Stadt regiert.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Zum Beispiel in Würzburg!)

– Entschuldigung, in Würzburg hat es doch funktioniert – das ist gut so –, in Augsburg auch. Aber es hat nicht funktioniert oder soll nicht funktionieren, wie wir hören, in München. Überall auf der Welt funktioniert es, nicht aber in München.

(Unruhe)

– Ich habe schon noch Zeit, das ist kein Problem.

Es funktioniert nicht in München. Von der Kreisverwaltung ist dargelegt worden, dass es in diesem Jahr nicht läuft. Ich stelle jetzt die bescheidene Frage: Hätte man dann sagen sollen, wir machen das Rauchverbot trotzdem auf dem Oktoberfest? Wenn hier jemand auf der Seite der Opposition sitzt und die Meinung vertritt, dass nach den Darstellungen des Kreisverwaltungsreferenten, der Polizei und der Feuerwehr, wonach das Rauchverbot auf dem Oktoberfest nicht umgesetzt werden kann, trotzdem das Rauchverbot umgesetzt und das Risiko von Sicherheitsgefährdungen eingegangen werden soll, soll er heraustreten und das den Leuten sagen.

(Beifall bei der CSU)

Es steht doch fest, dass niemand die Verantwortung übernehmen kann, dass nicht doch etwas passiert.

(Franz Maget (SPD): Sie haben das doch beiseite gewischt; Sie haben den Herrn Ude beschimpft!)

– Herr Kollege Maget, Sie sagen doch nicht die Wahrheit. Die Realität ist doch gewesen, dass Herr Dr. Blume-Beyerle sagt, in einem halben oder einem Dreivierteljahr kann man das nicht machen, aber er hätte es machen können, wenn er gleich damit begonnen hätte. In München wurde nämlich zunächst nichts gemacht, und darin liegt die Problematik. So ist das.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die moderne Methode: Zunächst nichts machen, sich nicht um das Problem kümmern, nur kritisieren, und dann, wenn es soweit ist, sagen, jetzt schaffen wir es nicht. – So einfach darf man sich das Thema nicht machen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Zu welchem Zweck waren denn Sie Innenminister?)

– Zuständig für den Vollzug dieses Gesetzes, das im Hohen Hause von allen Fraktionen beschlossen worden ist, ist nicht der Innenminister. Zuständig ist das

Kreisverwaltungsreferat, das an dieser Stelle versagt hat. So einfach ist das.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Maget, ich weiß, dass Sie sich gern mit dem Oberbürgermeister ablichten lassen, aber über das Thema können wir gern diskutieren. Das Kreisverwaltungsreferat war im Dezember, im Januar und im Februar nicht in der Lage, diese Sache zu regeln. Es hat erst eines Gespräches mit dem Innenminister, mit dem Umweltminister und mit dem Oberbürgermeister bedurft, bis klar geworden ist, jetzt geht es nicht, und vor allem: Jetzt schaffen wir es auch nicht mehr. So einfach kann man es sich nicht machen, die Verantwortung abzuschieben und selbst nichts zustande zu bringen. Das ist doch das Allerschärfste.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, ich lese Ihnen schnell die Presseberichte vor:

Auch die Landtags-SPD liebäugelt mit einer Lockerung des Rauchverbots. Fraktionschef Franz Maget verwies am Dienstag darauf, dass die SPD in ihrem ursprünglichen Entwurf für das Nichtraucherschutzgesetz Bierzelte vom Rauchverbot ausnehmen wollte.

– Wer jetzt über Nürnberg und Würzburg redet und das vorher ausnehmen wollte, lügt doch die Menschen an. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so einfach kann man es sich nicht machen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Georg Schmid (CSU): Immer. Kollege Wörner darf immer fragen.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Schmid, können Sie mir sagen, wer gegenüber dem Kreisverwaltungsreferenten in München weisungsbefugt ist und ob derjenige nicht zufällig aus der Staatskanzlei stammt?

Georg Schmid (CSU): Weisungsbefugt ist zunächst einmal der Oberbürgermeister gegenüber seiner Verwaltung. Wenn hier der Oberbürgermeister zusammen mit seiner Kreisverwaltung versagt hat, dann soll man das auch sagen.

Ludwig Wörner (SPD): Das ist falsch. Zuständig ist die Regierung von Oberbayern.

Georg Schmid (CSU): Herr Wörner, Sie stellen Ihrer Kreisverwaltung aber ein starkes Zeugnis aus. Kann die nicht handeln und arbeiten ohne Weisungen der Regierung oder sonstiger staatlicher Behörden? Ich erwarte

von einer Verwaltung, dass sie ein solches Problem selber löst. Liebe Freunde, darum geht es doch.

(Beifall bei der CSU)

Diese Frage des Kollegen Wörner nach der Aufsichtsbehörde ist ein echter Treppenwitz. Ich stelle zunächst die ganz bescheidene Frage

(Franz Maget (SPD): Wer ist der Gesetzgeber?)

an das Parlament: Wer war denn nicht in der Lage, für die Sicherheit zu sorgen und die notwendigen Maßnahmen für das Oktoberfest 2008 einzuleiten? – Ich gebe gleich die Antwort: Die Kreisverwaltungsbehörde mit Dr. Blume-Beyerle und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München waren schuld und tragen die Verantwortung dafür.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Die Regierung von Oberbayern ist dafür nicht zuständig, um das klar zu sagen.

(Unruhe – Hans Rambold (CSU): Es ist etwas laut hier! – Glocke des Präsidenten – Franz Maget (SPD): Sag' es halt noch fünfmal!)

Ich weiß, dass Sie eigentlich auch der Meinung sind, dass das Ergebnis, das wir heute gefunden haben, richtig ist,

(Lachen bei der SPD)

nämlich zu sagen: Wenn keine Sicherheit hergestellt werden kann, müssen wir in dieser Situation diese Entscheidung miteinander treffen.

Kollege Spaenle hat heute aus der Erfahrung des damaligen Anschlags heraus geschildert, wie sich eine solche Situation darstellen kann, wenn es zu einer – –

(Franz Maget (SPD): Ich hab' das damals auch gesagt!)

– Ich habe Kollegin Sonnenholzner ruhig zugehört, Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben hier eine furchtbare Debattenkultur.

(Unruhe – Eduard Nöth (CSU): Herr Präsident, mal ein wenig einschreiten! – Glocke des Präsidenten – Klaus Dieter Breitschwert (CSU): Die Glocke klemmt!)

Hier geht es auch darum, dass man zumindest die Argumente des anderen anhört. Dann können wir gerne darüber diskutieren.

Ich sage Folgendes:

(Anhaltende Unruhe)

Wir haben auch nach den heutigen Beschlüssen – ob es Ihnen nun gefällt oder nicht – eine unveränderte Regelung. Der Inhalt des Gesundheitsschutzgesetzes ist nicht verändert worden; wir müssen für den Vollzug bezüglich des Oktoberfestes und um die Gleichbehandlung mit anderen Festen zu erhalten heute diese Entscheidung treffen, weil ihr in der Landeshauptstadt München nicht in der Lage gewesen seid, das Problem zu lösen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Gehen wir doch einmal die Artikel des Gesundheitsschutzgesetzes durch.

(Zurufe von der SPD)

– Sie haben daran doch gar nichts gemacht. – Entschuldigung. – Ich kann es Ihnen gerne erklären. Sie haben an dem Gesetz gar nichts gemacht. Sie haben nur schlaugeredet, und wir haben es gemacht. Damit das klar ist: Das Gesundheitsschutzgesetz ist von uns gemacht worden, nicht von der Opposition. Ihr habt, Gott sei Dank, zugestimmt, und das war eine kluge Entscheidung, weil wir kluge Gesetze machen.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Unruhe)

Das Gesundheitsschutzgesetz ist inhaltlich nicht verändert worden. Die Botschaft an die Menschen lautet:

(Karl Freller (CSU): Das ist richtig, das muss man sagen!)

Der Gesundheitsschutz hat absoluten Vorrang.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wir haben verstanden! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bloß nicht immer! – Heiterkeit bei der SPD – Dr. Thomas Beyer (SPD): Wenn es gilt! – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE) – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, doch jetzt etwas Zurückhaltung zu üben; es ist schon genug Rauch im Raum.

Georg Schmid (CSU): – Manche wollen es eben nicht verstehen. Bitte kein Neid auf das gute Gesetz.

Ich sage noch einmal, die Botschaft an die Menschen draußen ist doch folgende: Der umfassende Gesundheitsschutz gilt auch weiterhin. Die Menschen können sich nämlich darauf verlassen: Das Gesetz, das die CSU konzipiert und im Dezember beschlossen hat und dem die Opposition, weil es so gut war, zugestimmt hat und zustimmen musste, hat weiterhin Bestand. Was für die Gaststätten festgelegt wurde, bleibt; was inhaltlich für die Zelte festgelegt wurde, bleibt.

Wir haben das Gesetz aus dem Sicherheitsaspekt heraus verändert, befristet bis zum Ende dieses Jahres. Es war eine richtige Entscheidung, das Gesundheitsschutzgesetz so zu verändern, weil hier im Hohen Haus weder die Opposition noch die CSU-Fraktion –

(Zuruf von der SPD: Blume-Beyerle!)

– Blume-Beyerle hat versagt, von dem solltet ihr nicht so viel reden – die Verantwortung übernehmen will, dass wir das Gesetz schon 2008 vollziehen und es dann zu nicht akzeptablen Vorfällen kommt. Herr Blume-Beyerle wäre der erste,

(Lachen bei der SPD)

der sich darauf beziehen und sagen würde, das Problem ist nicht gelöst worden und deswegen ist Folgendes passiert, weil ihr nicht in der Lage gewesen seid, das Gesetz auszusetzen.

(Zurufe von der SPD: Wie heißt der? – Blume-Beyerle!)

– Blume-Beyerle verdient diese Bekanntheit überhaupt nicht. Deswegen sage ich Ihnen, dass diese Entscheidung, die wir sehr wohl überlegt haben – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Joachim Wahnschaffe (SPD): Ist das Blume-Beyerle gewesen? – Engelbert Kupka (CSU): Dann übernehmt ihr die Verantwortung!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Fraktionsvorsitzende hat das Wort.

(Engelbert Kupka (CSU): Das ist Scheinheiligkeit erster Ordnung! – Anhaltende Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle können sich zu Wort melden, aber jetzt hat Kollege Schmid das Wort.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD): – Gegenrufe des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU))

– Herr Kupka, Herr Beyer, bitte.

Georg Schmid (CSU): – Sie nehmen die Diskussion nicht ernst, Herr Kollege Dr. Beyer. Sie sollten ein bisschen aufpassen und zuhören, das wäre vielleicht klüger. Ich habe gedacht, dass im Parlament die Argumente ausgetauscht werden können, aber das scheint nicht immer möglich zu sein.

Das Gesetz, das am 12.12. im Hohen Haus beschlossen wurde, hat Bestand; dieses Gesetz bleibt bestehen. Es gilt weiterhin uneingeschränkt für die Gaststätten. Ich wiederhole: Es gilt uneingeschränkt auch für die Bierzelte. Wir haben daran nichts geändert. Wir haben nur das Inkrafttreten verändern müssen, weil an dieser Stelle kei-

ner die Verantwortung für die Sicherheitsprobleme übernehmen wollte, die von der Landeshauptstadt München befürchtet und von der Polizei und der Feuerwehr bestätigt wurden. Deswegen haben wir diese Entscheidung getroffen.

Ich bin mit der CSU-Fraktion der Meinung, dass dies die einzig vernünftige Entscheidung gewesen ist. Jede andere Entscheidung – dazu stehen wir – wäre fehlerhaft und unverantwortlich gewesen. Ich bitte die Opposition, das zu beachten. Das war eine Entscheidung, die zu Recht so getroffen wurde, weil die Sicherheit der Menschen absoluten Vorrang haben muss. Wer sich diese Entscheidung vernünftig anschaut, wird sagen: Unter den gegebenen Umständen und aufgrund der gegebenen Situation, dass wir jetzt Mitte März haben und bestätigt wird, wir können es bis Ende September nicht mehr schaffen, mussten wir dieses Gesetz, soweit es um die Bierzelte geht, aussetzen, und zwar nicht nur für das Oktoberfest, sondern generell für Festzelte, um keine Ungleichbehandlung zu haben. Das war eine gute und vernünftige Entscheidung. Wenn man sie nicht unter parteipolitischen Aspekten betrachtet, kann jeder dieser Entscheidung, wie sie getroffen wird, seine Zustimmung geben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Memmel, München.

Hermann Memmel (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich gleich für meine folgende themafremde Feststellung entschuldigen und mich ausdrücklich beim Fraktionsvorsitzenden der CSU bedanken: Er hat uns heute nämlich viel Stoff für unser Kabarett „Hohn & Spott“ geliefert.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben in besonderer Weise München und den Kreisverwaltungsreferenten angesprochen. Ich muss hier meine Kollegen von der CSU aus München rügen: Sie waren im Wahlkampf kaum zu sehen, und offensichtlich hat auch ihre Informationspolitik nicht gestimmt; denn sonst wären sie verpflichtet gewesen, dem CSU-Fraktionsvorsitzenden mitzuteilen, dass das Kreisverwaltungsreferat bereits im November eine Vorlage in den Münchner Stadtrat eingebracht hat, dass das Gesetz so nicht vollzogen werden kann.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aha, Herr Schmid! – Georg Schmid (CSU): Jetzt geht es! In einem halben Jahr schafft ihr das! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Stadtrat hat das mit den Stimmen der CSU beschlossen. Sie hätten auch darauf hinweisen können, dass ihr OB-Kandidat in einer Presseerklärung das Kreisverwaltungsreferat ausdrücklich aufgefordert hat, das Gesetz nicht so streng anzuwenden.

Das war alles in den Zeitungen zu lesen. Aber das verschwindet bei Ihnen vielleicht genauso wie die berühmten drei Hendln des Kollegen Zimmermann, die ich leider im Landtagsprotokoll nicht mehr finde.

(Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Drei halbe!)

Die haben Sie beschämt streichen lassen. Dazu muss ich sagen, dass Sie hinsichtlich des Oktoberfestes ohnehin völlig falsch liegen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kupka?

Hermann Memmel (SPD): Nein, die gestatte ich nicht. Das geht von meiner Zeit ab. Mir wurden von Ihnen schon ein paar Minuten gestohlen, weil die Uhr beim Kollegen Schmid nicht eingeschaltet war.

Die Geister, die Sie riefen, werden Sie nicht mehr los. Noch in der Nacht nach der Wahl und am nächsten Tag haben sich der Ministerpräsident und natürlich auch Ihr Parteivorsitzender, Herr Finanzminister Huber, geäußert. Sie haben nämlich feststellen müssen, dass Sie Veranstalter, Wirte und Schaustellerverbände, Initiativen, Behörden, Politiker und Stammtische aufgrund Ihrer Entscheidung und Auslegung in besonderer Weise angeklagt haben. 70 Prozent der Menschen in Bayern sind für Nichtraucherschutz, aber wir wissen auch: 70 Prozent wollen den Vollzug nicht so haben, wie er jetzt beschlossen worden ist. Denn insbesondere auf den Volksfesten ist das ein großes Problem.

(Zuruf von der CSU: Was jetzt? Das ist ein Widerspruch!)

– Warten Sie bitte. – Die Volksfeste heißen nicht ohne Grund so, und das gilt insbesondere auch für das Münchner Oktoberfest. Dieses ist eine international einmalige Veranstaltung. Auf der ganzen Welt finden Sie keine zweite. Dort findet sich die Zuspitzung vieler Probleme, die bei großen Massenveranstaltungen entstehen.

(Engelbert Kupka (CSU): Was ist jetzt Kabarett? – Georg Schmid (CSU): Wollt ihr eine Extrawurst oder was?)

Sie werden auch auf dem Münchner Oktoberfest ganz besondere Anforderungen finden. Diese sind Ihnen in mehreren Fernsehdiskussionen, an denen Sie, Herr Kollege Schmid, beteiligt waren, erklärt worden, in mehreren Gesprächen, an denen auch der Ministerpräsident teilgenommen hat, ist erklärt worden, was im Einzelnen stattfinden kann und wo die Schwierigkeiten kaum zu lösen sind.

(Engelbert Kupka (CSU): Was ist jetzt die Aussage?)

Nun können Sie sagen, für Sie sei alles völlig neu.

(Georg Schmid (CSU): Wer hat denn die Pläne, die vorgelegt worden sind, abgelehnt?)

– Herr Kollege Schmid, ich darf Ihnen Folgendes sagen. Am 23. Oktober habe ich mich für die SPD-Fraktion zum Thema Oktoberfest und Volksfeste geäußert. Dann haben Sie gesagt – schauen Sie im Protokoll nach –: Der Kollege Memmel hat in seinem Wortbeitrag an uns appelliert, Lösungen, Konzepte und Regelungen zu schaffen, die tragfähig sind und die wir nicht verändern müssen. Weiter haben Sie gesagt: Zuerst müssen wir denken, dann diskutieren und dann entscheiden, nicht umgekehrt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Jetzt frage ich mich, was los ist. Nochmals: Zuerst müssen wir denken, dann diskutieren, dann entscheiden.

(Georg Schmid (CSU): Wo sind denn die Konzepte gewesen?)

Und weiter sagten Sie: Deshalb müssen wir jetzt die Argumente austauschen. Wir tun dies, und wir werden den Terminplan einhalten.

Dann sagten Sie auch noch: Über die Haltung der CSU werden Sie sich wundern. Sie wird dem Anliegen, Nichtraucher zu schützen, Rechnung tragen, aber dennoch praktikable und vernünftige Lösungen anbieten. Sie haben aber innerhalb dieses Gesetzes überhaupt nicht differenziert, Sie haben auch keine Lösungen angeboten.

Am 12. Dezember habe ich dann erstens auf den Diskussionsbeitrag vom 23. Oktober hingewiesen, was wir hinsichtlich der Festzelte und des Münchner Oktoberfestes erklärt haben. Das ist ausdrücklich nochmals gesagt worden. Kollege Zimmermann hat dann ausgeführt, das Rauchverbot in den Festzelten sei leicht zu machen. Wenn ein Wirt aus einem ganzen Hendl drei halbe machen könne, dann schaffe er das auch. Aber so locker kann man das nicht herüberbringen. Wir haben damals darauf hingewiesen, Sie sind unseren Argumenten nicht gefolgt.

(Georg Schmid (CSU): Aber jetzt sagt er, er schafft es ganz locker!)

Zweitens habe ich damals gesagt, der Volksfestfrieden sei aufs Äußerste gefährdet. Das wird auch so sein. Drittens habe ich gesagt, dass das Gesetz nicht praktikabel ist. Viertens. Weil Sie jetzt den Kreisverwaltungsreferenten beschuldigen: Schauen Sie im Protokoll vom 12. Dezember nach. Darin steht meine Aussage:

In unserem Abstimmungsverhalten sehen wir uns durch die Aussagen der Kreisverwaltungsbehörde der größten Kommune Deutschlands – natürlich auch Bayerns –, der Landeshauptstadt

München, bestärkt. Wir hoffen, dass die geäußerten Befürchtungen nicht eintreten.

Das steht dort. Das heißt, wir haben diese Befürchtungen durchaus transportiert. Wir haben es Ihnen gesagt.

(Engelbert Kupka (CSU): Wer ist denn dafür zuständig?)

Außerdem war ich der Meinung und habe das geäußert, Sie hätten mit Ihrer Zweidrittelmehrheit auch ein Gesetz nach dem Motto gießen können: Leben und Leben lassen, in Bayern auch mit einem differenzierten Gesundheitsschutzgesetz.

Nun befinden wir uns in der Situation, dass heute ein Antrag von uns vorliegt, und von Ihnen gibt es gar keinen Antrag. Das verwundert mich ganz besonders, nachdem jeden Tag über den Ticker gegangen ist, was die Staatsregierung erwägt, wie weit sie vielleicht geht, was die CSU jetzt macht, ob sich der CSU-Fraktionsvorsitzende durchsetzt, ob sich der Ministerpräsident durchsetzt. Zerreißprobe in der CSU. Jetzt ist es offenbar wie beim Ladenschlussgesetz. Sie haben wohl eine Pattsituation; denn von Ihnen liegt heute nichts auf dem Tisch.

(Beifall bei der SPD – Georg Schmid (CSU): Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen! Wir haben eine klare Entscheidung! Das hätten Sie gern gehabt! Wir haben das heute beschlossen! – Gegenruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD): Wo ist es denn? – Georg Schmid (CSU): Das brauchen wir nicht. Wir haben es beschlossen! Wir haben ein Gesetz!)

Ich hätte erwartet, dass Sie heute sagen: Die CSU-Fraktion unterstützt die Staatsregierung in ihrem Bemühen, das Gesetz in dem und dem Punkt zu ändern und auszusetzen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, ich bitte einen Blick auf die Redezeit zu werfen.

Hermann Memmel (SPD): Ich möchte nur sagen: Beim Kollegen Schmid war die Uhr sechs Minuten lang nicht eingeschaltet. – Ja, Sie war bei Ihnen hundertprozentig nicht eingeschaltet.

(Georg Schmid (CSU): Sie haben jetzt zwei Minuten überzogen!! Schluss! – Gegenruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD) – Weitere Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Halt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Hermann Memmel (SPD): Lassen Sie mir – –)

– Einen Augenblick. Sie haben das zu Recht erklärt, Kollege Memmel. Es hat bei Ihnen, Herr Kollege Schmid, als Sie geredet haben, hier einen elektrischen Ausfall gegeben, der dazu geführt hat, dass fünf Minuten Ihrer

Redezeit nicht gezählt wurden. Aber Ihre Rede wurde aufgezeichnet, nur dass Sie beruhigt sind.

(Hermann Memmel (SPD): Wenn es einmal schief geht, dann kommt man mit einem Stromausfall.)

Deswegen gebe ich dem Kollegen Memmel jetzt noch eine Minute. – Herr Kollege Memmel, noch eine Minute.

Hermann Memmel (SPD): Noch einen Satz. Herr Dr. Blume-Beyerle hat mir in einem Gespräch vor zwei Stunden gesagt, dass die Landeshauptstadt München selbstverständlich bemüht ist, Konzepte zu finden, das Gesetz umzusetzen – anders kann er auch gar nicht; er ist ein guter Beamter –,

(Georg Schmid (CSU): Nächstes Jahr schafft er es ja!)

dass er aber nach wie vor ganz erhebliche Zweifel hat. Ich sage Ihnen eines – deswegen ist in unserem Antrag die Forderung enthalten, das Gesetz nach einem Jahr auf den Prüfstand zu stellen –: Sie werden dieses Gesetz im nächsten Jahr erneut nachbessern müssen.

(Georg Schmid (CSU): Er schafft es ja!)

Sie werden hinsichtlich des Oktoberfests Ausnahmen zulassen müssen, und ich schließe nicht aus, dass das auch anderswo der Fall sein wird. Wir, die SPD, haben jedenfalls unsere Position hinsichtlich der Volksfeste und hinsichtlich des Oktoberfests klargemacht. Sie haben das ignoriert, Sie sind darüber hinweggegangen und jetzt wollen Sie es nicht mehr wahrhaben.

Ich bitte Sie, in Zukunft besser aufzupassen, wenn von der SPD konstruktive Vorschläge unterbreitet werden.

(Starker Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Ich erteile jetzt das Wort Herrn Minister Dr. Bernhard.

(Zurufe von der SPD: Der Minister für Eichkätzchen und Bierdeckel! – Der Minister für Bienenschwärme!)

Staatsminister Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin für den Naturschutz, aber auch für dieses Gesetz zuständig. Ich habe eine breite Zuständigkeit.

Frau Kollegin Sonnenholzner, wenn es Kakophonie gibt, so ist sie von der SPD Deutschlands inszeniert, die inzwischen noch 23 Prozent hat. Aber das stört Sie wahrscheinlich nicht, weil Sie hier nur 19 Prozent haben.

(Oh! Bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Mei o mei! Wenn Ihnen nichts mehr einfällt!)

– So ist es. Es ist wenig glaubwürdig, wenn die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Frau Bätzing, die Ihrer Partei angehört, unser Gesetz kritisiert und in Rheinland-Pfalz, woher sie kommt, ist in den Zelten „Paffen unlimited“ erlaubt. Das ist die Glaubwürdigkeit, die Sie in diesen Fragen haben.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Bätzing hat Ihr Gesetz ja begrüßt! – Johanna Werner-Muggendorfer SPD: Das werden wir genauso kritisieren!)

Wir haben, auch wenn Sie das anzweifeln, einen ganz klaren Vorschlag gemacht, wie wir mit den Sicherheitsproblemen umgehen wollen. Der Nichtraucherschutz bleibt völlig unangetastet. Mit keinem Jota wird der Nichtraucherschutz in Bayern eingeschränkt. Sie sollten nicht immer das Gegenteil behaupten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wieso? Der Vollzug wird doch ausgesetzt!)

Wir haben Sicherheitsprobleme. Wir haben uns mit diesen Sicherheitsproblemen auseinandergesetzt, und zwar nicht erst nach der Kommunalwahl, auch wenn Sie das nicht glauben wollen. Ich habe die Wiesnwirte eingeladen, als klar war, dass – was im Gesetzgesetzentwurf der Staatsregierung zunächst nicht enthalten war – das Rauchverbot auch für die Zelte gelten sollte. Damals haben sie all die Schwierigkeiten geltend gemacht, die uns jetzt auch die Landeshauptstadt München nahegebracht hat.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Dann haben Sie es doch gewusst! – Weitere Zurufe von der SPD)

In einem Punkt sind wir uns doch einig – das haben Sie doch hier auch gesagt –: Die Durchsetzung des Nichtraucherschutzes wird in diesem Jahr auf der Wiesn Schwierigkeiten bereiten. Das haben Sie alle selber gesagt. Dann sollten wir uns doch damit auseinandersetzen, wie wir zum jetzigen Zeitpunkt mit diesen Schwierigkeiten umgehen.

(Franz Maget (SPD): Bevor man das Gesetz macht!)

Dazu muss man wissen, dass die Wiesnwirte im Januar ihren Antrag auf Konzession stellen.

Da müssen dann die bauliche Situation der Zelte und alles andere geklärt sein. Das Gesetz ist im Dezember beschlossen worden. Deshalb haben wir gesagt, dass wir auf diese gravierenden Sicherheitsbedenken reagieren müssen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Na, na, na!)

Kollege Schmid hat das vorhin schon gesagt. Alle, die jetzt so dazwischenrufen, müssen gefragt werden, ob sie im Ernst die Verantwortung übernehmen würden,

wenn es zu solchen Problemen käme – Gott möge es verhüten –, wie sie der Kreisverwaltungsreferent befürchtet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das haben wir alles vorher schon gewusst!)

Wir setzen das Rauchverbot durch. Es wird kontrolliert. Es wird hier in der Landeshauptstadt kontrolliert und es wird in Freising kontrolliert. Das können Sie alles in der Zeitung lesen. Es wird nichts schleifen gelassen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Und in Würzburg?)

Wir kontrollieren das und setzen es durch. Und nach Auskunft der Stadt München ist es so, dass es in München insgesamt keine großen Probleme bereitet.

Es geht also darum, auf die punktuellen Schwierigkeiten zu reagieren. Das tun wir dadurch, dass wir das Rauchverbot in Zelten für die restlichen Monate des Jahres 2008 gesetzlich aussetzen, damit die Schwierigkeiten nicht entstehen, die viele befürchten.

(Franz Maget (SPD): Auch beim Frühlingsfest? – Joachim Wahnschaffe (SPD): Da wird das Gesetz doch sabotiert!)

Wir können das aber nicht nur für die Wiesenzelte machen, weil wir nicht übersehen können, wie es in Straubing oder woanders ist. Deshalb können wir das Problem nur dadurch lösen, dass wir alle Zelte gleich behandeln.

(Franz Maget (SPD): Also darf geraucht werden!)

Es ist vernünftig, dass alle Zelte gleich behandelt werden.

(Franz Maget (SPD): Auch dort, wo es die Sicherheitsfrage berührt?)

Es ist auch keine Wettbewerbsverzerrung, wie es sich der Gaststättenverband hat einfallen lassen, der sich zu dieser Frage schon sehr Vieles und Wechselhaftes hat einfallen lassen. Das sollte man auch einmal sehen.

(Unruhe und Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Aber da gibt es eine ganz klare Abgrenzung, was Festzelte sind, Weinzelte, Restaurants und andere Einrichtungen. Das ist richtig und gut abgrenzbar und ich sehe da keine Probleme.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Maget?

Staatsminister Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Ja, bitte!

Franz Maget (SPD): Herr Minister, heißt das, dass in allen Festzelten – Frühlingsfest München und andere fol-

gende Feste – auch dann geraucht werden darf, wenn keinerlei Sicherheitsbedenken zu berücksichtigen sind. Heißt es das?

Staatsminister Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Wir können alle Zelte nur gleich behandeln, weil wir von hier aus nicht feststellen können, in welchem Festzelt Schwierigkeiten bestehen; sei es das Gäubodenfest oder ein anderes. Das ist von hier aus überhaupt nicht abzugrenzen.

(Anhaltende Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Deshalb müssen wir alle Zelte gleich behandeln. Die Regelung wird rückwirkend zum 01.01.2008 in Kraft treten und ich denke, dass wir dann für diese punktuellen Schwierigkeiten, die wir mit der Umsetzung bei solchen großen Veranstaltungen haben und über die wir uns im Grunde hier einig sind – ich habe Ihnen ja zugehört, Herrn Memmel und anderen – Lösungen finden. Wir sind uns sicherlich einig, dass die Umsetzung schwierig ist bei diesen Verhältnissen, ohne dass baurechtliche Verfahren laufen, ohne dass die brandschutzrechtlichen Maßnahmen geprüft werden und ähnliches. Dies ist in der kurzen Zeit nicht möglich. Deshalb ist es vernünftig, dass der Gesetzgeber hier handelt und diesen Schwierigkeiten Rechnung trägt. Ab dem 01.01.2009 gilt dann in allen Festzelten, Weinzelten und so weiter das Rauchverbot und wird auch durchgesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Anhaltende Zurufe)

Wir kommen zur Abstimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich trenne die beiden Anträge und lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/10173 abstimmen. Es erfolgt namentliche Abstimmung. Die Urnen sind aufgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Als Zeit steht eine Zigarettenlänge zur Verfügung: drei Minuten.

(Heiterkeit)

Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.14 bis 17.17 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt. Das Ergebnis werde ich später bekanntgeben.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD auf der

Drucksache 15/10180. Die Urnen stehen wieder bereit. Es gilt dieselbe Zeit: eine Zigarettenlänge von drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.18 bis 17.21 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird, wie üblich, außerhalb ermittelt und später bekannt gegeben.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind nicht auf dem Oktoberfest. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Justizministerin, Herr Staatssekretär! – Jetzt können wir in der Sitzung fortfahren. Im Einvernehmen mit den Fraktionen werden die restlichen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 15/10174, 15/10175 und 15/10176 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 bis 8 zur gemeinsamen Beratung auf:

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger u. a. (SPD) Bayern, aber gerechter Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung Zwei Jahre BayKiBiG – zwei verschenkte Jahre auf Kosten der Kinder Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) (Drs. 15/8515)

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger u. a. (SPD) Bayern, aber gerechter Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung Zwei Jahre BayKiBiG – frühkindliche Bildung umsetzen Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) Kinder (Drs. 15/8516)

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger u. a. (SPD) Bayern, aber gerechter Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung Zwei Jahre BayKiBiG – Elternrechte stärken Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) Eltern (Drs. 15/8517)

Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Simone Strohmayr, Christa Steiger u. a. (SPD) Bayern, aber gerechter Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung Zwei Jahre BayKiBiG – Arbeits- und Lernsituation in den Einrichtungen verbessern

Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) Personal (Drs. 15/8518)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich eröffne die Aussprache, vereinbarungsgemäß zehn Minuten pro Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Zwei Jahre nach Einführung des BayKiBiG zeigt sich deutlich, dass wirklich alle Befürchtungen, die die SPD-Landtagsfraktion, die viele Eltern in Bayern, die die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und andere Träger immer wieder im Gesetzgebungsverfahren geäußert haben, genau so eingetreten sind.

Der Deutsche Familienbund hat zur Expertenanhörung, die im September vergangenen Jahres stattgefunden hat, dargelegt:

Vor der Verabschiedung des vor zwei Jahren in Kraft getretenen BayKiBiG haben wir als Familienverband wie viele andere Vertreter der Träger und Erzieherinnen auch unsere Befürchtungen über mögliche Qualitätsverluste dargelegt. Nach zwei Jahren der praktischen Umsetzung des BayKiBiG sehen wir uns in unserer Kritik bestätigt.

Und weiter heißt es:

Wir weisen darauf hin, dass nicht nur die positiven Ansätze des BayKiBiG, sondern gerade die negativen Auswirkungen für Träger und Erzieherinnen auch massive Auswirkungen für die Kinder und Eltern als letztes Glied der Kette haben.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, genau das ist nämlich das Problem. Leidtragende dieses Gesetzes sind vor allen Dingen die Kinder. Die Kinder, die in zu großen Gruppen, nämlich meist 25 Kinder, weniger Bildung, weniger Zuwendung erhalten. Kinder, die schlechter auf die Schule vorbereitet werden. Kinder, die öfter umhergeschoben werden, weil die Leiterinnen immer darauf achten müssen, dass die Gruppen wirklich voll sind, dass sie sich das leisten können. Kinder, deren wertvolle Kindergartenzeit vertan wird, anstatt ihnen Bildung und Förderung von Anfang an zukommen zu lassen. Und Leidtragende sind auch die Eltern, für die es in Bayern immer noch unmöglich ist, Beruf und Familie zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte den Katholischen Landesverband für Tageseinrichtungen zitieren, ein Verband, der wirklich unverdächtig ist, das Sprachrohr der SPD zu sein. Der Verband sagt:

Die Chancengleichheit von Kindern und ihren Familien ist in Bayern im gesamtgesellschaftlichen System nicht flächendeckend gewährleistet. Wir fordern mehr finanzielle Mittel, damit ein Mindestanstellungsschlüssel in Höhe von 1 : 10 verbindlich festgeschrieben werden kann, und die Erhöhung des Basiswertes. Die Bayerische Staatsregierung ist aufgefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen zur konzeptionellen und quantitativen Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder in Bayern zu schaffen.

Dem kann man nur zustimmen. Das BayKiBiG muss schnellstmöglich nachgebessert werden, damit die Rahmenbedingungen für Kinder, für Eltern und auch für Erzieherinnen in Bayern endlich verbessert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen ein Gesetz, wo nicht nur Bildung draufsteht, sondern wo vor allen Dingen Bildung drin ist.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Die SPD-Landtagsfraktion fordert deswegen eine Qualitätsoffensive. Damit wir Qualitätsverbesserungen erreichen, muss zunächst vor allen Dingen der Personalschlüssel gesenkt werden. Wir brauchen einen Personalschlüssel von 1 : 7 bei Kindern zwischen drei und sieben Jahren. Kleinere Gruppen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg. Kinder können individueller betreut werden. Defizite können früher erkannt werden, und es kann den Kindern die entsprechende Hilfestellung angeboten werden.

Wir haben in Bayern derzeit eine Regelung, die einen Mindestanstellungsschlüssel von 1 : 12,5 genehmigt. Der durchschnittliche Anstellungsschlüssel liegt in Bayern bei 1 : 10,7. Das ist einfach viel zu hoch. Das heißt, die Gruppen sind viel zu groß.

(Beifall bei der SPD)

Demgegenüber – auch das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten – liegt der europäische Standard bei 1 : 7. Bayern möchte doch immer Spitze sein. In der Kinderbetreuung sind wir es nicht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Da müssen wir uns gewaltig anstrengen, um überhaupt auf europäisches Durchschnittsniveau zu kommen.

Deswegen müssen wir dieses Gesetz jetzt endlich ändern. Wir haben heute über das Gesetz zum Nichttraucherschutz gesprochen. Es ist schon erstaunlich, dass dieses Gesetz bereits nach wenigen Wochen nachgebessert werden kann, aber wenn es um Kinder geht,

haben Sie noch nicht einmal nach zwei Jahren das Rückgrat, hier Nachbesserungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fürchte, es liegt daran, dass die Kinder nicht wählen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ein gebranntes Kind scheut das Feuer!)

Nicht nur die Gruppen müssen kleiner werden, auch die Fachkraftquote muss erhöht werden. Gut ausgebildete Fachkräfte können Kinder besser fördern und sie unterstützen. Im Gutachten „Zukunft Bayern 2020“, das noch Herr Stoiber in Auftrag gegeben hat, steht:

In Bayern stellen Kinderpfleger mehr als 40 % des Kindergartenpersonals. Im Bundesvergleich ist Bayern damit Schlusslicht

– Schlusslicht, Frau Stewens! –

bei der Beschäftigung qualifizierten Personals in Kindereinrichtungen.

In Baden-Württemberg sind es lediglich 12 % Kinderpfleger. Als Empfehlung heißt es in dem Gutachten „Zukunft Bayern 2020“:

Eine nachhaltige Qualitätsverbesserung bei frühkindlicher Bildung ist durch die Steigerung des Anteils der Erzieher zu erwarten.

Wie wahr, Frau Stewens, wie wahr! Das sind klare Worte. Wir wissen, was wir tun müssen, um die Qualität zu steigern. Warum tun wir es nicht? Warum ändern wir nicht einfach die gesetzlichen Rahmenbedingungen, damit das möglich wird?

Dieses Gesetz ist ein Spargesetz. Es führt letztendlich dazu, dass wir beim Anteil des Erziehungspersonals in Kindergärten Schlusslicht in Europa sind.

Aber wir müssen noch mehr tun. Wir müssen die Erzieherinnen vom Verwaltungsaufwand freistellen. Erzieher sollen mit Kindern arbeiten und nicht vom Bürokratie aufgefressen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe gestern mit einer jungen Kindergartenleiterin gesprochen, die eine Gruppe schließen muss, da sie sich immer darum sorgen muss, dass die Gruppen randvoll sind, damit sie mit der kindbezogenen Förderung zurechtkommt. Sie hat mir gesagt, dass sie bald weder ein noch aus weiß, dass sie so viel Bürokratie an der Backe hat und sich immer darum kümmern muss: Was soll sie mit ihrer Gruppe in der Zeit tun? Soll die Gruppe in dieser Zeit mit einer Kinderpflegerin alleine sein? So sieht nämlich die Realität aus, während die Leiterin bucht und umbucht, organisiert und umorganisiert, damit sie mit der kindbezogenen Förderung zurechtkommt. In der Zeit

sind die Kinder, meist 25, sogar welche unter drei Jahren, allein mit der Pflegerin in der Gruppe. Dass da nicht mehr Bildungsarbeit geleistet werden kann, ist klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen darum das BayKiBiG ändern. Wir brauchen Verfügungs- und Anleitungszeiten im Gesetz. Auch dazu noch ein paar Daten: Die SPD-Landtagsfraktion hat eine große repräsentative Umfrage gemacht. 71 % der Befragten haben geantwortet, dass sie mit ihren Vor- und Nachbereitungszeiten dem Bayerischen Bildungsplan nicht gerecht werden können. Das ist doch schlimm. Wir haben einen Bildungs- und Erziehungsplan. Der kann aber nicht umgesetzt werden, weil wir die Voraussetzungen dafür in den Einrichtungen nicht schaffen. Wir brauchen Verfügungs- und Nacharbeitszeiten im Gesetz, nur so können wir letztendlich sicherstellen, dass sie von den Trägern gewährt werden.

Aber wir müssen noch mehr an diesem Gesetz ändern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Beschäftigten in den Kinderbetreuungseinrichtungen regelmäßig an Fortbildungsangeboten teilnehmen. Wir wollen auch, dass Kindereinrichtungen in sozialen Brennpunkten eine zusätzliche Personalförderung erhalten, dass die integrativen Einrichtungen in ihrer Qualität fortbestehen können. Wir wollen, dass die Horte ausreichend Förderung erhalten und, besonders wichtig, dass alle Kinder, die ein Sprachdefizit haben, Sprachförderung erhalten. Das von Ihnen jetzt in Kraft gesetzte Sprachtrainerkonzept ist völlig unzureichend

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und hilft den Einrichtungen nicht dauerhaft.

Darüber hinaus müssen wir für die Eltern ein Wahlrecht einführen. Die Gastkinderregelung ist völlig unzureichend. Wir leben im Zeitalter der Globalisierung und erlauben es nicht, dass Eltern ihre Kinder in eine Einrichtung im Nachbarort bringen, auch dann nicht, wenn es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dringend erfordert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere Sie heute noch einmal auf: Ändern Sie dieses Gesetz. Lassen Sie unsere Kinder nicht ausbaden, was Sie verbockt haben. Kinder können nicht wählen. Umso mehr stehen Sie in der Pflicht, für die Kinder zu sorgen. „Kinder sind die Zukunft“, das schreiben Sie sich bei den Wahlen immer auf die Fahnen. In diese Zukunft sollten wir investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dodell.

Renate Dodell (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wie nicht anders zu erwarten, läuft nach vier-

jähriger Diskussion die Opposition immer noch Sturm gegen das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nicht nur die Opposition!)

Die Vorschläge aus den Anträgen, die von Ihnen jetzt vorgelegt worden sind, haben wir schon x-mal im sozialpolitischen Ausschuss diskutiert. Sie werden auch durch ständige Wiederholung nicht besser, und wir werden diese Anträge auch diesmal ablehnen.

Nehmen Sie doch endlich zur Kenntnis, Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dass eine große Zahl engagierter Träger, viele Kommunen im Freistaat Bayern und vor allem hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kindertagesstätten dieses Gesetz ausgezeichnet und gut umsetzen. Unter diesen gesetzlichen Rahmenbedingungen wächst das Angebot der Kinderbetreuung in quantitativer Hinsicht rasch,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, quantitativ!)

und die steigende Qualität der frühen Erziehung und Bildung kommt den Kinder zugute.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das würde mich interessieren, wo!)

Dort, wo es ab und an – darüber haben wir uns auch immer wieder unterhalten – wohlgemerkt unter denselben gesetzlichen Bedingungen, noch Schwierigkeiten in der Umsetzung gibt, muss sich das rasch ändern.

Die gebetsmühlenartige Behauptung, seit Einführung des BayKiBiG hätten sich die Rahmenbedingungen verschlechtert, trifft ebenfalls nicht zu. In vielen Punkten konnten qualitative Verbesserungen erreicht werden. Dennoch – auch darin sind wir uns einig – dürfen wir genau an diesem Punkt nicht nachlassen. Die Qualität muss mit dem zahlenmäßigen Ausbau Schritt halten. Darauf legen wir großen Wert, und das ist auch nicht Ihre Erfindung. Aber dafür bietet dieses Gesetz den tragfähigen Rahmen.

Überraschend ist, dass die SPD mit der Rückkehr zur Gruppenförderung jetzt zu vorsintflutlichen Zuständen zurück möchte.

(Lachen der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wissen Sie eigentlich, dass es in etlichen Einrichtungen gar keine festen Gruppen mehr gibt, sondern – eben mit der kindbezogenen Förderung – große Flexibilität in der täglichen Praxis möglich ist? Die kindbezogene Förderung verfolgt den Ansatz der mittelbaren Qualitätssteuerung durch Deregulierung. Sie dagegen wollen im Gesetz immer wieder alles bis ins kleinste Detail minutiös regeln. Erstens ist das rückwärtsgerichtet, und zweitens würde

damit die Bürokratie wachsen und sich nicht vermindern. Unsere Fraktion hat bewusst auf diese Detailregelungen verzichtet und die kommunale Ebene gestärkt. Diesen Weg werden wir auch konsequent fortsetzen.

Wir werden auch nicht dem von Ihnen geforderten Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz zustimmen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das werden Sie schon müssen!)

Ein dynamischer, bedarfsgerechter Ausbau mit voller Bedarfsdeckung bis 2013 wird eben bereits durch die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Bedarfsplanung und zum Ausbau sowie durch den eben im BayKiBiG festgelegten Förderanspruch festgestellt. Jeder festgestellte Platz wird ohne Deckelung gefördert, und entscheidend ist deshalb auch nicht der Rechtsanspruch auf Papier, sondern die Schaffung von Fakten, wie dies mit der Umsetzung erfolgt.

Die notwendige Qualitätsoffensive und Verbesserung der Qualifizierung erfolgt. Ganz konkrete Maßnahmen dazu haben wir im Vorjahr durch unser Antragspaket zur frühkindlichen Erziehung und Bildung beschlossen. Insbesondere die Qualifizierung des pädagogischen Personals im Hinblick auf den Erziehungs- und Bildungsplan wird in umfangreicher Weise vom Freistaat Bayern gefördert. Dafür wurden allein im letzten Jahr 1,6 Millionen Euro bereitgestellt, und diese Förderung wird auch fortgeführt.

Sie fordern in Ihren Anträgen einen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 14 Jahren. Sicherlich ergibt die konsequente Fortführung moderner Erziehungs- und Bildungspläne über das Kindergartenalter hinaus einen Sinn. Dazu gibt es, auch auf unsere Initiative hin, bereits einen Beschluss des Landtags, der einen BEP von 0 bis 10 Jahren anvisiert. Die Zielrichtung stimmt, und welche Zeitspanne gewählt wird, darüber wird man sich gründlich unterhalten müssen. Das Thema ist mit einem Unterpünktchen in Ihrem Antrag nicht ausreichend gewürdigt.

Sprache und Sprachförderung, das sind zentrale Elemente. Darin sind wir uns einig. Sprache hat hohe Bedeutung. Allerdings wird die von Ihnen geforderte Sprachstandserhebung nicht ausreichen. Sprachentwicklungsbeobachtung für alle Kinder erfolgt nach dem Beobachtungsbogen Sismik für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und für die übrigen Kinder nach Seldak. Die staatliche Finanzierung der Sprachförderung ist durch den Gewichtungsfaktor 1,3 für Kinder mit Migrationshintergrund sichergestellt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sicherergestellt!)

Für eine intensive Sprachförderung aller Kinder, für besseres Sprachverständnis und vor allem für die stärkere Gewichtung der Bedeutung der Sprache investiert der Freistaat Bayern jetzt 44 Millionen Euro in dieses Sprach-

berater- und Sprachtrainerkonzept. Dazu hören wir morgen im Ausschuss mehr und können darüber diskutieren. Aber auch hier sind wir auf dem richtigen Weg.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den Gesetzesberatungen stets klargemacht, dass es ein unbegrenztes Wunsch- und Wahlrecht der Eltern nicht geben kann, sondern dass sich dies immer mit den Möglichkeiten einer Kommune die Waage halten muss. Wir wissen, dass dadurch auch Diskussionen und Reibungspunkte entstehen. Nach dem BayKiBiG muss eine Kommune einen auswärtigen Platz dann fördern, wenn sie selbst keinen freien Platz hat oder die entsprechend benötigten Öffnungszeiten nicht anbieten kann oder wenn sie zum Beispiel keine integrativen Plätze anbieten kann. Eine völlig freie Wahl der Eltern würde insbesondere die kleinen Gemeinden auf dem Land überfordern und zu so hohen Kosten führen, dass eine Finanzierung durch die Allgemeinheit schon fraglich erscheint.

Für uns war und ist es immer wichtig, dass bei der Gastkinderregelung vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund steht. Diesbezüglich gibt es bereits einige positive gerichtliche Entscheidungen. Wir meinen, es ist auch für viele Gemeinden ein Lernprozess, die Bedarfsplanung in guter Kooperation mit anderen Gemeinden anzugehen und den Bedürfnissen der Eltern gerade in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden.

Wir haben mit diesem Gesetzentwurf in vielen Punkten die Elternrechte insgesamt gestärkt. Jede Einrichtung muss die Wahl eines Elternbeirats ausrichten. Die Elternbeiräte haben die Möglichkeit zum Zusammenschluss. Es gibt mit der Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände bayerischer Kindertagesstätten bereits einen Landesverband, der aus unserer Sicht ausreicht.

In einem Ihrer Anträge fordern Sie die Senkung des Personalschlüssels. Frau Dr. Strohmayer, darüber haben wir uns im Ausschuss schon öfter unterhalten. Der Mindestanstellungsschlüssel – Anstellungsschlüssel, nicht Personalschlüssel – beträgt heute 1 : 12,5; empfohlen wird 1 : 10. Innerhalb dieser Festlegungen und Empfehlungen ist es heute bereits in vielen Einrichtungen möglich, einen deutlich besseren Anstellungsschlüssel zu realisieren. Ich frage mich immer, warum es dann, wenn es in A geht, in B nicht geht. Deshalb ist keine Gesetzesänderung nötig.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Der Durchschnitt liegt bei 1 : 10,7!)

Es handelt sich bei diesem Punkt vielmehr um eine konkrete Verantwortung der Träger vor Ort. Jede Kindertageseinrichtung muss ein pädagogisches Konzept erstellen und veröffentlichen sowie eine jährliche Elternbefragung durchführen.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Die Träger können das selbst regeln, wenn sie das Geld dazu haben!)

Das ist als Evaluation ausreichend und effizient. Weitere Schritte sind nicht notwendig.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Sie fordern jetzt eine Freistellung der Erzieherinnen von Verwaltungsaufgaben. Ich empfehle Ihnen jedoch, hier zu differenzieren: Aufgaben, die in Zusammenhang mit den Kindern stehen – zum Beispiel das Führen von Beobachtungsbögen oder von Sprachentwicklungsbögen – sind Teil der pädagogischen Arbeit.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Verwaltungsaufgaben, wie zum Beispiel die Abwicklung der Förderung, sind zunächst originäre Aufgaben der Träger. Wenn dann der Träger diese Aufgaben den Erzieherinnen überträgt, muss auch die entsprechende Arbeitszeit dazugegeben und vergütet werden. Ich frage mich manchmal auch, ob nicht ein Teil dieses Aufwands selbst verursacht ist, da zum Beispiel in manchen Einrichtungen täglich wechselnde Buchungszeiten festzustellen sind.

(Widerspruch der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

– Frau Werner-Muggendorfer, wo? Zeigen Sie uns doch die Stelle.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das haben Sie im Gesetz vorgesehen!)

– Es gibt im Gesetz keine einzige Stelle, die rechtfertigt, dass die Buchungszeiten täglich wechseln.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Aber verboten ist es auch nicht! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Vor allem müssen Sie es technisch kontrollieren!)

– Herr Wahnschaffe, wer das als Träger macht, muss das in eigener Verantwortung auch umsetzen und finanzieren – nicht wir.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch ganz klar: Letztlich lehnen wir die von Ihnen geforderte gesetzliche Festlegung von Anlei-tungs- und Verfügungszeiten ab. Die Festlegung der Art der Erbringung der vertraglichen Arbeitszeit ist Angelegenheit der Arbeits- und Tarifvertragspartner.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Opposition lässt keine Gelegenheit aus, dieses BayKiBiG und damit das Thema „Frühkindliche Erziehung und Bildung“ systematisch schlechztureden.

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Mit Ihrer ständigen Mäkelei und den unzureichenden Vorschlägen werden Sie weder den betroffenen Kindern noch den vielen Trägern, den Kommunen und Erzieherinnen gerecht. Sie erweisen allen miteinander keinen guten Dienst. Ich sage Ihnen: Wir sind mit diesem Gesetz auf einem guten Weg, und wir werden diesen Weg in erster Linie zum Wohle der Kinder konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dodell wird nicht müde zu versuchen, das Gesetz damit zu rechtfertigen, dass sie sagt, die Opposition rede das Gesetz schlecht.

(Zuruf von der SPD)

Heute hat sie wieder gesagt, die Opposition laufe Sturm. Sie haben auch schon gesagt, wir hätten landauf, landab die Erzieherinnen aufgehetzt. Sie überschätzen unseren Einfluss, wenn Sie so etwas sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie werden allerdings nicht müde, dieses Gesetz permanent schönzureden, und das halte ich für wesentlich verhängnisvoller; denn die Probleme dieses Gesetzes liegen auf der Hand. Ich zähle Ihnen die Probleme einmal nacheinander auf, verzichte aber darauf, sie einzeln zu begründen, das habe ich oft genug getan: Wir haben Probleme mit der Gastkinderregelung, und das wissen Sie auch. Sie bülden da den Kommunen eine Last auf, weil Sie nicht in der Lage sind, ein Gesetz vorzulegen, bei dem nicht irgendwelche Finanzschiebereien zwischen Kommunen, sondern das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ausschlaggebend ist.

Ein Riesenproblem sind auch die Gewichtungsfaktoren. Die Gewichtungsfaktoren sind weder zielsicher noch treffsicher, sondern ungerecht und stigmatisierend.

Der Basiswert ist deutlich zu niedrig, der Verwaltungsaufwand dagegen viel zu hoch. Nicht das Kind steht im Mittelpunkt, sondern die Bürokratie. Außerdem haben Sie keine Krankheitsvertretung eingeplant. Sie haben es geschafft, dass Erzieherinnen ihren Beruf in einer Arbeitsplatz- und Planungsunsicherheit ausüben müssen. Sie werden nicht müde zu erklären, welcher verantwortungsvoller Beruf das sei. Sie loben die Erzieherinnen, um sie ruhigzustellen. Gerade haben Sie wieder gesagt, die Mitarbeiterinnen arbeiteten engagiert. Ja, die Mitarbeiterinnen arbeiten sehr engagiert, und zwar weit über ihre Pflicht hinaus, sonst könnten Sie nämlich das,

was Sie in Ihrem Gesetz festgeschrieben haben, gar nicht erfüllen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Problem sind die starren Buchungszeiten. Eltern, die gebucht haben, sind gefesselt; denn sie können nicht umbuchen, wenn sich ihre Lebenssituation innerhalb kürzester Zeit ändert, weil dadurch der Verwaltungsaufwand noch weiter in die Höhe getrieben würde.

Ein weiteres Problem sind altersgeöffnete Gruppen. Ich habe schon so oft versucht, Ihnen zu erklären, dass es für zwei Erzieherinnen oder für eine Erzieherin und eine Helferin völlig unmöglich ist, in einer Gruppe mit 25 Kindern im Alter zwischen zwei und sechs Jahren eine individuelle Förderung zu betreiben.

Der nächste Fehler ist die Einstellung der Sprachtrainer. Das ist wohl der Oberwitz. Anstatt die Kinder zu fördern, also den Erzieherinnen Zeit zu geben, die Kinder zu fördern, stellen Sie Sprachtrainer ein, die die Erzieherinnen schulen sollen, damit sie für die Kinder noch weniger Zeit haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das ist wirklich der absolute Treppenwitz der Weltgeschichte. Sie wissen ganz genau, dass Sie ein schlechtes Gesetz gemacht haben. Das führen Ihnen auch die tagtäglich eingehenden Petitionen vor Augen. In jeder Sitzung des Sozialausschusses haben wir entsprechende Petitionen vorliegen. Und in jeder Sitzung reden Sie wieder Ihr Gesetz schön, anstatt einmal hinzuhören, einmal hinzuschauen und einmal nachzulesen, was die Menschen drückt und warum sie so viele Petitionen schreiben – möglicherweise weil sie die Opposition aufgehetzt hat, das kann natürlich noch sein. Aber wenn es nicht so ist, sollten Sie die Bedenken dieser Menschen ernst nehmen.

Wir haben vorhin über den Nichtraucherenschutz gesprochen. Da nehmen Sie die Bedenken der Bierzeltbesucher und die Bedenken des Kreisverwaltungsreferenten natürlich ernst; wie er hieß, weiß ich nicht mehr. Da sind Sie flugs bereit, ein Gesetz, das dieses Hohe Haus gerade sogar einstimmig beschlossen hat, wieder auszuhehlen, weil Sie um Ihren Wahlerfolg fürchten. Aber ich garantiere Ihnen, dass Sie mit dem BayKiBiG insofern auf dem falschen Dampfer sind, als Sie auch das Wählerstimmen kosten wird. Denn es gibt in diesem Land sehr viele Eltern und Erzieherinnen, die bei der nächsten Landtagswahl nicht vergessen werden, welch grauenvolles Gesetz Sie ihnen beschert haben. Sie werden die Quittung auch für die Arbeit bekommen, die Sie geleistet bzw. nicht geleistet haben, und für die Unbelehrbarkeit, mit der Sie sich jeder Kritik widersetzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns nach der Landtagswahl wieder sprechen und erklären, dass Sie sich das selber zuzuschreiben haben, weil Sie die Interessen von Eltern, Kinder und Erzieherinnen über Jahre hinweg missachtet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Ministerin Stewens.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Ackermann, genau das tun wir nicht, nämlich die Interessen von Eltern und deren Kinder zu missachten. Wir bemühen uns, sie in jedem einzelnen Punkt entsprechend zu beachten. Frau Kollegin Strohmayr, wenn Sie moniert haben, eine flächendeckende Chancengleichheit sei nicht gewährleistet, dann gebe ich Ihnen recht, denn wir wissen genau, dass ein Drittel der Gemeinden zurzeit nicht bereit ist, ein Betriebskostendefizit auszugleichen. Das darf so nicht sein. Ich möchte, dass der von uns empfohlene Anstellungsschlüssel 1 : 10 in Bayern flächendeckend umgesetzt wird. Ich halte das für wichtig. Sie möchten auf die Gruppenförderung zurückgehen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen ganz klar sagen: Die kindbezogene Förderung hat sich in Bayern bewährt. Wir haben eine wesentlich gerechtere Förderung auf den Weg gebracht.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Gerechter, aber schlechter!)

Wenn ich Kommunen besuche, dann sagen mir deren Vertreter, sie seien froh über die kindbezogene Förderung, weil auf diese Weise altersgemischte Gruppen mit unter dreijährigen Kindergartenkindern und Hortkindern möglich sind und die Kinderbetreuungseinrichtung – Stichwort: kurze Beine, kurze Wege – im Dorf bleiben kann und nicht wegrationalisiert wird. Das ist doch das Tolle an diesem Gesetz: Flexibilität und keine starren Gruppen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist wie bei den Schulen!)

Mehr Binnendifferenzierung, differenzierte Angebote für unsere Kinder zur spezifischen Förderung.

Überall dort, wo die Träger das Gesetz flexibel handhaben, funktioniert die Anwendung hervorragend im Sinne unserer Kinder und deren Familien. Ich denke, auch Sie werden das vor Ort festgestellt haben.

Lassen Sie mich noch kurz etwas – wir wollen ja noch abstimmen – zum Rechtsanspruch sagen: Es gibt sozusagen objektiv bereits einen Rechtsanspruch,

denn Kommunen sind verpflichtet, einen entsprechend qualifizierten – –

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Es gibt kein individuell einklagbares Recht!)

– Doch, Herr Kollege Wahnschaffe; ich sage noch Genaueres dazu. Individuell habe ich nicht gesagt, sondern ich habe von objektiv rechtlich gesprochen. Hören Sie bitte genau zu.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist etwas anderes!)

Kommunen sind verpflichtet, eine entsprechend qualifizierte Bedarfsplanung aufzustellen. Dabei gibt es einen Übergangszeitraum bis zum Jahre 2010. Voraussetzung ist, dass in jeder Gemeinde eine konkrete Maßnahmenplanung auf den Tisch gelegt werden muss. Wenn Sie denken, Sie würden durch einen gesetzlich normierten Rechtsanspruch Kindergartenplätze schaffen – wir haben bayernweit fast überall entsprechende Kindergartenplätze –, dann schauen Sie doch bitte auf die Großstädte München und Nürnberg. In diesen Städten fehlen immer noch Kindergartenplätze. Ich bekomme nahezu jeden Monat dringende Hilferufe von Eltern, die für ihre Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergartenplatz benötigen, wobei die großen Städte wie Nürnberg und München trotz Rechtsanspruchs eine ausreichende Versorgung nicht sicherstellen können. Daran merken Sie, dass Sie mit einem gesetzlich normierten Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz so gut wie gar nichts erreichen können. Sie sollten erst einmal mit Ihren Oberbürgermeistern Ude und Maly in München und Nürnberg sprechen. Dann können Sie sehen, wie erfolgreich die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen wären.

Auch das Wunsch- und Wahlrecht ist vor dem Hintergrund einer entsprechenden Rechtsprechung gesetzlich normiert.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Haben Sie sich die Rechtsprechung angeschaut?)

Kommunen dürfen nicht die Wünsche der Eltern und ihrer Kinder bei der Bedarfsplanung übergehen. Dazu gibt es einschlägige Rechtsprechung, nach der sich unsere Kommunen richten müssen. Sie sollten nicht ununterbrochen etwas anderes behaupten.

Abschließend möchte ich sagen: Sie haben auf das Konzept „Zukunft 2020“ hingewiesen. Ich halte das für hervorragend, Frau Kollegin Strohmayr, denn das, was in „Zukunft 2020“ vorgegeben ist, müssen wir – es ist noch Zukunftsmusik – Schritt für Schritt umsetzen. Das sind wir auch unseren Kindern schuldig. – Ich habe den Blick auf die Uhr.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Strohmayr?

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Nein.

Es kann nicht alles auf einmal geschehen, denn eines wissen wir ganz genau: Die Qualität der Kinderbetreuung und die Frühförderung liegen uns allen gemeinsam – meiner Fraktion und der Staatsregierung – am Herzen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ministerin, ich erteile Herrn Kollegen Wahnschaffe zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Joachim Wahnschaffe (SPD): Frau Staatsministerin, wenn es so ist, wie Sie behaupten, dass Sie die Einwände und Bedenken der Eltern, der Träger und der Erzieherinnen ernst nehmen, wie ist es dann zu erklären, dass auch zwei Jahre nach Einführung des BayKiBiG diese Klagen nicht nachlassen? Ich sage Ihnen, wovon ich rede: Ich habe heute gemeinsam mit der Kollegin Ackermann eine neue Petition in Empfang genommen, unterschrieben von 4000 Eltern aus dem schönen Allgäu, die genau das, was Sie alles gutheißen, auf das Heftigste kritisieren.

Wir haben vor Kurzem – es ist noch gar nicht lange her, vor ein paar Wochen – einen Erzieherinnentag durch die SPD-Landtagsfraktion durchgeführt. Bei diesem Erzieherinnentag brauchten wir gar nicht so viel zu sagen, Frau Dodell, wir brauchten auch niemanden aufzuheizen. Was wir dort zu hören bekommen haben – ich hätte mir gewünscht, dass auch Sie sich das anhören –, waren Klagen über den Alltag in den Kindergärten. Wir bestätigen uns hier immer gegenseitig, nur das Beste für unsere Kinder zu wollen, aber der Alltag sieht leider ganz anders aus. Jeder Mann und jede Frau – auch solche Personen außerhalb Bayerns, die sich mit dieser Materie auseinandergesetzt haben – sagen, dass der bayerische Bildungs- und Erziehungsplan gut ist. Nur die Erzieherinnen sagen: Wir können angesichts der derzeit obwaltenden Umstände diesen bayerischen Erziehungsplan nicht umsetzen. Er kommt also bei den Kindern nicht an. Das muss Ihnen doch zu denken geben. Deswegen muss ich Ihnen sagen: Wir werden nicht nachlassen, auf eine Änderung dieses Gesetzes zu drängen, und zwar nicht, weil wir recht haben wollen, sondern weil wir Besseres für die Kinder wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Wollen Sie noch darauf antworten, Frau Ministerin? – Bitte.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Einen Satz, Herr Kollege Wahnschaffe: Der Bildungs- und Erziehungsplan kommt sehr wohl bei den Eltern und vor allen Dingen bei den Kindern an. Das sehen Sie übrigens bei den Elternbefragungen, die in allen Kinderbetreuungseinrichtungen durchgeführt werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Alle vier Anträge werden vom jeweils federführenden Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zur Ablehnung empfohlen. Die Fraktionen haben sich damit einverstanden erklärt, dass wir über die vier Anträge insgesamt abstimmen und dieser Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zugrunde legen. Ich nehme an, dass alle damit einverstanden sind. Dann sind wir nämlich noch in der Zeit.

Wer also mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner jeweiligen Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Der Landtag übernimmt diese Voten.

Ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt, nämlich zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Dürr, Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), betreffend „Konsequente Umsetzung des Schutzes vor den Gefahren des Rauchens“, Drucksache 15/10173: Mit Ja haben 16

gestimmt, mit Nein 86, Stimmenthaltungen 38. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wahnschaffe, Sonnenholzner u. a. u. Frakt. (SPD), betreffend „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens (Gesundheitsschutzgesetz – GSG)“, Drucksache 15/10180, bekannt: Mit Ja haben 43 gestimmt, mit Nein haben 79 gestimmt, Stimmenthaltungen 13. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Tagesordnungspunkte kann ich nicht mehr aufrufen, weil nur bis 18.00 Uhr geladen worden ist. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.00 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 24. Januar 2008 (1BvR 3262/07) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen das Landesnichtraucherschutzgesetz Baden-Württemberg vom 25. Juli 2007 (GBl. S. 337) PII/G-1320/07-3 Drs. 15/10023 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
 II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Ernst Weidenbusch bestellt.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN 6-Punkte-Plan zur Erhöhung des Männeranteils im Bildungswesen Drs. 15/8344, 15/10139 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Bärbel Narnhammer, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Linus Förster SPD Gewaltfreie Erziehung von Kindern fordern Drs. 15/8958, 15/10117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Ludwig Wörner, Stefan Schuster u.a. SPD Auskünfte über den Stand der Versorgungsanwartschaften unbürokratisch und zeitnah erteilen Drs. 15/8659, 15/10161 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	ohne bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Beyer, Dr. Hildegard Kronawitter, Gudrun Peters u.a. SPD Qualität des Bayerkontaktes sichern - Kostenfreie Fahrradmitnahme erhalten Drs. 15/9054, 15/10112 (G)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Heinz Donhauser, Dr. Ludwig Spaenle, Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger CSU Finanzierungsmöglichkeiten von Studienbeiträgen durch soziales Engagement ausbauen Drs. 15/9422, 15/10159 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

7. Antrag der Abgeordneten Henning Kaul u.a. CSU
Bedeutung thermischer Abfallbehandlungsanlagen
für den Klimaschutz
Drs. 15/9428, 15/10140 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Umwelt
und Verbraucherschutz
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Qualitätsstandards in der Bewährungshilfe
Drs. 15/9444, 15/10157 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Verfassungs-, Rechts-
und Parlamentsfragen
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Agrarwissenschaftliche Forschung in Bayern
Drs. 15/9452, 15/10160 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Hochschule, Forschung
und Kultur
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über Auswirkungen terroristischer Angriffe
auf Isar 1
Drs. 15/9486, 15/10141 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Umwelt
und Verbraucherschutz
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über die Umrüstung des FRM II
Drs. 15/9487, 15/10038 (G)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Umwelt
und Verbraucherschutz
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Einsatz von Schneehärtern reduzieren
Drs. 15/9517, 15/10142 (A)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Umwelt
und Verbraucherschutz
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | A | Z | Z |
13. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Helga
Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. SPD
Nutzung von Internetseiten von Neonazis für polizei-
liche Ermittlungen
Drs. 15/9607, 15/10030 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Kommunale Fragen
und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion
BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über Empfehlungen des Klimarats
Drs. 15/9608, 15/10143 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Umwelt
und Verbraucherschutz
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
15. Antrag der Abgeordneten Ingrid Heckner,
Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Fachhochschulreife an der Berufsschule:
Zusatzprogramm für Auszubildende mit guten Lei-
stungen im mittleren Schulabschluss
Drs. 15/9611, 15/10144 (ENTH)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Bildung,
Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | ENTH |
16. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer,
Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Verwendung von Studienbeiträgen für Kindertages-
einrichtungen oder Tagespflegeplätze für die Kinder
von Studierenden an Hochschulen
Drs. 15/9613, 15/10118 (G)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Sozial-, Gesundheits-
und Familienpolitik
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | A | A |
17. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer,
Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Männer für pädagogische Berufe gewinnen
Drs. 15/9614, 15/10022 (E)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Sozial-, Gesundheits-
und Familienpolitik
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | Z | Z |
18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard
Waschler, Renate Dodell u.a. CSU
Grundschulzeugnisse vereinfachen
Drs. 15/9615, 15/10145 (G)
- Votum des federführenden
Ausschusses für
Bildung,
Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|------------|------------|------------|
| | Z | ENTH | A |

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht zur Verwendung von durch Rechtsextreme veröffentlichten Daten durch die bayerische Polizei
Drs. 15/9616, 15/10029 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

20. Antrag des Abgeordneten Peter Hufe SPD
Stärkung medienpädagogischer Kompetenz von Familien- und Schulberatungsstellen
Drs. 15/4540, 15/10013

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

21. Antrag des Abgeordneten Peter Hufe SPD
Medienpädagogische Elternabende
Drs. 15/4541, 15/10014

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

22. Antrag des Abgeordneten Peter Hufe SPD
Professionalisierung und Institutionalisierung der medienpädagogischen Fachberatung für die Jugendarbeit
Drs. 15/4542, 15/10015

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Jürgen Dupper, Rainer Boutter u.a. und Fraktion SPD
Engagement der BayernLB auf dem US-Hypothekenmarkt
Drs. 15/9921, 15/10024

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Heidi Lück, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Mittelbereitstellung für Entschädigung von Maisanbauverbotsflächen
Drs. 15/9274, 15/10138 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.03.2008 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Konsequente Umsetzung des Schutzes vor den Gefahren des Rauchens (Drucksache 115/10173)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther			
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas			X
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer			X
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun			X
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred	X		
Deml Marianne		X	
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Eismann Peter			X
Ettengruber Herbert			
Prof. Dr. Eykman Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes			X
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			X
Dr. Kaiser Heinz			X
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert	X		
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard			X
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi			X
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian			
Maget Franz			X
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert			X
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa			X
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel			
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard			X
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf			X
Peters Gudrun			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin			X
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp			
Richter Roland		X	
Ritter Florian			X
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			X
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred			
Scharf-Gerlspeck Ulrike			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner			X
Schindler Franz			X
Schmid Berta			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			X
Schuster Stefan			X
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa			X
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			X
Thätter Blasius			
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			X
Volkman Rainer			X
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			X
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Winter Georg		X	
Winter Peter			X
Wörner Ludwig			X
Wolfrum Klaus		X	
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	16	86	38

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.03.2008 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe u. a. und Fraktion SPD; Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens; (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) (Drucksache 15/10180)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther			
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			X
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred			X
Deml Marianne		X	
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Eismann Peter			X
Ettengruber Herbert			
Prof. Dr. Eykmann Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes			X
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			X
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert	X		
Kobler Konrad		X	
König Alexander			
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian			
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Meyer Franz		X	
Müller Josef			
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel			
Neumeier Johann			X
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf			X
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp			
Richter Roland		X	
Ritter Florian			
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred			
Scharf-Gerlspeck Ulrike			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			X
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Thätter Blasius			
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkmann Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			X
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			X
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	43	79	13

